



Landeshauptstadt
Düsseldorf

Entwurf

Vorbericht und Anlagen zum Haushaltsplan 2021

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|--------------|
| 1. Vorbericht | 5 |
| 2. Budgetierungskonzept zum Haushaltsplan | 51 |
| 3. Übersicht über | |
| a) die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen | 62 |
| b) den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten | 63 |
| c) den Entwurf der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Schlussbilanz zum 31.12.2019 | 64 |
| d) die Zuwendungen an die Ratsfraktionen | 68 |
| e) die Zuwendungen an die Fraktionen in den Bezirksvertretungen | 88 |
| f) die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden | 99 |
| 4. Stellenplan | 100 |

Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf 2021

I. Erläuterungen zum Haushaltsplanentwurf 2021

1 Allgemein

Eine bisher nicht gekannte weltweite Pandemie, hervorgerufen durch das neuartige, sich in 2020 in kurzer Zeit verbreitende Coronavirus, führt zur schwersten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg und prägt auch die Haushaltsplanung für das Jahr 2021. In Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen gibt es inzwischen eine hohe Zahl von Infektionen. Die Auswirkungen hieraus betreffen alle Wirtschaftsbereiche, alle staatlichen Ebenen und fordern alle Verantwortungsträgerinnen und -träger im Hinblick auf Gesundheit und Finanzen in den Jahren 2021 ff. auf besondere Weise.

Ein Vorbericht gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 1 der KomHVO ist dem Haushaltsplan der Landeshauptstadt Düsseldorf beizufügen. Dieser soll nach § 7 KomHVO einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplans geben und wird daher auch die finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie darstellen. Die Entwicklung und die aktuelle Lage der Landeshauptstadt Düsseldorf sind anhand der im Haushaltsplan enthaltenen Informationen und der Ergebnis- und Finanzdaten darzustellen. Dabei sind auch Aussagen über die wesentlichen Ziele und Strategien sowie über Änderungen gegenüber dem Vorjahr zu machen.

Im Zuge der gemeinsamen Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen stehen die öffentlichen Haushalte und damit auch die Landeshauptstadt Düsseldorf vor größten Herausforderungen. Unmittelbare und mittelbare Belastungen, die aus (Gewerbe-) Steuerausfällen, aus der Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie anderer Aufgaben resultieren, wirken sich auch in erheblichem Umfang auf den städtischen Haushalt aus.

Vor diesem Hintergrund hat das Landeskabinett die Grundlage dafür gelegt, dass die belasteten Kommunen Finanzschäden separat in den Haushalten ausweisen, damit sie genehmigungsfähig bleiben. Im Rahmen der Umsetzung des am 31.03.2020 von der Landesregierung verabschiedeten Acht-Punkte-Plans als Kommunalschutz-Paket wurden das „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG)“ und die „Verordnung zur Änderung der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen“ auf den Weg gebracht. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses für diesen Vorbericht Ende August 2020 noch um einen Gesetzesentwurf handelt. Im Vorgriff auf dieses Gesetz wurde die Bilanzierungshilfe bereits angewendet.

Danach ist bei der Aufstellung der Haushaltssatzung für 2021 die infolge der COVID-19-Pandemie zu prognostizierende Haushaltsbelastung zu isolieren. Nach § 4 des NKF-CIG ist bei der Aufstellung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 die Summe der auf das Haushaltsjahr infolge der COVID-19-Pandemie entfallenden Haushaltsbelastung durch Mindererträge beziehungsweise Mehraufwendungen zu prognostizieren. Hierzu ist eine Gegenüberstellung des im Rahmen der Aufstellung der Haushaltssatzung für 2021 erstellten Ergebnisplans mit einer Nebenrechnung für das Haushaltsjahr 2021 vorzunehmen. Diese Bilanzierungshilfe muss ab dem Jahr 2025 abgeschrieben werden und belastet so

die späteren Jahre. Im Jahr 2024 steht der Kommune aber das einmalig auszuübende Recht zu, für die Aufstellung der Haushaltssatzung 2025, die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen gegen das Eigenkapital auszubuchen.

Ausgehend von der vom Rat beschlossenen mittelfristigen Ergebnisplanung 2020 hätte sich für das Haushaltsjahr 2021 ein Überschuss in Höhe von 5,8 Mio. Euro ergeben. Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des Haushaltsplanentwurfs 2021 zeichneten sich jedoch neben den beschriebenen Risiken aus der COVID-19 Pandemie weitere Risiken und Mehrbedarfe ab, (wie zum Beispiel durch die mögliche Auswirkung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst 2020). Wie im Vorjahr wurde auf eine Quote zur Kompensation pro Dezernat verzichtet. Stattdessen wurden die Fachbereiche aufgefordert, entsprechende Verbesserungsvorschläge für ihre Bereiche zu erarbeiten, die im Rahmen der Mittelanmeldungen zur Erreichung des Ziels eines strukturell ausgeglichenen Haushaltsplans beitragen. Auf dieser Grundlage fanden zunächst im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs die Diskussionen auf Fachamts- und Dezernatsebene statt. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf ist das Ergebnis einer kritischen Überprüfung sämtlicher Haushaltsanmeldungen und intensiver Gespräche zwischen Kämmererei und Fachbereichen sowie der Stadtkämmerin und den Fachdezernentinnen und Fachdezernenten und dem Oberbürgermeister. Ein strukturell ausgeglichener Haushalt wurde, wenn auch knapp und unter Einbeziehung des außerordentlichen Ertrags aufgrund der Regelung des NKF-CIG, erneut erreicht. Im Ergebnis kann für das Planjahr 2021 ein Überschuss in Höhe von 0,3 Mio. Euro erzielt werden.

Der Haushaltsplanentwurf weist folgende Eckdaten auf (ohne interne Leistungsbeziehungen):

| Gesamtergebnisplan | | | | | | |
|---------------------------------|----------|-----------------|----------------|--------------------|---------|---------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | | Finanzplanzeitraum | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Gesamtbetrag aller Erträge | 2.922,3 | 3.081,7 | 3.127,0 | 2.984,1 | 3.068,1 | 3.085,1 |
| Gesamtbetrag aller Aufwendungen | 2.910,4 | 3.074,7 | 3.126,7 | 3.134,4 | 3.136,9 | 3.136,5 |
| Saldo | 11,8 | 7,0 | 0,3 | -150,3 | -68,8 | -51,4 |

Der **Gesamtbetrag aller Erträge im Ergebnisplan** erhöht sich gegenüber dem Vorjahr im Haushaltsplan 2021 um 45,3 Mio. Euro (+ 1,5 %). Hauptursache ist ein höherer Ansatz bei der Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende. Der veranschlagte **Gesamtbetrag aller Aufwendungen im Ergebnisplan** steigt um 52,0 Mio. Euro (+ 1,7 %). Hierfür ursächlich sind im Wesentlichen Erhöhungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen und bei den Zuwendungen für die Betriebskosten von Kindertagesstätten.

Die Rahmenbedingungen bleiben unverändert schwierig und werden durch die COVID-19-Pandemie, deren Ende derzeit noch nicht absehbar ist, verschärft. Kommunen übernehmen im großen Maße Funktionen der örtlichen Daseinsvorsorge. Hinzu kommt ein hoher Nachholbedarf bei unabweisbaren Investitionen. Die Bereitstellung von Wohnraum, Kinderbetreuung und Schulräumen stellt wachsende Städte, wie Düsseldorf, vor große Herausforderungen. Neben der Notwendigkeit, verschiedene kommunale Handlungsfelder mit hoher Priorität abzudecken, haben auch globale Entwicklungen (wie z. B. Migrationsbewegungen, konjunkturbedingte Veränderungen in der Weltwirtschaft und

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Folgen des Klimawandels) mittelbar erhebliche Auswirkung auf den städtischen Haushalt. Insbesondere die Planjahre ab 2022 weisen derzeit erhebliche negative Jahresergebnisse auf. Ziel muss es daher sein, die Planung auch in den Folgejahren erheblich zu verbessern und sämtliche Anstrengungen zu unternehmen, um diese negativen Ergebnisse zu optimieren und schließlich auszugleichen.

Wesentliche zu erwartende haushaltswirtschaftliche Belastungen der Landeshauptstadt Düsseldorf, die aus ihren unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts resultieren, sind in den städtischen Zuweisungen und Zuschüssen an die einzelnen Gesellschaften abgebildet und werden in Abschnitt 2.4 bei den Transferaufwendungen näher erörtert.

Im konsumtiven Bereich sind Aufwendungen für die folgenden nennenswerten Bereiche geplant:

| Konsumtiver Haushaltsansatz | 2021 |
|--|-------------|
| in Mio. Euro | |
| Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen, hier Landschaftsumlage und Gewerbesteuerumlage | 304,0 |
| Zuwendungen für laufende Zwecke an übrige Bereiche Betriebskosten von Kindertagesstätten | 219,7 |
| Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende | 170,0 |
| Soziale Leistungen an natürliche Personen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung | 108,6 |
| Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | 108,0 |
| Aufwendungen für Abfallentsorgung, die der Stadt von der AWISTA der Stadt in Rechnung gestellt werden | 85,3 |
| Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen OGATA | 43,8 |
| Dienstleistungen Informationstechnologie und Kommunikationstechnik | 33,6 |
| Zuwendungen für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen an Deutsche Oper am Rhein | 32,4 |
| Unterhaltungsaufwendungen in den Produktbereichen Gemeindestraßen, Parkeinrichtungen und ÖPNV (z. B. Brücken, Tunnel, verkehrstechnische Systeme, öffentliche Beleuchtung, Straßen, Radwege, Lichtzeichenanlagen und U-Bahn-Anlagen) | 31,1 |
| Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Sanierungen Masterplan Schulen | 30,7 |
| Straßenreinigungsaufwendungen, die der Stadt von der AWISTA der Stadt in Rechnung gestellt werden | 25,4 |
| Aufwendungen für die Straßenentwässerung und Sonderreinigungen von Straßenflächen | 22,2 |
| Mieten und Pachten für soziale Einrichtungen für Obdachlose, Aussiedler und Flüchtlinge | 21,4 |
| Anmietung externer Objekte für die Erfüllung städtischer Aufgaben | 18,1 |
| Gebäudereinigung | 16,6 |
| Aufwendungen für Krankentransportwagen, Rettungstransportwagen und Notarzteinsetzfahrzeuge, die von Hilfsorganisationen personell besetzt werden | 16,2 |
| Instandhaltung an städtischen Gebäuden, außer Fachgebäuden | 14,3 |

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Im investiven Bereich sind die Auszahlungen für die nachfolgenden Maßnahmen herauszustellen:

| Investiver Haushaltsansatz | 2021 | 2022 - 2024 |
|---|-------------|------------------------|
| in Mio. Euro | | |
| Schulen (Bau, Kauf und Ausstattung) inkl. Schulorganisatorische Maßnahmen und eSchool | 96,1 | 61,9 |
| U81 (1. BA) – Freiligrathplatz bis Flughafen Terminal und Rheinquerung (2. BA) | 47,2 | 119,2 |
| wertverbessernde Maßnahmen und Neubau von Kindertageseinrichtungen (KiTa) und Zuwendungen für den Bau von KiTa an freie Träger | 27,0 | 54,6 |
| Wehrhahnlinie inkl. Straßenbau | 18,9 | 0,0 |
| Sanierung Museum Kunstpalast | 18,6 | 13,6 |
| Erweiterung, Wiederherstellung und Verbesserung der städtischen Bäder | 14,2 | 3,3 |
| Beschaffung von Fahrzeugen für den Rettungsdienst und die Feuerwehr (z. B. Löschfahrzeuge, Höhenretter, Rettungswagen) | 12,4 | 34,3 |
| Neubau von Jugendfreizeiteinrichtungen und Haus der Jugend | 10,6 | 2,5 |
| Beleuchtung (Erneuerung und Erhaltung der Gas- und Strombeleuchtung) | 10,4 | 31,3 |
| Hochwasserschutzmaßnahmen (z. B. Eindeichung Himmelgeist, Ertüchtigung des Himmelgeister Rheinbogens und des Lohauer Deiches) und ökologische Verbesserungen an Gewässern | 10,3 | 7,2 |
| Oberflächenerneuerung Kö-Bogen | 8,9 | 0,0 |
| sonstiger Individualverkehr | 8,6 | 16,6 |
| Breitbandausbau | 7,0 | 7,0 |
| Umgestaltung Schadowstraße | 4,7 | 4,4 |
| Erneuerung und Erweiterung der betriebstechnischen Ausrüstung der U-Bahn-Tunnel | 4,4 | 17,1 |
| Unterführung Bamberger Straße | 4,4 | 0,0 |
| Verkehrskonzept Heerdt | 3,4 | 0,0 |
| Garath 2.0 | 2,8 | 0,7 |
| Radwegenetze | 2,2 | 4,3 |
| Erschließung Glasmacherviertel – Ortsumgehung Gerresheim | 1,8 | 1,0 |
| Zuschüsse für Investitionen an Vereine | 1,8 | 5,4 |

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

| Investiver Haushaltsansatz | 2021 | 2022 - 2024 |
|--|-------------|------------------------|
| in Mio. Euro | | |
| Umbau Aachener Platz | 1,7 | 0,6 |
| Wiederherstellung Wegebau Hofgarten | 1,7 | 0,0 |
| Umlegungsmaßnahmen – Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | 1,7 | 5,1 |
| Sonderförderungsprogramm – Gewährung von Darlehen an sonstigen inländischen Bereich, Laufzeit mehr als 5 Jahre | 1,7 | 5,1 |
| Quadenhofstraße – Sanierung untere Kapelle | 1,6 | 0,0 |
| Speditionstraße | 1,2 | 3,1 |
| Altlasten und Grundwassersanierung | 1,1 | 3,4 |
| Kinderspielplätze (KSP) | 1,1 | 3,2 |

2 Weitere Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2021

| Gesamtfinanzplan | | | | | | |
|--|------------------|-------------------------|---------------|--------------------|-------|-------|
| in Mio. Euro | Ergebnis 2019 | Haushaltsansatz 2020 | 2021 | Finanzplanzeitraum | | |
| | | | | 2022 | 2023 | 2024 |
| Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit | 63,3 | 30,7 | -57,8 | -88,4 | -29,8 | -23,8 |
| Saldo aus Investitionstätigkeit | -127,4 | -293,8 | -158,3 | -14,9 | 76,4 | 21,1 |
| Saldo aus Finanzierungstätigkeit | 9,1 | 232,9 | 216,1 | 103,3 | -46,7 | 2,7 |
| Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln | -55,0 | -30,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

Der **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** verschlechtert sich im Vergleich zum Haushaltsplan 2020 um 88,6 Mio. Euro. Der **Saldo der Investitionstätigkeit** verbessert sich hingegen um 135,5 Mio. Euro. Diese Verbesserung berücksichtigt in diesem Zusammenhang zunächst eine Reduzierung der Zeile „Einzahlungen aus Investitionstätigkeit“ (Verschlechterung 67,0 Mio. Euro). Die im Vergleich zum Haushaltsplan 2020 erwarteten Wenigereinzahlungen in 2021 resultieren im Wesentlichen aus einem geringeren Ansatz für die Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden (37,5 Mio. Euro). Darüber hinaus gibt es Maßnahmen im Haushaltsjahr 2020, welche in 2021 keinen Ansatz besitzen (Einmaleffekte in 2020). Hierzu gehören beispielsweise die Wehrhahnlinie (40,5 Mio. Euro) und die ÖPNV-Beschleunigung (8,6 Mio. Euro).

Die Wenigereinzahlungen (67,0 Mio. Euro) werden durch Wenigerauszahlungen in 2021 (202,5 Mio. Euro) mehr als kompensiert. Die Abweichung im Zahlungsbereich im Vergleich zum Haushaltsplan 2020 resultiert einerseits aus Einmaleffekten in 2020 (z. B. schulorganisatorische Maßnahmen 123,2 Mio. Euro mehr Auszahlungsmittel in 2020 als in 2021 veranschlagt), und andererseits ist ein Großteil der zu erwartenden Neuveranschlagungen aus 2020 noch nicht berücksichtigt. Zum Veränderungsverzeichnis zur Haushaltsplanaufstellung 2020

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

wurden insgesamt 168,0 Mio. Euro (davon 142,2 Mio. Euro in 2020) aus 2019 neu veranschlagt. Es ist daher wahrscheinlich, dass sich bei gleichbleibendem Investitionstempo und -niveau in 2021, durch Neuveranschlagungen aus 2020 zum Veränderungsverzeichnis des Haushaltes 2021, das Investitionsvolumen noch merklich erhöht.

Auch die Salden der Investitionstätigkeiten werden sich in der Mittelfristplanung durch die auch hier sicherlich erforderlichen Neuveranschlagungen und vor allem durch beabsichtigte, aber noch nicht veranschlagte Maßnahmen sukzessive erhöhen. Die finanziellen Auswirkungen einer Baumaßnahme werden grundsätzlich erst nach Herbeiführung des Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses veranschlagt.

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit orientiert sich an den Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und den vorhandenen Finanzmitteln, welche ab 2021 nicht mehr zur Verfügung stehen. Das in den letzten Jahren deutlich gestiegene Investitionsvolumen führt auch in der Zukunft zu einer deutlich erhöhten Finanzierungstätigkeit, auch durch die Mehrjährigkeit der Projekte (zusätzliche Kreditaufnahmen).

| Finanzmittel in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | Finanzplanzeitraum | | | |
|---------------------------------|----------|-----------------|--------------------|---------|---------|---------|
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Gesamtbetrag aller Einzahlungen | 2.967,1 | 3.349,0 | 3.214,5 | 3.155,9 | 3.134,5 | 3.126,3 |
| Gesamtbetrag aller Auszahlungen | 3.022,1 | 3.379,1 | 3.214,5 | 3.155,9 | 3.134,5 | 3.126,3 |
| Saldo | -55,0 | -30,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

Der veranschlagte **Gesamtbetrag aller Einzahlungen** sinkt im Vergleich zum Vorjahr. Hier beläuft sich der Unterschied auf 134,5 Mio. Euro (-4,0 %). Der **Gesamtbetrag aller Auszahlungen im Finanzplan** sinkt um 164,6 Mio. Euro (-4,9 %).

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Folgende Auswirkungen ergeben sich bei den Krediten:

| Ermittlung der Aufnahme und Rückzahlung von Krediten | | | | | | |
|---|----------|-----------------|--------------------|-------|-------|-------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | Finanzplanzeitraum | | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Kumulierter Kredit 01.01. | 68,3 | 77,0 | 309,9 | 526,0 | 629,3 | 582,6 |
| Kreditaufnahme von der Holding (Investitionskredit) | 0,0 | 230,3 | 164,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Kreditaufnahme von der Holding (Liquiditätskredit)* | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Rückzahlung an die Holding (Investitionskredit) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 83,0 | 104,6 | 109,4 |
| Rückzahlung an die Holding (Liquiditätskredit)* | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Kreditaufnahme von Kreditinstituten (Investitionskredit) | 16,3 | 8,1 | 0,0 | 104,0 | 34,3 | 94,4 |
| Kreditaufnahme von Kreditinstituten (Liquiditätskredit)* | 0,0 | 0,0 | 57,8 | 88,4 | 29,8 | 23,8 |
| Rückzahlung an Kreditinstitute (Investitionskredit) | 7,3 | 5,5 | 5,8 | 6,1 | 6,1 | 6,1 |
| Rückzahlung an Kreditinstitute (Liquiditätskredit)* | 0,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Kumulierter Investitionskredit 31.12.: | 77,0 | 309,9 | 468,2 | 483,0 | 406,6 | 385,5 |
| Kumulierter Liquiditätskredit 31.12.: | 0,0 | 0,0 | 57,8 | 146,2 | 176,0 | 199,8 |
| * Liquiditätskredite werden grundsätzlich ab dem Haushaltsjahr 2020 veranschlagt. | | | | | | |

Zur Finanzierung des bereits jetzt veranschlagten Investitionsvolumens müssen ab dem Haushaltsjahr 2022 erstmalig wieder seit 2005 externe Investitionskredite aufgenommen werden. Gemäß § 26 Absatz 1 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf dürfen jedoch grundsätzlich keine Kredite für Investitionen bei Geldinstituten und Banken aufgenommen werden. Es gilt also die Liquiditätsbedarfe durch Einsparungen oder erhöhte Mittelzuflüsse zu vermeiden.

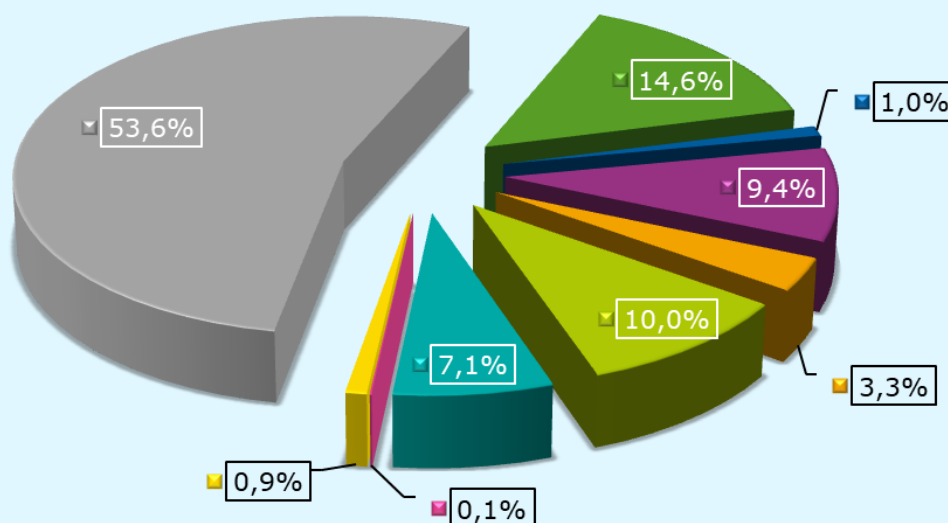
Sollte dies nicht möglich sein, müsste zukünftig nach eingehender Prüfung entweder eine Beschlussfassung nach § 26 Absatz 2, 3 (Ausnahme bei extremer Haushaltslage) oder eine Änderung des § 26 Absatz 1 der Hauptsatzung vor Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2021 erfolgen.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Die Ertrags- und Aufwandsstruktur des Haushaltsplanentwurfs 2021 für den ordentlichen Bereich stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragsstruktur (der ordentlichen Erträge inkl. Finanzerträge; ohne interne Leistungsbeziehungen) 3.017,8 Mio. Euro

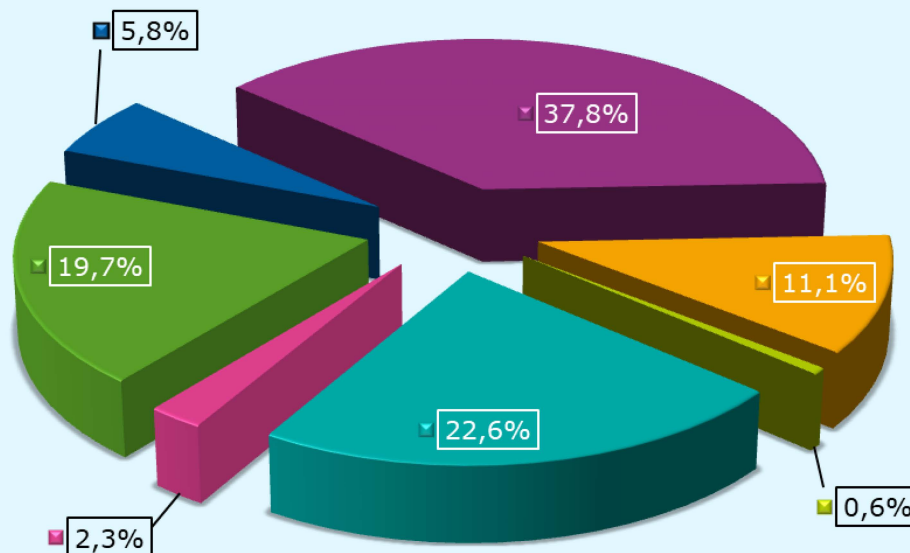


- Steuern und ähnliche Abgaben, z. B. Gewerbesteuer, Grundsteuer
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen für lfd. Zwecke, z. B. vom Bund, vom Land
- Sonstige Transfererträge, z. B. Ersatz von sozialen Leistungen (Sozialleistungsträger)
- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, z. B. Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren
- Privatrechtliche Leistungsentgelte, z. B. Mieten und Pachten, Verkaufserlöse
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen, z. B. vom Bund, von Gemeinden; Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen
- Sonstige ordentliche Erträge, z. B. Konzessionsabgaben, Bußgelder
- Aktiviertete Eigenleistungen, z. B. Material- u. Personalaufwand für selbst erstellte Gebäude
- Finanzerträge, z. B. Zinsen, Gewinnanteile

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Aufwandsstruktur
 (der ordentlichen Aufwendungen
 inkl. Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen;
 ohne interne Leistungsbeziehungen)
 3.126,7 Mio. Euro



- Personalaufwendungen
- Versorgungsaufwendungen
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, z. B. Grundstücksunterhaltung
- Bilanzielle Abschreibungen (auf Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände und Umlaufvermögen)
- Transferaufwendungen, z. B. Zuweisungen und Zuschüsse
- Sonstige ordentliche Aufwendungen, z. B. Mieten, Geschäftsaufwendungen, Versicherungsbeiträge, Kosten der Unterkunft
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen, z. B. an sonstige öffentliche Sonderrechnungen, an Land, an Bund

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Abweichungen gegenüber der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung

Nachfolgend sind die Abweichungen des Haushaltsplanentwurfs 2021 gegenüber der vom Rat am 19.12.2019 beschlossenen mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung dargestellt (ohne interne Leistungsbeziehungen).

| | Abweichungen im Gesamtergebnisplan in Mio. Euro | Finanzplanung 2020-2023 für 2021 | Haushaltsplan 2021 | Abweichungen |
|-----------|--|--|-------------------------------|---------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | 1.746,3 | 1.618,9 | -127,4 |
| | - Gewerbesteuer | 1.029,7 | 902,4 | -127,3 |
| | - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | 403,8 | 403,8 | 0,0 |
| | - Grundsteuer A und B | 148,2 | 148,2 | 0,0 |
| | - Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 116,4 | 116,3 | -0,1 |
| | - Ausgleichsleistungen aus dem Familienleistungsausgleich | 36,9 | 36,9 | 0,0 |
| | - sonstige Steuern | 11,4 | 11,4 | 0,0 |
| 2 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 431,1 | 441,4 | 10,3 |
| 3 | Sonstige Transfererträge | 29,5 | 30,2 | 0,7 |
| 4 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 279,3 | 282,4 | 3,1 |
| 5 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 101,8 | 100,6 | -1,2 |
| 6 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 255,4 | 300,6 | 45,2 |
| 7 | Sonstige ordentliche Erträge | 200,3 | 212,8 | 12,5 |
| 8 | Aktiviert Eigenleistungen | 2,4 | 2,5 | 0,1 |
| 9 | Bestandsveränderungen (+/-) | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 10 | Ordentliche Erträge | 3.046,2 | 2.989,3 | -56,9 |
| 11 | Personalaufwendungen | 672,0 | 705,8 | 33,8 |
| 12 | Versorgungsaufwendungen | 61,6 | 73,4 | 11,8 |
| 13 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 613,7 | 614,6 | 0,9 |
| 14 | Bilanzielle Abschreibungen | 178,0 | 182,8 | 4,8 |
| 15 | Transferaufwendungen | 1.210,0 | 1.183,0 | -27,0 |
| 16 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | 349,4 | 347,5 | -1,9 |
| 17 | Ordentliche Aufwendungen | 3.084,8 | 3.107,0 | 22,2 |
| 18 | Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 17) | -38,6 | -117,6 | -79,0 |
| 19 | Finanzerträge | 64,5 | 28,5 | -36,1 |
| 20 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | 20,1 | 19,8 | -0,3 |
| 21 | Finanzergebnis (Zeilen 19 und 20) | 44,4 | 8,7 | -35,7 |
| 22 | Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21) | 5,8 | -108,9 | -114,7 |
| 23 | Außerordentliche Erträge | 0,0 | 109,2 | 109,2 |
| 24 | Außerordentliche Aufwendungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 25 | Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 und 24) | 0,0 | 109,2 | 109,2 |
| 26 | Jahresergebnis (Zeilen 22 und 25) | 5,8 | 0,3 | -5,5 |

Insbesondere bei den Zeilen 1 und 23 handelt es sich um coronabedingte Auswirkungen, die im jeweiligen Kapitel des Vorberichts erläutert werden.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

| Abweichungen im Gesamtfinanzplan (Auszug) in Mio. Euro | | Finanzplanung 2020-2023 für 2021 | Haushaltsplan 2021 | Abweichungen |
|--|--|--|-------------------------------|--------------|
| 18 | Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 110,7 | 128,5 | 17,8 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 51,6 | 51,6 | 0,0 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 21 | Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 7,1 | 6,3 | -0,8 |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | 2,6 | 3,5 | 0,9 |
| 23 | Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 172,0 | 190,0 | 18,0 |
| 24 | Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | 13,9 | 6,5 | -7,4 |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | 191,8 | 243,9 | 52,1 |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | 40,0 | 40,8 | 0,8 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | 0,8 | 0,3 | -0,5 |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | 29,3 | 55,1 | 25,8 |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | 1,7 | 1,7 | 0,0 |
| 30 | Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 277,6 | 348,3 | 70,7 |
| 31 | Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30) | -105,6 | -158,3 | -52,7 |

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

II. Ergebnisplan

1 Erläuterungen zu den Schwerpunkten bei den Erträgen

1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Die Steuern sind die Hauptfinanzierungsquelle des städtischen Haushalts. Die COVID-19-Pandemie macht sich bei den Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen durch Ausfälle in bisher nicht gekannter Höhe bemerkbar. Die Pandemie wirkt sich auf zweierlei Weisen auf die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung aus. Die Prognose der Steuerschätzer zeigt zum einen auf, dass die Steuereinnahmen durch Umsatzrückgänge, Gewinneinbußen und Kurzarbeit im Haushaltsjahr 2020 drastisch sinken. Zum zweiten wirkt sich die Pandemie ganz konkret auf die Arbeit der Steuerschätzer aus. Noch nie in seiner 65-jährigen Geschichte musste sich der Arbeitskreis Steuerschätzung mit so vielen Unwägbarkeiten auseinandersetzen. Neben dem ungewissen Ausgang und der Dauer der Pandemie selbst mussten bei den Schätzungen ebenfalls die weltweiten wirtschaftlichen und finanziellen Folgen auf die deutschen Staatseinnahmen berücksichtigt werden. Dem gegenüber sollten sich die unterschiedlichen Maßnahmen des Bundes und der Länder, wie etwa den Regelungen zu Steuerstundungen sowie Verlustrücktrag und diverse Konjunkturpakete, in den Folgejahren positiv auswirken, denn die zusätzliche Liquidität vieler Unternehmen sichert ihren Fortbestand und damit künftige Steuereinnahmen.

| Steuern und ähnliche Abgaben | | | | | | |
|---|----------|-----------------|----------------|--------------------|---------|---------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | | Finanzplanzeitraum | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Gewerbsteuer | 964,6 | 997,8 | 902,4 | 922,2 | 954,5 | 987,9 |
| Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | 382,3 | 396,1 | 403,8 | 425,2 | 448,2 | 434,7 |
| Grundsteuer (A + B) | 144,3 | 146,8 | 148,2 | 149,6 | 151,0 | 151,0 |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 132,4 | 118,1 | 116,3 | 118,2 | 120,1 | 116,5 |
| Ausgleichsleistungen | 35,6 | 36,5 | 36,9 | 36,9 | 36,9 | 35,8 |
| Andere Steuern und steuerähnliche Erträge | 12,1 | 11,4 | 11,4 | 11,5 | 11,5 | 11,5 |
| insgesamt | 1.671,2 | 1.706,7 | 1.618,9 | 1.663,5 | 1.722,1 | 1.737,3 |

Der Arbeitskreis Steuerschätzung wird Anfang September eine Interims-Steuerschätzung, zusätzlich zu der regulären Steuerschätzung im November, vornehmen. Wie in den vergangenen Jahren steht die Schätzung des Gewerbesteueraufkommens ebenfalls unter dem Einfluss von Steuerrechtsänderungen bzw. den Folgen der Rechtsprechung, die sich regional sehr unterschiedlich auswirken können. Weiterhin birgt, neben den ungewissen Folgen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union und der zollpolitischen Entwicklung bei wichtigen deutschen Außenhandelspartnern, wie etwa den USA, auch die weitere Entwicklung der COVID-19-Pandemie in Ländern wie den USA, Brasilien oder Südafrika Risiken für das außenwirtschaftliche Umfeld der deutschen Wirtschaft.

Die Gesetzespakete zur Reform der Grundsteuer wurden Ende letzten Jahres verabschiedet. Dies verhinderte den drohenden kompletten Wegfall der Grund-

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

steuererträge für die Kommunen. Nun muss jedoch zunächst abgewartet werden, ob das Land Nordrhein-Westfalen von den im Gesetzesentwurf vorgesehenen Öffnungsklauseln Gebrauch macht. Dies wird aktuell noch in den zuständigen Ministerien des Landes eingehend geprüft. Wie diese Reform letztendlich umgesetzt und welche konkreten Auswirkungen sie haben wird, ist folglich noch nicht bekannt. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Neuregelung für die Landeshauptstadt Düsseldorf haushaltsneutral umgesetzt wird.

Die Kalkulation der Grundsteuern sowie der Gemeindeanteile an Einkommen- und Umsatzsteuer erfolgt grundsätzlich in der Form, dass zunächst eine Basis festgelegt wird, auf die dann die Steigerungsraten der aktuellen Steuerschätzung, ggfs. auch die Steigerungsraten der Orientierungsdaten des Landes Nordrhein-Westfalen oder eigene Annahmen Anwendung finden. Basis können z. B. die jeweiligen Rechnungsergebnisse des Vorjahres, aber auch die Ansätze des aktuellen Haushaltsjahres oder Schätzungen auf der Grundlage der aktuellen wirtschaftlichen Lage sein. Je nach aktueller Entwicklung unter Berücksichtigung der örtlichen Situation ist der Planungsstatus erneut zu beurteilen.

Bei der Ermittlung der Planwerte des **Gewerbesteueraufkommens** 2021 ff. wurden die Daten und Steigerungsraten der Steuerschätzung im Mai 2020 genutzt. Als Basis wird von erwarteten Einzahlungen in Höhe von rund 718,3 Mio. Euro im Jahr 2020 ausgegangen; unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen ergibt sich hieraus beim Ertrag ein Ansatz von 730,1 Mio. Euro. Diese Annahme stützt sich auf die im System hinterlegten Vorauszahlungen für die Gewerbebesteuer und die erwarteten Abschlusszahlungen, gemäß der Hochrechnung des Steueramtes für 2020. Berücksichtigt wurden außerdem die coronabedingten Stundungs- und Herabsetzungsanträge von gewerbesteuerpflichtigen Düsseldorfer Unternehmen. An dieser Stelle finden die Einnahmeentwicklungen vorangegangener Jahre und die ortsspezifischen Gegebenheiten besondere Berücksichtigung. Die Steigerungsrate für das Planungsjahr 2021 wurde aufgrund der Steuerschätzung aus dem Mai 2020 auf 23,6 % gesetzt.

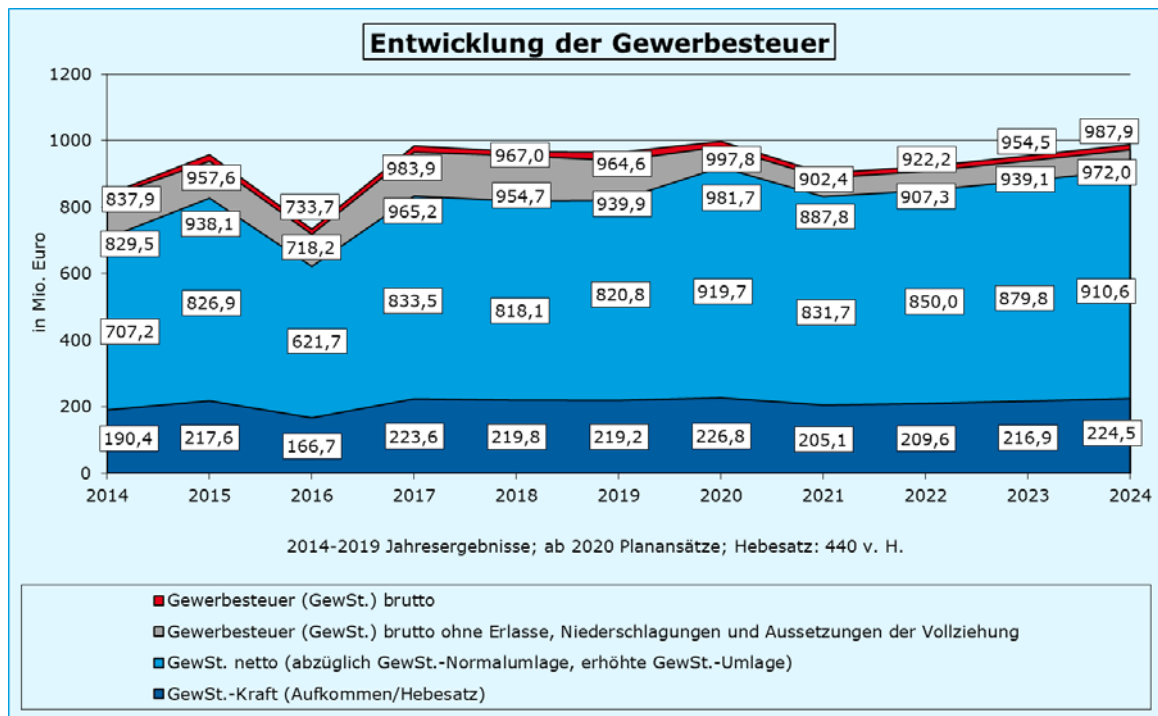
| Steigerungsraten | | | | |
|----------------------------------|------|------|------|------|
| in Prozent | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Herbstschätzung 2019 | 3,2 | 2,7 | 2,6 | 2,5 |
| Aktuelle Frühjahrsschätzung 2020 | 23,6 | 2,2 | 3,5 | 3,5 |

Für das Planungsjahr 2022 wurde entsprechend eine Steigerungsrate in Höhe von 2,2 % angewandt. Für die Planjahre 2023 und 2024 wurden für diesen Zeitraum die Steigerungsraten des Arbeitskreises Steuerschätzung ebenfalls vollumfänglich mit je 3,5 % übernommen. Zusätzlich sind wegen des Grundsatzes der Bruttoveranschlagung den Ansätzen insgesamt Beträge von rd. 14,6 Mio. Euro (2021), 14,9 Mio. Euro (2022), 15,4 Mio. Euro (2023) und 15,9 Mio. Euro (2024) für niederzuschlagende Forderungen oder vorübergehende Aussetzungen der Forderungsrealisierung zugeschlagen. Ferner laufen zahlreiche Betriebsprüfungen bei den ortsansässigen Unternehmen, welche Nachzahlungen bzw. Erstattungen nach sich ziehen können. **Der Hebesatz der Gewerbebesteuer bleibt auch in den aktuellen Planungsjahren unverändert bei 440 v. H.**

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

| Gewerbesteueransätze | | | | |
|-----------------------------|-------|-------|-------|-------|
| in Mio. Euro | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Erträge | 902,4 | 922,2 | 954,5 | 987,9 |
| Einzahlungen | 887,8 | 907,3 | 939,1 | 972,0 |
| Wertberichtigungen | 14,6 | 14,9 | 15,4 | 15,9 |

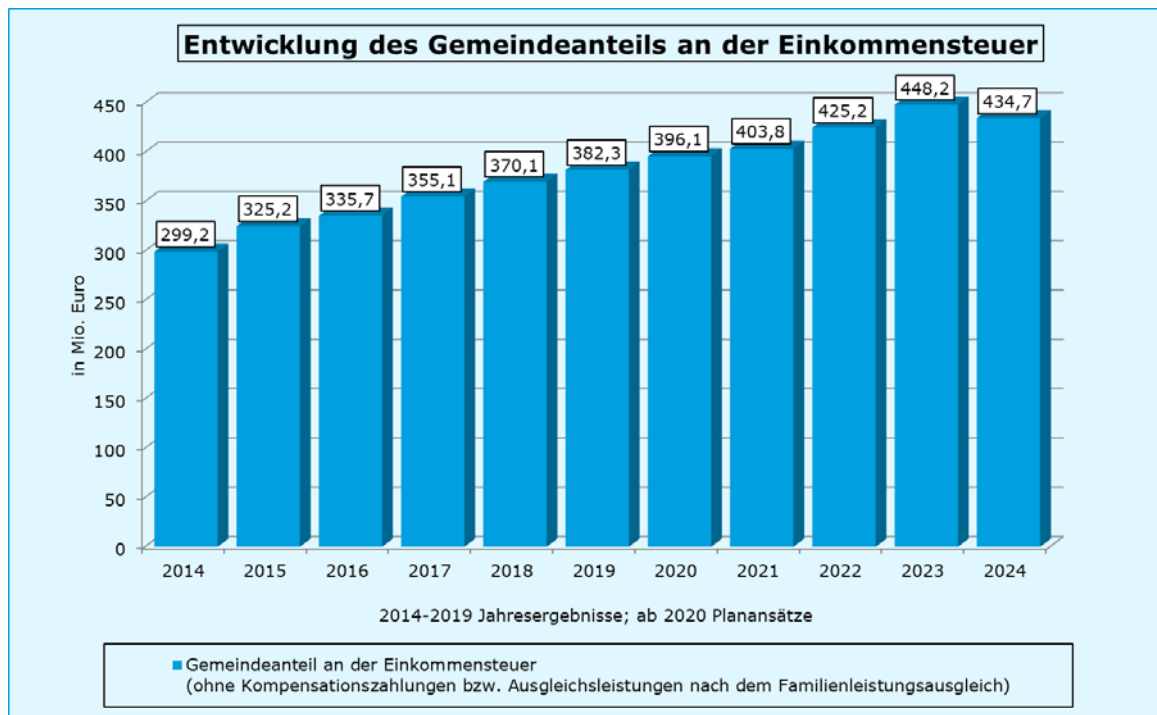


Bei der Planung des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** wurde das hochgerechnete Rechnungsergebnis des Jahres 2020 aus den Einzahlungen in Höhe von 396,1 Mio. Euro als Basisbetrag herangezogen. Auf diesen Sockelbetrag werden anschließend die Steigerungsraten der Vorjahresplanung angewandt. Die Steigerungsraten für die Haushaltsjahre 2021 bis 2023 belaufen sich auf 5,1 %, 5,3 % und 5,4 %. Für das Haushaltsjahr 2024 wird keine Steigerungsrate angenommen, sodass der Wert aus 2023 fortgeschrieben wird.

Weiterhin ist bei der Ansatzbildung für die Jahre 2021 und 2024 ein Verlust bei der Neufestsetzung der sog. Verteilungsschlüssel in Höhe von -3 % unterstellt worden.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.



Bei dem **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** setzt sich der bundeseinheitliche Verteilungsschlüssel zu 25 % aus dem Gewerbesteueraufkommen, zu 50 % aus der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort und zu 25 % aus den sozialversicherungspflichtigen Entgelten zusammen. Analog den Einkommensteueranteilen sind auch bei den Umsatzsteueranteilen Schlüsselverluste zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund ist für die Haushaltsjahre 2021 und 2024 ein Schlüsselverlust in Höhe von -3 % eingeplant.

Bei der Hochrechnung der Haushaltsansätze für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird ein zu erwartendes Rechnungsergebnis der Einzahlungen im Jahr 2020 in Höhe von 79,7 Mio. Euro zugrunde gelegt. Auf diesen Sockelbetrag ist eine Steigerungsrate in Höhe von 2,3 % für 2021 angerechnet worden, wobei die Abweichungen von den Schätzdaten des Arbeitskreises Steuerschätzung auf eine andere Berechnungssystematik betreffend der Entlastungsleistungen des Bundes zurückzuführen sind. Für die Jahre 2022 und 2023 wurde entsprechend eine Steigerungsrate von je 2,4 % berücksichtigt. Für das Jahr 2024 wird von einer Steigerung von 0,0 % ausgegangen.

In den Jahren 2015 bis 2017 wurden die Städte und Gemeinden u. a. durch eine Aufstockung der kommunalen Umsatzsteueranteile von der Bundesregierung finanziell entlastet. Dieses „Soforthilfeprogramm“ wurde ab dem Jahr 2018 von den Regelungen des „Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen“ vom 01.12.2016 abgelöst. Dieses Gesetz basiert auf einer am 16.06.2016 zwischen Bund und Ländern getroffenen Vereinbarung über eine im damaligen Koalitionsvertrag vorgesehene Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Mrd. Euro jährlich. Dem Gesetz zur Folge wurden die kommunalen Umsatzsteueranteile im Jahr 2018 um 2,76 Mrd. Euro angehoben. Mit dem Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 17.12.2018 werden die Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer aktuell im gesamten Planungszeitraum um 2,4 Mrd. Euro erhöht.

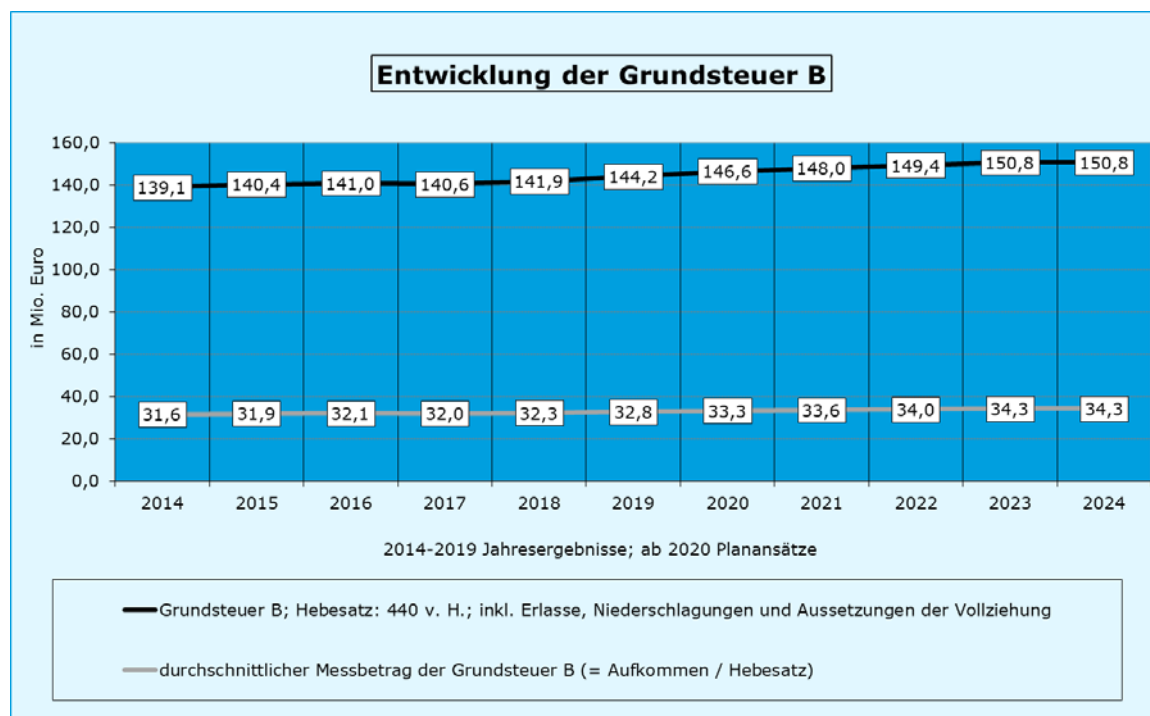
Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Bei der **Grundsteuer B** geht der Arbeitskreis Steuerschätzung für die westdeutschen Städte und Gemeinden von Zuwachsraten in Höhe von 0,9 % in den Jahren 2021 bis 2024 aus. Die Gesetzesänderung zur Bemessung der Grundsteuer ist nicht in die Steuerschätzung eingeflossen, da die Grundsteuer erstmals im Jahr 2025 nach neuen Regeln erhoben wird. Bei der Planung 2021 ff. wird von einem Basisbetrag in Höhe von 146,3 Mio. Euro ausgegangen. Es handelt sich hierbei um ein Rechnungsergebnis der Einzahlungen in 2020. Mit Sicht auf die standortspezifische Entwicklung der Grundsteuer B sind auf diesen Sockelbetrag Steigerungsraten von rd. 0,95 % für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 angerechnet. Für das Haushaltsjahr 2023 wird eine Steigerungsrate von 0,94 % geplant. Das Haushaltsjahr 2024 wird entsprechend dem Vorjahr fortgeschrieben. Zusätzlich werden dem Ansatz wegen des Grundsatzes der Bruttoveranschlagung in der Ergebnisplanung rd. 0,24 % (rd. 0,4 Mio. Euro) für niederzuschlagende oder vorübergehende Aussetzungen (Wertberichtigungen) der Forderungsrealisierung zugeschlagen.

| Ansätze der Grundsteuer B | | | | |
|----------------------------------|-------|-------|-------|-------|
| in Mio. Euro | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Erträge | 148,0 | 149,4 | 150,8 | 150,8 |
| Einzahlungen | 147,7 | 149,1 | 150,5 | 150,5 |
| Wertberichtigungen | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 |

Von dem gesamten für 2020 veranschlagten **Aufkommen an Grundsteuern** entfallen lediglich 134.000 Euro auf die **Grundsteuer A** (Land- und Forstwirtschaft); entscheidend für den Gesamtansatz ist also die **Grundsteuer B** (Grundstücke) mit einer Ertragserwartung von 148,0 Mio. Euro in 2021. Die Höhe der Hebesätze bleibt im gesamten Planungszeitraum im Vergleich zum Vorjahr unverändert bestehen (Grundsteuer A 156 v. H.-Punkte / Grundsteuer B 440 v. H.-Punkte).



Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Die **Kompensationsleistungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs** (sogenannter Einkommensteuerersatz) werden aus einem Umsatzsteueranteil gespeist, der den Bundesländern gemäß § 1 des Finanzausgleichsgesetzes zugewiesen wird. Den Gemeinden wird zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen, die aus einer Systemumstellung im Jahr 1997 resultieren, ein Anteil von rund 26 % zugewiesen. Die auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen entfallenden Ausgleichsleistungen werden in dem für das jeweilige Haushaltsjahr geltenden Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) vorläufig festgesetzt und nach der jeweils maßgebenden Schlüsselzahl für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verteilt. Zum Zeitpunkt der Planung lagen noch keine Eckpunkte zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) für das Jahr 2021 vor. Daher stützt sich der geplante Ausgleichsbetrag in Höhe von 890 Mio. Euro auf die Finanzplanung des Landes Nordrhein Westfalen aus dem September 2019. Ausgehend von diesem Sockelbetrag wurde für die Landeshauptstadt Düsseldorf eine Kompensationsleistung in Höhe von rund 36,9 Mio. Euro ermittelt. Da sich die horizontale Verteilung dieser Kompensationsleistungen nach den Vorgaben der Verteilung der gemeindlichen Anteile an der Einkommensteuer richtet, ist auch für die Jahre 2021 und 2024 ein Schlüsselverlust in Höhe von jeweils -3 % zu berücksichtigen.

Das Gesetz zur Änderung des **Einheitslastenabrechnungsgesetzes** NRW ist am 12.12.2013 in Kraft getreten. Das Änderungsgesetz resultiert aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW vom 08.05.2012, mit dem die Verfassungswidrigkeit der Ermittlung der Einheitslasten mangels Berücksichtigung aller vier Stufen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs festgestellt worden war. Mit dem Änderungsgesetz wird die vertikale und horizontale Umsatzsteuerverteilung rückwirkend ab dem Jahr 2007 in die Einheitslastenberechnung einbezogen. Düsseldorf hat dadurch im Rahmen der Einheitslastenabrechnung folgende Erstattungen erhalten:

| | |
|--|------------------------|
| für die Jahre 2007 bis 2011 im Jahr 2013 | rd. 79,3 Mio. Euro |
| für 2012 im Jahr 2014 | rd. 28,8 Mio. Euro |
| für 2013 im Jahr 2015 | rd. 34,0 Mio. Euro |
| für 2014 im Jahr 2016 | rd. 44,1 Mio. Euro |
| für 2015 im Jahr 2017 | rd. 51,7 Mio. Euro |
| für 2016 im Jahr 2018 | rd. 60,3 Mio. Euro |
| für 2017 im Jahr 2019 | rd. 69,7 Mio. Euro und |
| für 2018 im Jahr 2020 | rd. 82,4 Mio. Euro |

Diese Erstattungsbeträge resultieren aus bereits im Vorfeld von den Kommunen an das Land zu viel gezahlten Gewerbesteuerumlagen. Der Erstattungsbetrag für das Jahr 2019 in 2021 ist auf Basis der Finanzplanung des Landes in Höhe von rund 64,8 Mio. Euro geplant. Bei der Abrechnung des Jahres 2019 wird der Wegfall des Fonds „Deutsche Einheit“ berücksichtigt werden. Ausgehend davon, dass die Kommunalbeteiligung an den Lasten der Deutschen Einheit im Jahr 2020 endet, erfolgt die Abrechnung der Einheitslastenbeteiligung letztmalig für das Jahr 2019 im Jahr 2021.

Bei den **übrigen Gemeindesteuern** handelt es sich in Düsseldorf um die Hunde-, die Vergnügungs- und die Wettbürosteuer. Ausgehend von einer gleich bleibenden Entwicklung für die kommenden Jahre ist der Ansatz der **Hunde-steuer** unter Berücksichtigung der Auswertungen des Hundebestandes auf rd. 2,4 Mio. Euro inkl. Niederschlagungen, Erlasse und Aussetzungen der Vollziehung (Wertberichtigungen) für 2021 festgesetzt.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Der Haushaltsansatz der **Vergnügungssteuer** verringerte sich aufgrund des neuen Glücksspielstaatsvertrages im Jahr 2020 um 1 Mio. Euro auf insgesamt rd. 8,5 Mio. Euro inkl. Niederschlagungen, Erlasse und Aussetzungen der Vollziehung (Wertberichtigungen). Dieser Ansatz wird in den Haushaltsjahren 2021 ff. fortgeschrieben.

Im Jahre 2016 wurde in der Landeshauptstadt Düsseldorf eine **Wettbürosteuer** basierend auf einem Flächenmaßstab eingeführt. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 29.06.2017 den Flächenmaßstab als verfassungswidrig erklärt. In Folge des Urteils hat der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf am 14.06.2018 eine rückwirkende Änderung der Wettbürosteuersatzung beschlossen, die Wettbürosteuer wird nun in Höhe von 3 % des Brutto-Wetteinsatzes erhoben. Die Ertragserwartung aufgrund der neuen Bemessungsgrundlage liegt aufgrund von Schätzungen des in der Landeshauptstadt Düsseldorf anfallenden Brutto-Wetteinsatzes für 2021 bei 0,5 Mio. Euro.

1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

| Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | | | |
|---|------------|-----------------|--------------------|------------|------------|------------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | Finanzplanzeitraum | | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke | 274,4 | 257,1 | 283,0 | 288,4 | 295,4 | 293,3 |
| <i>davon: Zuwendungen für laufende Zwecke vom Land von der EU</i> | <i>0,4</i> | <i>0,2</i> | <i>0,0</i> | <i>0,0</i> | <i>0,0</i> | <i>0,0</i> |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen | 61,0 | 90,4 | 91,1 | 86,2 | 78,2 | 77,0 |
| allgemeine Umlagen | 69,7 | 82,5 | 64,8 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| sonstige allgemeine Zuweisungen | 2,8 | 2,6 | 2,6 | 2,6 | 2,6 | 2,5 |
| insgesamt | 407,9 | 432,5 | 441,4 | 377,1 | 376,1 | 372,8 |

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke** steigen von 2020 auf 2021 um 25,9 Mio. Euro auf 283,0 Mio. Euro. Davon entfallen auf Zuweisungen vom Bund 2,4 Mio. Euro, auf Zuweisungen vom Land 270,2 Mio. Euro (z. B. Betriebskosten Kindertageseinrichtungen i. H. v. 159,5 Mio. Euro, Erstattungen des Landes für leistungsberechtigte Flüchtlinge (monatliche Kostenpauschale nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG) i. H. v. 25,2 Mio. Euro, Sport- und Schulpauschale i. H. v. 25,0 Mio. Euro, OGATA i. H. v. 17,9 Mio. Euro, Zuweisung von Bundesmitteln für Bildungs- und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen i. H. v. 12,6 Mio. Euro) und auf Zuweisungen aus sonstigen Bereichen 10,4 Mio. Euro. Bei der FlüAG-Pauschale wird mit einer Erhöhung von 866 Euro pro Person auf 1.125 Euro pro Person gerechnet. Weiterhin wird mit Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen i. H. v. 91,1 Mio. Euro (z. B. 27,0 Mio. Euro im Bereich der allgemeinen Investitionspauschale und der Investitionspauschale Sozialhilfeträger, 21,2 Mio. Euro im Betrieb gewerblicher Art (BgA) Bahnanlagen, 16,3 Mio. Euro im Bereich „Straßen“, 7,8 Mio. Euro bei sozialen Einrichtungen für Obdachlose, Aussiedler und Flüchtlinge) und allgemeinen Umlagen i. H. v. 64,8 Mio. Euro (letztmalige Rückerstattung vom Land aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz) gerechnet.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

1.3 Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge werden in einer Höhe von 30,2 Mio. Euro erwartet. Es handelt sich um Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb (14,2 Mio. Euro) und außerhalb von Einrichtungen (15,9 Mio. Euro).

1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte wurden mit 282,4 Mio. Euro geplant. Die **Verwaltungsgebühren** (38,3 Mio. Euro) und **Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte** (240,8 Mio. Euro) steigen im Vergleich zum Vorjahr um 6,0 Mio. Euro. Bei den Verwaltungsgebühren werden z. B. Baugenehmigungsgebühren (12,5 Mio. Euro), Gebühren für Kraftfahrzeugzulassungen und Führerscheinerteilungen etc. (6,5 Mio. Euro), Gebühren für Meldeangelegenheiten und Aufenthaltsregelungen (5,2 Mio. Euro) sowie bei den Benutzungsgebühren z. B. Abfallentsorgungsgebühren (89,5 Mio. Euro), Rettungsdienstgebühren (Krankentransporte und Notfalleinsätze; 42,4 Mio. Euro) und Straßenreinigungsgbühren (26,7 Mio. Euro) veranschlagt.

Die quantitative Bedeutung der Gebühren und Entgelte wird in der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) ausdrücklich gestützt: Nach § 77 GO NRW – Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung – hat die Gemeinde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel

1. soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen,
2. im Übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen.

Während die Stadt auf die Höhe der Verwaltungsgebühren kaum Einfluss hat, weil sie von Bund oder Land vorgegeben werden, ist bei den Benutzungsgebühren dann eine Anpassung vorzunehmen, wenn ihr Kostendeckungsgrad sinkt.

1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte mit Kostenerstattungen und Kostenumlagen werden voraussichtlich bei 401,1 Mio. Euro liegen. Die Mieten und Pachten (55,3 Mio. Euro), Erträge aus Verkauf (6,7 Mio. Euro), sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelte (38,5 Mio. Euro; u. a. Erstattung der Deutschen Oper am Rhein für die Gestellung des Orchesters: 7,6 Mio. Euro, Marktentgelte: 4,0 Mio. Euro; Verpflegung im Rahmen der Übermittagsbetreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen: 3,9 Mio. Euro, Leistungsentgelte der Volkshochschule: 3,9 Mio. Euro, Erlöse aus der Abfallentsorgung (Recycling etc.): 3,6 Mio. Euro), Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen (81,6 Mio. Euro; u. a. Umlage des Zweckverbandes VRR als Spitzenausgleich: 21,5 Mio. Euro, Kostenumlage vom Land für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: 16,2 Mio. Euro, Zuweisungen des Landes NRW zu den geleisteten Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz: 12,9 Mio. Euro, Kostenerstattung Jobcenter Düsseldorf: 11,1 Mio. Euro) und aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen (218,9 Mio. Euro) steigen zum Vorjahresansatz um 46,2 Mio. Euro.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

1.6 Sonstige ordentliche Erträge

Sonstige ordentliche Erträge werden i. H. v. 212,8 Mio. Euro erwartet. Sie setzen sich zusammen aus Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden (55,0 Mio. Euro), Bußgeldern, Säumniszuschlägen und Erträgen aus der Inanspruchnahme von Gewährverträgen und Bürgschaften (62,2 Mio. Euro), Konzessionsabgaben der Stadtwerke Düsseldorf AG (51,6 Mio. Euro), sonstigen nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträgen (32,4 Mio. Euro, insbesondere im Bereich der Auflösung von Rückstellungen), anderen sonstigen ordentlichen Erträgen (10,1 Mio. Euro) und Erträgen aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten (1,5 Mio. Euro).

Bei den Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden ist allerdings zu beachten, dass sich gegenwärtig und zukünftig die Höhe der Erträge und Einzahlungen tendenziell reduzieren.

1.7 Aktivierte Eigenleistungen

Das Gesamtvolumen der Aufwendungen, die zur Erstellung von Anlagevermögen eingesetzt werden, liegt bei 2,5 Mio. Euro.

1.8 Finanzerträge

In 2021 sind Finanzerträge in Höhe von insgesamt 28,5 Mio. Euro geplant. Hier-von entfallen auf Ausschüttungen der verbundenen Unternehmen inklusive des Stadtentwässerungsbetriebs 18,8 Mio. Euro, auf Zinserträge 0,6 Mio. Euro und auf die sonstigen Finanzerträge 9,1 Mio. Euro. Bei den sonstigen Finanzerträgen handelt es sich im Wesentlichen um die Ausschüttung der Stadtparkasse Düsseldorf mit 9,0 Mio. Euro.

Die Haushaltsansätze für Ausschüttungen der verbundenen Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

| Ausschüttungen | 2020 | 2021 |
|---|-------------|-------------|
| in Mio. Euro | 42,8 | 18,8 |
| Messe Düsseldorf GmbH | 19,2 | 0,0 |
| Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG | 18,5 | 15,0 |
| Stadtentwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Düsseldorf | 3,5 | 3,5 |
| Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH | 1,0 | 0,0 |
| SWD Städt. Wohnungsbau-GmbH & Co. KG Düsseldorf | 0,6 | 0,3 |

Aufgrund des massiven, coronabedingten Einbruchs der Erlöse im Veranstaltungsbereich wird im Haushaltsjahr 2021 keine Ausschüttung der Messe Düsseldorf GmbH (Messe) geplant. Dies führt bei der Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG, die 20 % an der Messe hält, ebenfalls zu einem geringeren Planansatz.

Auch bei der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH (Holding) wird in 2021 coronabedingt keine Ausschüttung geplant. Grundsätzlich vereinnahmt die

Gesellschaft die Ausschüttungen der Stadtwerke Düsseldorf AG sowie der Flughafen Düsseldorf GmbH und finanziert damit – **ergänzt durch eigene Mittel** – die Leistungen der Rheinbahn AG und den nichtstädtischen Teil der Bäderlandschaft. Die vorgenannten Gesellschaften und somit auch die Holding sind deutlich von den Auswirkungen der Pandemie in Form wesentlicher Ertragseinbrüche betroffen. So erfolgte seitens der Flughafen Düsseldorf GmbH bereits im Jahr 2020 für das Geschäftsjahr 2019 keine Ausschüttung an die Holding.

Bei der SWD Städt. Wohnungsbau-GmbH & Co. KG Düsseldorf ist eine Entnahme in Höhe von 0,3 Mio. Euro vorgesehen, die der Erstattung von Steueraufwendungen im Bereich des städtischen Betriebs gewerblicher Art „Personengesellschaften“ dienen soll.

Die Zuschüsse an Beteiligungsunternehmen i. H. v. 79,3 Mio. Euro in 2021 werden unter den Transferaufwendungen ausgewiesen.

1.9 Außerordentliche Erträge

Für die im Rahmen der COVID-19-Pandemie prognostizierte Haushaltsbelastung ist nach dem – derzeit noch nicht verabschiedeten – NKF-CIG eine Nebenrechnung aufzustellen:

| Isolation der Belastungen durch die COVID-19-Pandemie auf Basis eines Kabinettsentwurfs | 2021 |
|--|---------------|
| in Mio. Euro | -109,2 |
| Veränderung in der allgemeinen Finanzwirtschaft inklusive Steuerschätzung | -97,3 |
| Messe Düsseldorf GmbH | -33,4 |
| Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG | -11,3 |
| Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH | -1,0 |
| Kosten der Unterkunft * | 33,9 |

* Bei den Kosten der Unterkunft wird der Saldo aus dem prognostizierten Mehrbedarf aus dem Fallzahlenanstieg (14,0 Mio. Euro) und der erhöhten Leistungsbeteiligung des Bundes für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende aus Leistungen nach § 22 SGB II (47,9 Mio. Euro) dargestellt.

Entsprechend wird ein außerordentlicher Ertrag i. H. v. 109,2 Mio. Euro in den Ergebnisplan 2021 aufgenommen. Diese Bilanzierungshilfe wird gem. § 6 NKF-CIG ab dem Haushaltsjahr 2025 abzuschreiben sein und die Ergebnishaushalte der jeweiligen Jahre entsprechend belasten. Alternativ könnte die Landeshauptstadt Düsseldorf das einmalig auszuübende Recht im Jahr 2024 in Anspruch nehmen, für die Aufstellung der Haushaltssatzung 2025 die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen gegen das Eigenkapital auszubuchen.

1.10 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen

Hier werden die Erträge aus Serviceleistungen der einzelnen Fachämter für andere Ämter i. H. v. 28,3 Mio. Euro veranschlagt, z. B. Personalverwaltung, interne Mieten und Betriebskostenvorauszahlungen, Kassenservice, Rechtsberatung.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

2 Erläuterungen zu den Schwerpunkten bei den Aufwendungen

2.1 Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen

Die Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen stellen mit einem Volumen in Höhe von zusammen 779,2 Mio. Euro nach den Transferaufwendungen die zweitgrößte Aufwandsart im Ergebnisplan dar und tragen mit 24,9 % zu den Gesamtaufwendungen bei. **Personalaufwendungen** sind u. a. Besoldung, Gehälter, Beihilfen und die Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte als größte Aufwandsblöcke. Letztere resultieren aus der Tatsache, dass die Beamtin / der Beamte mit jedem aktiven Dienstjahr einen anteiligen Pensionsanspruch erwirbt. Die Berücksichtigung des Anspruchs erfolgt durch eine entsprechende jährliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und stellt somit Aufwand dar. Ermittelt werden die jährlichen Zuführungsaufwendungen anhand versicherungsmathematischer Methoden. Beamtinnen / Beamte im Ruhestand haben **Versorgungsansprüche**, die in der aktiven Dienstzeit erworben wurden.

| Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen | | | | | | |
|---|----------|-----------------|--------------|--------------------|-------|-------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | | Finanzplanzeitraum | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Personalaufwendungen | 608,2 | 651,0 | 705,8 | 712,6 | 711,9 | 708,2 |
| Versorgungsaufwendungen | 62,1 | 57,0 | 73,4 | 76,6 | 69,7 | 62,7 |
| insgesamt * | 670,3 | 708,0 | 779,2 | 789,2 | 781,5 | 770,9 |

* incl. Aufwand für sonstige Beschäftigte, z. B. für Wahlhelfer, Bundesfreiwilligendienst, Jobperspektive, Nachversicherungsbeiträge, Beiträge Unfallkasse NRW

Der höhere Planansatz 2021 beinhaltet im Wesentlichen den Verzicht auf die ehemalige Kompensationsvorgabe i. H. v. 13,5 Mio. Euro zu Gunsten der Ausfinanzierung der Sollstruktur des Stellenplans (14,9 Mio. Euro) und aus den Auswirkungen des Stellenplans 2021 (19,0 Mio. Euro). Für Abfindungszahlungen, die das Beamtenversorgungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LBeamVG NRW) seit dem 2016 vorsieht und seitdem stetig gestiegen sind, ist eine Erhöhung um 8,1 Mio. Euro vorgesehen.

Für eine mögliche Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst ab dem 01.09.2020 erhöht sich der Planansatz um 4,2 Mio. Euro. Das entspricht einer Tarifsteigerung von rund 1 Prozentpunkt.

Ein weiterer Deckungsbeitrag für einen darüber hinausgehenden Abschluss aus der jährlichen 1%igen Steigerung des Personaletats ist bis einschließlich 2022 nicht gegeben, da diese Steigerung zur teilweisen Deckung des letzten Tarifabschlusses aus dem Jahr 2018 eingesetzt wurde.

Somit ergibt sich eine Steigerung um 2 Prozentpunkte, wobei 1 Prozentpunkt, wie oben beschrieben, bereits aufgezehrt ist.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Der Personaletat (Teilmenge der Personal- und Versorgungsaufwendungen) erhöht sich im Vergleich zur Vorjahresplanung für 2021 um 46,7 Mio. Euro.

Die Erhöhung im Personaletat ist im Einzelnen zurückzuführen auf:

| Erhöhung Personaletat | 2021 |
|---|-------------|
| in Mio. Euro | 46,7 |
| Stellenplan 2021 | 19,0 |
| Ausfinanzierung der Sollstruktur des Stellenplans 2020, darin enthalten der Verzicht auf die Kompensationsvorgabe i. H. v. 13,5 Mio. Euro | 14,9 |
| Abfindungszahlungen bei Dienstherrenwechsel | 8,1 |
| mögliche Tarifsteigerung | 4,2 |
| Erstattung von Versorgungsbezügen an Bund und Land sowie an die Sozialversicherung im Rahmen des Versorgungsausgleichs | 1,5 |
| Förderung und Wertschätzung der Ausbildungstätigkeit | 0,5 |
| Neuberechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen | -1,5 |

| Kennzahl: Personalintensität | | | | | | |
|-------------------------------------|------------------|-------------------------|-------------|--------------------|------|------|
| in Prozent | Ergebnis 2019 | Haushaltsansatz 2020 | 2021 | Finanzplanzeitraum | | |
| | 21,1 | 21,3 | 22,7 | 2022 | 2023 | 2024 |
| | | | | 22,9 | 22,8 | 22,7 |

Die Kennzahl ermittelt sich aus dem Verhältnis von den Personalaufwendungen zu den ordentlichen Aufwendungen und bewegt sich bis 2024 zwischen 21,1 % und 22,9 %. Die Steigerung zwischen 2020 und 2021 liegt bei 1,4 %.

2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Gesamtaufwendungen i. H. v. 614,6 Mio. Euro fallen an für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des unbeweglichen Vermögens (348,4 Mio. Euro, davon 85,3 Mio. Euro in der Abfallwirtschaft, 30,7 Mio. Euro für Sanierungen im Rahmen des Masterplans Schulen, 25,4 Mio. Euro im Bereich Straßenreinigung und Winterdienst, 22,2 Mio. Euro für die Entwässerung und Reinigung der Straßen als Infrastrukturvermögen), für sonstige Dienstleistungen (143,9 Mio. Euro, davon 43,8 Mio. Euro im Bereich OGATA, 33,6 Mio. Euro in der Informations- und Kommunikationstechnologie, 15,8 Mio. Euro für Schülerbeförderung), für die Erstattung von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit (90,6 Mio. Euro), für sonstige Sachleistungen (19,8 Mio. Euro), für die Unterhaltung des beweglichen Vermögens (8,0 Mio. Euro), für besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (2,9 Mio. Euro) und für die Instandhaltung des unbeweglichen Vermögens (1,0 Mio. Euro).

Das in den o.g. Positionen enthaltene Volumen des „Masterplans Schulen“ beläuft sich incl. Lehr- und Unterrichtsmittel im Haushaltsjahr 2021 auf 34,3 Mio. Euro.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

2.3 Bilanzielle Abschreibungen

Die Abschreibungen für die Abnutzung des städtischen Anlagevermögens (Gebäude, Infrastrukturvermögen, Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge etc.) werden je Vermögensgegenstand nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer berechnet und liegen insgesamt bei 182,8 Mio. Euro.

2.4 Transferaufwendungen

| Transferaufwendungen | | | | | | |
|---|----------|-----------------|--------------------|---------|---------|---------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | Finanzplanzeitraum | | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 396,8 | 420,0 | 433,3 | 441,3 | 443,3 | 441,4 |
| Schuldendiensthilfen | 0,1 | 0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Sozialtransferaufwendungen | 393,7 | 415,3 | 414,3 | 422,0 | 427,1 | 427,2 |
| Steuerbeteiligungen | 143,8 | 78,1 | 70,6 | 72,2 | 74,7 | 77,3 |
| Allgemeine Umlagen (Landschaftsverbandsumlage) | 215,7 | 230,8 | 233,4 | 230,3 | 235,5 | 243,0 |
| sonstige Transferaufwendungen | 30,7 | 31,7 | 31,4 | 31,4 | 31,4 | 31,4 |
| insgesamt | 1.180,7 | 1.175,9 | 1.183,0 | 1.197,1 | 1.212,0 | 1.220,3 |

Die Transferaufwendungen stellen mit einem Volumen von 1.183,0 Mio. Euro 37,8 % der Gesamtaufwendungen dar und sind somit die größte Aufwandsposition im städtischen Haushalt.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Der Gesamtansatz für **Zuweisungen und Zuschüsse** für laufende Zwecke beträgt 433,3 Mio. Euro. Hiervon sind 417,2 Mio. Euro beispielsweise vorgesehen für die folgenden Produkte:

| Zuweisungen und Zuschüsse | | 2020 | 2021 |
|----------------------------------|--|-------|-------|
| in Mio. Euro | | | |
| 3636501 | Tageseinrichtungen | 211,2 | 228,7 |
| 2526101 | Förderung von Theater und Oper | 49,4 | 47,7 |
| 2525206 | Förderung von Museen und Sammlungen | 16,2 | 16,1 |
| 3636301 | Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz | 14,3 | 14,5 |
| 5757307 | BgA Hallen Sportamt | 13,5 | 14,0 |
| 2528101 | Kulturamt | 9,1 | 9,3 |
| 4141401 | Gesundheitsschutz und -pflege | 8,5 | 8,5 |
| 3636601 | Einrichtungen der Jugendarbeit | 7,6 | 7,6 |
| 5454704 | ÖPNV/VRR (Öffentlicher Personennahverkehr/Verkehrsverbund Rhein-Ruhr) | 5,7 | 7,1 |
| 5353601 | Breitbandversorgung | 7,5 | 7,0 |
| 5454702 | BgA Bahnanlagen | 1,3 | 5,8 |
| 3131504 | Soziale Einrichtungen für Obdachlose, Aussiedler und Flüchtlinge | 5,0 | 5,3 |
| 3636201 | Jugendarbeit | 5,1 | 5,2 |
| 3636701 | Beratungsstellen | 5,1 | 5,1 |
| 3131501 | Seniorenarbeit | 5,0 | 4,9 |
| 3636101 | Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege | 4,2 | 4,9 |
| 3636302 | Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie | 5,2 | 4,4 |
| 2526201 | BgA Tonhalle und Orchester | 4,4 | 4,4 |
| 4242101 | Förderung des Nachwuchs-, Breiten-, Leistungs- und Schulsports; Bewegungs-, Sport- und Talentförderung | 4,0 | 3,8 |
| 4242404 | Sportförderung durch Zuschussgewährung und Leistungen an die Bäder GmbH | 4,4 | 3,7 |
| 3133101 | Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege | 3,4 | 3,5 |
| 5656102 | Klimaschutzprogramm | 2,4 | 3,0 |
| 3131506 | Andere soziale Einrichtungen | 2,8 | 2,7 |

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Die Erhöhung des Ansatzes bei den Tageseinrichtungen ist insbesondere auf den weiteren Ausbau der Kita-Plätze zurückzuführen, der damit den stetig steigenden Kinderzahlen Rechnung trägt und den Eltern Sicherheit gibt, dass die hohe Nachfrage an Kindergartenplätzen auch erfüllt werden kann. So steigt die Anzahl der Plätze für Kinder über 3 Jahre von 17.960 in 2020 auf 18.674 in 2021 und die für Kinder unter 3 Jahren von 5.580 in 2020 auf 5.721 in 2021. Die Landeshauptstadt Düsseldorf stellt die Ü3 Kindergartenplätze gebührenfrei zur Verfügung, lediglich die Plätze U3 sind für Eltern kostenpflichtig. Die weitere Erhöhung der unentgeltlichen Plätze führt tendenziell auch dazu, dass immer weniger Erträge dem Gesamthaushalt zur Verfügung stehen und parallel die Aufwendungen steigen. Die Anzahl der Tagespflegeplätze steigt von 3.850 in 2020 auf 4.150 in 2021.

Das Kulturamt beabsichtigt 110 Fördermaßnahmen in 2021 durchzuführen gegenüber 94 in 2020.

Im Bereich Breitbandversorgung handelt es sich um die Auswirkung aus einer Investitionszuwendung an Telekommunikationsunternehmen zur Erhöhung der Abdeckung der Breitbandversorgung im Stadtgebiet.

Im Bereich der sozialen Einrichtungen für Obdachlose, Aussiedler und Flüchtlinge resultiert die Erhöhung aus dem Ausbau der humanitären Hilfe für obdachlose EU-Bürgerinnen und Bürger und der damit einhergehenden Zusammenlegung mit der Winternothilfe für obdachlose Menschen.

Darüber hinaus werden aufgrund des vereinbarten Betreuungsschlüssels von 1:200 für die Betreuung von obdachlosen Flüchtlingen drei weitere Stellen bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege finanziert. Gefördert werden insgesamt 22 Stellen bei voraussichtlich 4.400 obdachlosen Flüchtlingen.

Aus dem vorgenannten Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse erhalten die städtischen Beteiligungsunternehmen einen Betrag in Höhe von insgesamt 79,3 Mio. Euro (siehe nachfolgende Erläuterungen).

Der Schwerpunkt liegt mit 54 Mio. Euro bei den Gesellschaften mit kultureller Aufgabenerfüllung. Diese stellen sich in den Ansätzen wie folgt dar:

| Kultur | 2020 | 2021 |
|------------------------------|-------------|-------------|
| in Mio. Euro | 56,7 | 54,0 |
| Deutsche Oper am Rhein gGmbH | 33,4 | 32,4 |
| Neue Schauspiel-GmbH | 16,1 | 15,3 |
| Tonhalle Düsseldorf gGmbH | 4,3 | 4,3 |
| Kunsthalle Düsseldorf GmbH | 2,0 | 2,0 |
| NRW-Forum gGmbH | 0,9 | 0,0 |

Aufgrund der erfolgten Übertragung des operativen Geschäfts der NRW-Forum Düsseldorf gGmbH zum 01.01.2020 erhält zukünftig die Stiftung Museum Kunstpalast diesen Zuschuss.

Für Beteiligungsunternehmen, die die Förderung der örtlichen Wirtschaft und des Sports zum Gegenstand haben, werden die nachstehenden Planansätze berücksichtigt:

| Wirtschaftsförderung und Sport | 2020 | 2021 |
|---|------|-------------|
| in Mio. Euro | 22,6 | 12,5 |
| D.LIVE GmbH & Co. KG | 16,7 | 12,2 |
| Düsseldorf Marketing GmbH und Düsseldorf Tourismus GmbH | 5,6 | 0,0 |
| digital innovation hub Düsseldorf/Rheinland GmbH | 0,3 | 0,3 |

Aufgrund der Übertragung des Rechtes zur Vermarktung von Werbeflächen von der Landeshauptstadt Düsseldorf auf die Düsseldorf Marketing GmbH ist mit einer deutlichen Ertragssteigerung bei der Gesellschaft zu rechnen, so dass die Gesellschaft sich zukünftig eigen finanzieren wird und der städtische Zuschuss entfallen kann. Die Düsseldorf Tourismus GmbH wird ebenfalls keinen Zuschuss der Landeshauptstadt mehr benötigen, da deren Finanzierung zukünftig durch die Düsseldorf Marketing GmbH als Gesellschafterin der Düsseldorf Tourismus GmbH sichergestellt wird. Gleichzeitig mindern sich bei der Stadt die bisherigen Erträge aus diesem Bereich, so dass sich insgesamt keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ergeben.

Die nachfolgend aufgeführten Beteiligungsunternehmen, die soziale Aufgaben wahrnehmen, insbesondere die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, erhalten folgende Zuschüsse:

| Soziales | 2020 | 2021 |
|------------------------------------|------|-------------|
| in Mio. Euro | 7,0 | 7,0 |
| Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH | 3,8 | 3,8 |
| Jugendberufshilfe Düsseldorf gGmbH | 3,2 | 3,2 |

Im Bereich Verkehr und Mobilität erhalten folgende Unternehmen der Landeshauptstadt Düsseldorf Zuschüsse:

| Verkehr und Mobilität | 2020 | 2021 |
|--------------------------------------|------|-------------|
| in Mio. Euro | 2,1 | 5,8 |
| Rheinbahn AG | 1,3 | 5,8 |
| Connected Mobility Düsseldorf GmbH * | 0,8 | 0,0 |

* Die Connected Mobility Düsseldorf GmbH wurde zum 13.07.2020 gegründet.

Ein Haushaltsplanansatz für 2021 wird erst dann veranschlagt, wenn der erste Wirtschaftsplan der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2021 vorgelegt wird.

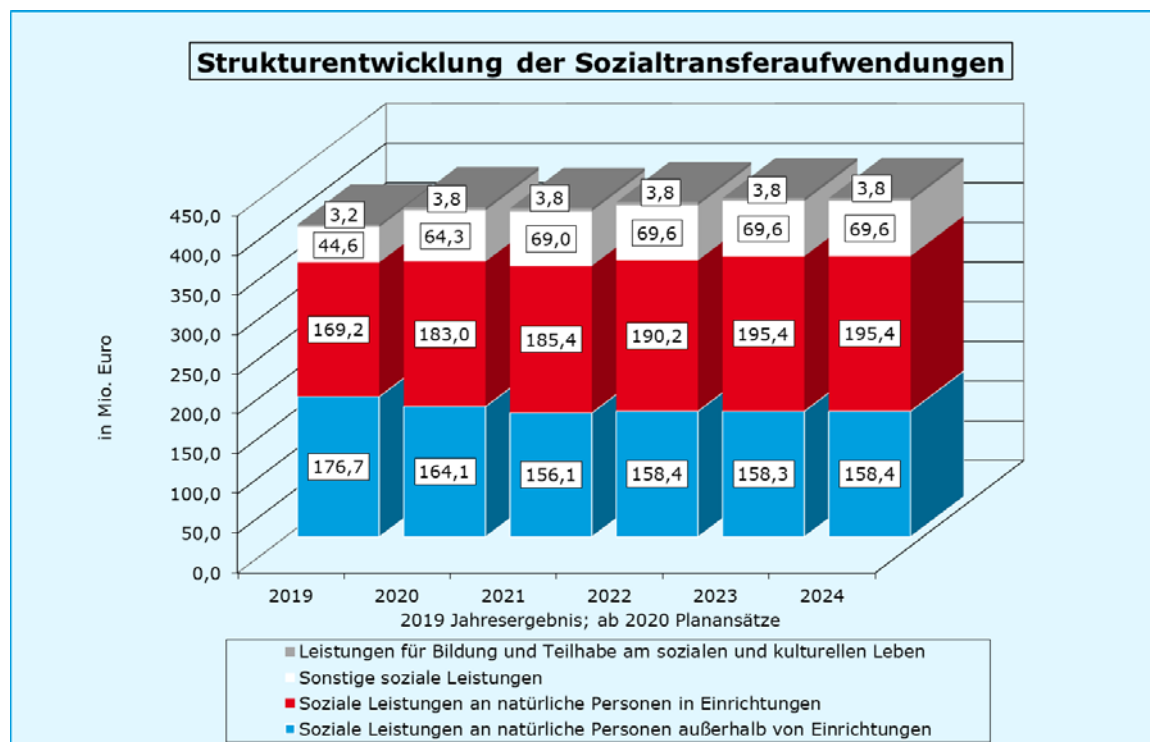
Für den entsprechend ihrer Beteiligungsquote von 5 % wirtschaftlich auf die Landeshauptstadt Düsseldorf entfallenden Finanzbedarf der Rheinbahn AG sind 5,8 Mio. Euro veranschlagt. (Die Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH ist mit 95 % an der Rheinbahn beteiligt.)

Die **Sozialtransferaufwendungen** enthalten neben Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen, Leistungen an Heime für Minderjährige sowie

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

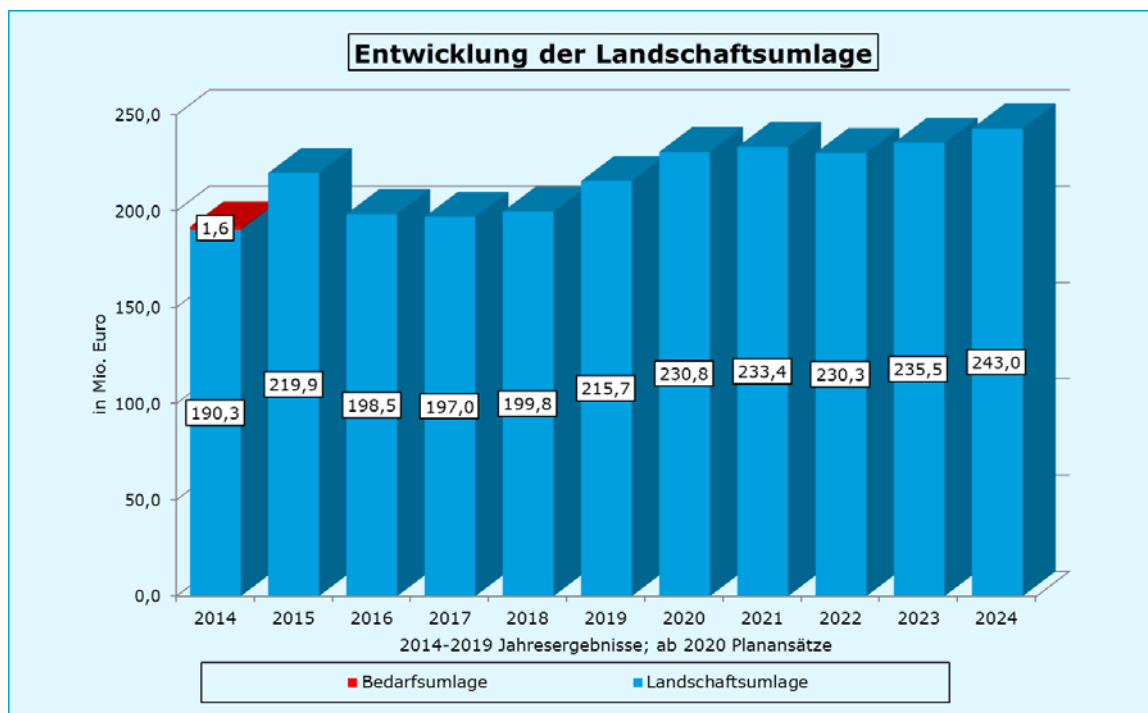
Volljährige und Hilfe zur Pflege in Einrichtungen (vollstationär) eine Vielzahl weiterer Sozialleistungen, wie z. B. Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, Projekte zur Gewaltprävention bei Jugendlichen sowie örtliche Ferienmaßnahmen. Der Ansatz ist gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. Euro auf 414,3 Mio. Euro gesunken.



Der Ansatz von rd. 233,4 Mio. Euro für die **Landschaftsumlage** liegt rd. 2,5 Mio. Euro über dem Ansatz des Jahres 2020. Für das Haushaltsjahr 2021 plant die Landeshauptstadt Düsseldorf mit einem Umlagesatz von 15,7 %. In den Jahren 2022 - 2024 wird gemäß der Haushaltsplanung des Landschaftsverbandes Rheinland weiterhin der Umlagesatz von 15,7 % angesetzt. Die Umlagegrundlage für 2021 ist rd. 25,5 Mio. Euro niedriger als in 2020. Die Hauptursache dafür ist das coronabedingte Gewerbesteuerminderaufkommen im Referenzzeitraum, insbesondere im 2. Quartal des Jahres 2020. Für den gesamten Planungszeitraum wurden die fiktiven Hebesätze nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz und die Veränderungen bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer auf Basis des Gesetzes zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ (FAGuaÄndG) vom 21.12.2018 (5 Milliarden-Paket) berücksichtigt.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.



Die **Gewerbesteuerumlage** i. H. v. rd. 70,6 Mio. Euro richtet sich nach der Höhe der zu erwartenden Einzahlungen bei der Gewerbesteuer i. H. v. rd. 887,8 Mio. Euro. Der Vervielfältiger beläuft sich, wie im Vorjahr, im gesamten Planungszeitraum auf 35 %. Die Ansätze werden nach den Vorgaben des Gemeindefinanzreformgesetzes (GFRG) ermittelt, indem die für die jeweiligen Planungsjahre berechneten Ansätze des Netto-Gewerbesteueraufkommens entsprechend der Finanzplanung durch den jeweils festgesetzten Gewerbesteuerhebesatz dividiert und der so ermittelte Grundbetrag anschließend mit dem Vervielfältiger multipliziert wird. Die derzeitige Höhe des Vervielfältigers setzt sich zusammen aus einem Landesvervielfältiger in Höhe von 20,5 % und einem Bundesvervielfältiger in Höhe von 14,5 %.

| Gewerbesteuerumlage | | | | |
|---|------|------|------|------|
| in Mio. Euro, in Prozent | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Ansätze des Aufwands und der Auszahlungen | 70,6 | 72,2 | 74,7 | 77,3 |
| Vervielfältiger | 35 % | 35 % | 35 % | 35 % |

In 2014 erhob das Land Nordrhein-Westfalen erstmalig eine **Solidaritätsumlage**. Der über die Solidaritätsumlage zu erhebende kommunale Finanzierungsanteil lag ursprünglich in den Jahren 2014 bis 2020 bei rd. 91 Mio. Euro jährlich. Für die Jahre 2021 und 2022 war eine Beteiligung in Höhe von rd. 70 Mio. Euro vorgesehen. Für die Landeshauptstadt Düsseldorf wurde für 2014 eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von rd. 13,3 Mio. Euro, für 2015 rd. 18,9 Mio. Euro, für 2016 rd. 6,7 Mio. Euro und für 2017 rund 9,4 Mio. Euro ermittelt.

Ende 2014 hat die Landeshauptstadt Düsseldorf zusammen mit weiteren Kommunen Verfassungsbeschwerde gegen das bis 2017 geltende Zweite Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes erhoben. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Inzwischen wurde mit dem Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 – GFG 2018) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes vom 23.01.2018 die Solidaritätsumlage ab dem Jahr 2018 eingestellt.

2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich um Sammelpositionen für Aufwendungen, die keiner anderen Position zugeordnet werden können, in Höhe von insgesamt 347,5 Mio. Euro. Im Einzelnen handelt es sich um aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (182,6 Mio. Euro, darin enthalten insbesondere Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitsuchende mit 170,0 Mio. Euro), Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (68,2 Mio. Euro), Geschäftsaufwendungen (43,2 Mio. Euro), Wertveränderungen bei Vermögensgegenständen (u. a. Erlasse, Niederschlagungen und Aussetzung der Vollziehung bei Steuerforderungen; 24,7 Mio. Euro), Steuern, Versicherungen, Schadensfälle (13,9 Mio. Euro), weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (8,0 Mio. Euro) und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen (u. a. Dienst- und Schutzkleidung, Aus- und Fortbildung etc.; 6,8 Mio. Euro).

2.6 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen werden im Haushaltsjahr 2021 mit insgesamt 19,8 Mio. Euro geplant. Hiervon entfallen allein 11,9 Mio. Euro auf die Verzinsung von Gewerbesteuererrückzahlungen. Darüber hinaus sind im Wesentlichen Zinsen für bestehende Investitions- und Liquiditätskredite sowie für Neuaufnahmen berücksichtigt.

2.7 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Hier werden die Aufwendungen für Serviceleistungen von einzelnen Fachämtern für andere Ämter i. H. v. 28,3 Mio. Euro veranschlagt, z. B. Personalverwaltung, interne Mieten und Betriebskostenvorauszahlungen, Kassenservice, Rechtsberatung. Diese Verrechnungen erfolgen insbesondere aus Gründen des Steuerrechts beziehungsweise der Entgeltkalkulation mit drittfinanzierten Bereichen sowie den nicht gemeinnützigen Betrieben gewerblicher Art, wo es wirtschaftlich geboten ist.

3 Entwicklung der Ausgleichsrücklage

Der Ergebnisplan gibt einen Gesamtüberblick über die Entwicklung des kommunalen Ressourcenverbrauchs. Insbesondere ist aus dem ausgewiesenen Planergebnis erkennbar, ob sich das Eigenkapital erhöht (Überschuss) oder vermindert (Fehlbedarf). Nach § 75 der GO NRW muss der Haushalt in jedem Jahr ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen im Ergebnisplan erreicht oder übersteigt. Sollte dies nicht der Fall sein, gilt die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich als erfüllt, wenn der Fehlbedarf durch Inanspruchnahme der sogenannten Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Gemäß § 75 Abs. 3 GO

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

NRW dürfen der Ausgleichsrücklage nur Jahresüberschüsse zugeführt werden, soweit die allgemeine Rücklage einen Bestand in Höhe von mindestens 3 Prozent der Bilanzsumme des Jahresabschlusses aufweist.

Nach § 96 Abs. 1 Satz 3 GO NRW gilt für den Ergebnisverwendungsbeschluss des Rates, dass ein Jahresüberschuss zunächst der allgemeinen Rücklage zuzuführen ist, soweit in den Jahresabschlüssen der letzten 3 vorhergehenden Haushaltsjahre aufgrund entstandener Fehlbeträge der Ergebnisrechnung die allgemeine Rücklage reduziert wurde.

Die Ausgleichsrücklage ist in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals angesetzt.

| Entwicklung des Eigenkapitals | | | | Anlage gem. § 1 (2) 5 KomHVO | | |
|---|------------|---------|---------|------------------------------|---------|---------|
| in Mio. Euro, jeweils zum 31.12. des Jahres | | | | | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Jahresergebnis (ab 2020 geplant) | 11,8 | 7,0 | 0,3 | -150,3 | -68,8 | -51,4 |
| Bestand Ausgleichsrücklage unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses | 257,9 | 264,9 | 265,2 | 114,9 | 46,0 | 0,0 |
| Zuführung zur allgemeinen Rücklage | 11,8 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 5,4 |
| Bestand Eigenkapital | 7.907,3 *) | 7.914,4 | 7.914,6 | 7.764,3 | 7.695,5 | 7.644,0 |

*) unter Berücksichtigung des Entwurfs der Schlussbilanz 2019

Bereits jetzt ist im Rahmen des monatlichen Controllings absehbar, dass der oben genannte Planwert für 2020 nicht zu halten sein wird. Mit Stand 30. Juni 2020 wird ein Jahresergebnis in Höhe von -460,3 Mio. Euro prognostiziert. Unter Berücksichtigung des nach dem Entwurf des NKF-CIG möglichen außerordentlichen Ertrages in Höhe von 401,2 Mio. Euro ergäbe sich ein Jahresergebnis in Höhe von -59,1 Mio. Euro.

Die mit dem Jahresanschluss 2020 erstmalig anzusetzende Bilanzierungshilfe muss ab dem Jahr 2025 abgeschrieben werden und belastet so die späteren Jahre. Im Jahr 2024 steht der Kommune aber das einmalig auszuübende Recht zu, für die Aufstellung der Haushaltssatzung 2025, die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen gegen das Eigenkapital auszubuchen.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

III. Finanzplan

Der Finanzplan umfasst alle Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit für den Zeitraum 2019 - 2024.

1 Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit wurden bereits im Teil II., Ergebnisplan, weitgehend erläutert, soweit sie gleichzeitig Ertrag bzw. Aufwand darstellen. Im Finanzplan sind jedoch auch Zahlungen veranschlagt, denen keine Erträge bzw. Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen, unter anderem:

- **Einzahlungen:**
Umsatzsteuereinzahlungen zugunsten der Betriebe gewerblicher Art; Erstattung vom Finanzamt der von den Betrieben gewerblicher Art gezahlten Vorsteuer; periodenfremde Gebühreneinzahlungen im Bereich der Bestattungseinrichtungen und Friedhöfe, welche über die Nutzungsdauer ertragswirksam verteilt werden.
- **Auszahlungen:**
Von den Betrieben gewerblicher Art zu entrichtende Vorsteuer; Versorgungsauszahlungen, für die Rückstellungen gebildet wurden.

Insgesamt werden folgende Zahlungen veranschlagt:

| Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | | | | | |
|---|----------|-----------------|----------------|--------------------|---------|---------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | | Finanzplanzeitraum | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Einzahlungen | 2.830,4 | 2.853,5 | 2.802,5 | 2.772,5 | 2.856,6 | 2.877,0 |
| Auszahlungen | 2.767,1 | 2.822,7 | 2.860,3 | 2.860,9 | 2.886,3 | 2.900,8 |
| Saldo | 63,3 | 30,7 | -57,8 | -88,4 | -29,8 | -23,8 |

2 Zahlungen aus Investitionstätigkeit

Investitionen sind Teil kommunaler Aufgabenerfüllung und erstrecken sich in der Regel über mehrere Jahre. Die mittelfristige Finanzplanung dokumentiert die seitens der Landeshauptstadt beabsichtigten Investitionsprojekte und deren finanzielle Größenordnung für die nächsten Jahre. Die jährliche Haushaltsbelastung durch die Investitionstätigkeiten findet in den investiven Auszahlungen des Finanzplans und den Aufwendungen aus den bilanziellen Abschreibungen und sonstigen Folgekosten des Ergebnisplans ihren Niederschlag.

Es werden 3 Kategorien von Investitionstätigkeiten unterschieden:

- Als **Fortsetzungsmaßnahmen** werden alle einzelnen Investitionsprojekte bezeichnet, für die
 - a) ein Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorliegt, oder
 - b) ein Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss nicht erforderlich ist, für die Maßnahme aber schon Mittel in Anspruch genommen wurden.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

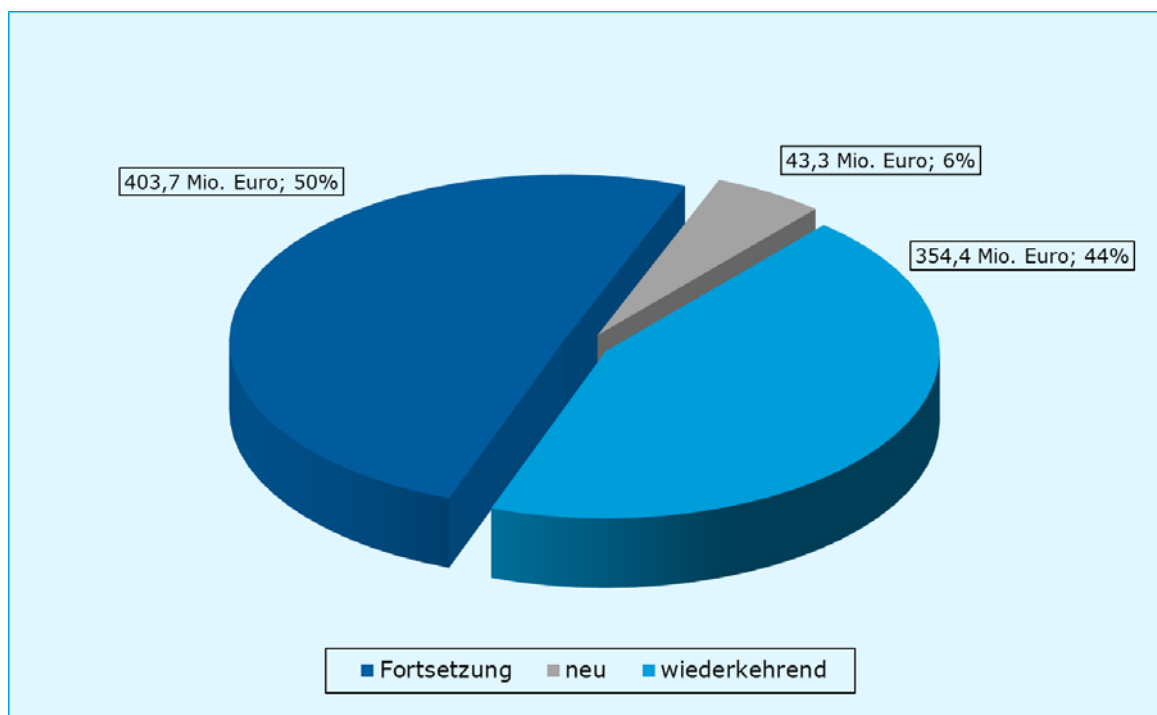
In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

- Als **Neue Maßnahmen** werden alle einzelnen Investitionsprojekte bezeichnet, für die
 - a) noch kein Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorliegt, bzw.
 - b) noch keine Mittel in Anspruch genommen wurden, unabhängig davon, wie lange schon Vorplanungen laufen, oder wann die Maßnahme erstmals veranschlagt wurde.
- Als **Wiederkehrende Maßnahmen** werden alle Einzahlungs- und Auszahlungspositionen zusammengefasst, die nicht der Abwicklung einzelner Investitionsprojekte dienen. Es handelt sich um Sammelpositionen (z. B. bauliche Maßnahmen an Schulen, Beschaffung von Inventar, Modernisierung städtischer Immobilien) für eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen oder um Einzelpositionen, die zeitlich nicht befristet werden können.

Gem. § 13 Abs. 2 KomHVO NRW dürfen Baumaßnahmen „im Finanzplan erst veranschlagt werden, wenn Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Gesamtkosten der Maßnahme, getrennt nach Grunderwerb und Herstellungskosten einschließlich der Einrichtungskosten sowie der Folgekosten ersichtlich sind und denen ein Bauzeitplan beigefügt ist“.

Verteilung der Investitionen auf die Maßnahmenarten

Das Bruttoinvestitionsvolumen für die Jahre 2021 - 2024 von insgesamt 801,4 Mio. Euro verteilt sich auf die Maßnahmenarten „Fortsetzung“, „neu“ und „wiederkehrend“ wie folgt:



2.1 Generelle Hinweise zu den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

- Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen
Zuwendungen sind Vermögensübertragungen in Form von Geld- oder

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Sachleistungen und werden in Zuweisungen und Zuschüsse unterschieden. Bei den Zuweisungen handelt es sich um die Übertragung finanzieller Mittel zwischen den Gebietskörperschaften. Zuschüsse sind Übertragungen von unternehmerischen und übrigen Bereichen an die Kommune.

- Veräußerung von Sachanlagen
Einzahlungen aus dem städtischen Immobilienhandel
- Veräußerung von Finanzanlagen
Diese sind nicht-körperliche Bestandteile des Anlagevermögens. Es handelt sich um Geld- und Kapitalanlagen, die der Verwaltung auf Dauer dienen sollen (Anteile an verbundenen Unternehmen; Beteiligungen; Sondervermögen; Wertpapiere; Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen oder Sondervermögen; sonstige Ausleihungen).
- Beiträge und ähnliche Entgelte
Beiträge sind Geldleistungen, die dem Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen, bei Straßen, Wegen und Plätzen auch für deren Verbesserung, jedoch ohne die laufende Unterhaltung und Instandsetzung, dienen. Bei den Entgelten handelt es sich z. B. um Ablösebeträge, Ausgleichszahlungen und Kostenerstattungen.
- Sonstige Investitionseinzahlungen
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit, welche den oben genannten Punkten nicht zugeordnet werden können, fallen unter den Begriff „sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit“.

| Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten | | | | | | |
|---|----------|-----------------|--------------|--------------------|-------|-------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | | Finanzplanzeitraum | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 61,3 | 157,7 | 128,5 | 126,9 | 138,1 | 69,4 |
| <i>davon vom Land von der EU:</i> | | | | | | |
| <i>Mobilstationen</i> | 0,0 | 0,7 | 0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| <i>IHK Garath 2.0</i> | 0,0 | 3,8 | 0,0 | 0,5 | 0,0 | 0,0 |
| Veräußerung von Sachanlagen | 38,7 | 88,7 | 51,6 | 51,6 | 64,4 | 51,6 |
| Veräußerung von Finanzanlagen | 8,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Beiträge und ähnliche Entgelte | 5,8 | 7,1 | 6,3 | 6,7 | 6,3 | 6,3 |
| sonstige Investitionseinzahlungen | 6,2 | 3,5 | 3,5 | 5,8 | 5,0 | 3,7 |
| insgesamt | 120,3 | 257,0 | 190,0 | 191,0 | 213,8 | 131,0 |

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

2.1.1 Schwerpunkte der Investitionseinzahlungen

Exemplarisch werden hier die Ansätze einiger erstmalig sowie weiterhin veranschlagter Investitionseinzahlungen der wichtigsten Projekte genannt:

| Schwerpunkte der Investitionseinzahlungen | 2021 |
|---|-------------|
| in Mio. Euro | |
| Verkehr, Tiefbau und Hochbau | |
| Schul-, Sport-, Feuerschutz-, allgemeine Investitionspauschale und Investitionspauschale Sozialhilfeträger vom Land nach dem GFG | 52,8 |
| U81 (1. BA) – Freiligrathplatz bis Flughafen Terminal und Rheinquerung (2. BA) | 43,3 |
| Verkehrskonzept Heerdt | 3,8 |
| Hochwasserschutzmaßnahmen (z. B. Eindeichung Himmelgeist, Ertüchtigung des Himmelgeister Rheinbogens und des Lohauer Deiches) und ökologische Verbesserungen an Gewässern | 3,6 |
| Erschließungsbeiträge gemäß § 127 Baugesetzbuch | 2,0 |
| Bundesfernstraßenmaut | 1,8 |
| Beiträge nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW für die Verbesserung und Erneuerung von Straßen | 1,6 |
| Stellplatzablösebeträge nach § 51 Bauordnung für das Land NRW | 1,5 |
| Erneuerung und Erweiterung der betriebstechnischen Ausrüstung der U-Bahn-Tunnel | 1,3 |
| Garath 2.0 | 1,1 |
| Bildung, Sport, Soziales und Kultur | |
| Zuweisungen des Landes für Einrichtungen freier Träger | 6,8 |
| Zuweisungen des Landes für Kindertageseinrichtungen | 6,0 |
| Schulen (Bau, Kauf und Ausstattung) inkl. Schulorganisatorische Maßnahmen und eSchool | 1,0 |
| Sonstiges | |
| Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden | 51,6 |
| Breitbandausbau | 6,3 |
| Rückflüsse von Ausleihungen vom sonstigen inländischen Bereich | 1,9 |

2.2 Generelle Hinweise zu den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

- Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
Auszahlungen für den Erwerb von Immobilien
- Abwicklung von Baumaßnahmen

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

- Investive Auszahlungen für die Durchführung von Bauprojekten
- Erwerb von beweglichem Anlagevermögen
Das Anlagevermögen dient der dauerhaften Aufgabenerfüllung. Bei dem beweglichen Anlagevermögen handelt es sich um körperliche Gegenstände, welche selbstständig verwertbar sind.
- Erwerb von Finanzanlagen
Erwerb von Geld- und Kapitalanlagen, die der Verwaltung auf Dauer dienen sollen. Weitere Erläuterungen sind unter „Veräußerung von Finanzanlagen“ aufgeführt.
- Aktivierbare Zuwendungen
Bei geleisteten Zuwendungen für Vermögensgegenstände, an denen die Stadt das wirtschaftliche Eigentum hat, sind die Vermögensgegenstände zu aktivieren. Ist kein Vermögensgegenstand zu aktivieren, jedoch die geleistete Zuwendung mit einer mehrjährigen und einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung verbunden, ist diese als Rechnungsabgrenzungsposten zu aktivieren und entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung aufzulösen (§ 44 Abs. 2 KomHVO NRW); z. B. Investitionen in Sportanlagen Dritter oder Zuschüsse für Quartiersgaragen.
- Sonstige Investitionsauszahlungen:
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit, welche den oben genannten Punkten nicht zugeordnet werden können, fallen unter den Begriff „sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit“.

| Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten | | | | | | |
|---|----------|-----------------|--------------------|-------|-------|-------|
| in Mio. Euro | Ergebnis | Haushaltsansatz | Finanzplanzeitraum | | | |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
| Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | 53,6 | 117,5 | 6,5 | 5,6 | 4,7 | 4,7 |
| Baumaßnahmen | 144,2 | 323,9 | 243,9 | 129,6 | 81,7 | 60,7 |
| Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | 36,6 | 70,3 | 40,8 | 29,4 | 27,7 | 23,2 |
| Erwerb von Finanzanlagen | 1,2 | 0,3 | 0,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| aktivierbare Zuwendungen | 11,3 | 37,1 | 55,1 | 39,6 | 21,7 | 19,6 |
| sonstige Investitionsauszahlungen | 0,9 | 1,7 | 1,7 | 1,7 | 1,7 | 1,7 |
| insgesamt | 247,7 | 550,8 | 348,3 | 205,8 | 137,4 | 109,9 |

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

2.2.1 Schwerpunkte der Investitionsauszahlungen

Die wichtigsten Projekte wurden bereits unter Punkt I. 1 genannt, so dass hier auf diese Aufstellung verwiesen wird. Auf die Produktbereiche verteilen sich die Auszahlungen wie folgt:

| Schwerpunkte der Investitionsauszahlungen | | 2021 |
|--|---|-------------|
| in Mio. Euro | | |
| 11 | Innere Verwaltung (ohne Schulbau) | 5,1 |
| 12 | Sicherheit und Ordnung | 13,4 |
| 21 | Schulträgeraufgaben | 96,1 |
| 25 | Kultur und Wissenschaft | 21,2 |
| 31 | Soziale Leistungen | 2,0 |
| 36 | Kinder,- Jugend- Familienhilfe | 39,4 |
| 41 | Gesundheitsdienste | 0,1 |
| 42 | Sportförderung | 17,3 |
| 51 | Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation | 2,8 |
| 52 | Bauen und Wohnen | 2,1 |
| 53 | Ver- und Entsorgung | 7,1 |
| 54 | Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV | 120,8 |
| 55 | Natur- und Landschaftspflege | 18,2 |
| 56 | Umweltschutz | 2,1 |
| 57 | Wirtschaft und Tourismus | 0,5 |
| 61 | Allgemeine Finanzwirtschaft | 0,0 |
| 70 | Stiftungen | 0,0 |

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

3 Zahlungen aus Finanzierungstätigkeit

3.1 Kredite für Investitionen / Schuldenstand

Der Schuldenstand der Kredite für Investitionen belief sich zum 31.12.2019 auf rund 77,0 Mio. Euro. Für das Haushaltsjahr 2020 sind Kreditaufnahmen bei der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf über 230,3 Mio. Euro sowie bei Kreditinstituten über 8,1 Mio. Euro (Programm Gute Schule 2020, welches zum Ende des Jahres 2020 ausläuft) geplant. Die ordentliche Tilgung ist mit 5,5 Mio. Euro veranschlagt. Per 31.12.2020 ergibt sich bei planmäßiger Abwicklung des Haushaltsjahres 2020 ein voraussichtlicher Schuldenstand von 309,9 Mio. Euro.

Für das Haushaltsjahr 2021 sind Kreditaufnahmen von 164,1 Mio. Euro sowie eine ordentliche Tilgung von 5,8 Mio. Euro vorgesehen. Der Schuldenstand per 31.12.2021 wird sich somit auf voraussichtlich 468,2 Mio. Euro belaufen.

Im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushalts 2020 zeichnet sich ab, dass die Kreditaufnahme für Investitionen in 2020 nicht im geplanten Umfang erforderlich werden wird, so dass der Schuldenstand sowohl in 2020 wie auch in 2021 geringer ausfallen wird.

Die Notwendigkeit von zusätzlichen Investitionskrediten steigt mit den nicht gedeckten Investitionsauszahlungen in den kommenden Haushaltsjahren. Diese Kredite tragen zur Erhöhung des Schuldenstandes bei.

3.2 Kredite zur Liquiditätssicherung / Schuldenstand

Per 31.12.2019 waren keine Liquiditätskredite im Bestand. Zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen kann die Landeshauptstadt Düsseldorf jedoch Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen. Zu diesem Zweck wurde in der Haushaltsatzung eine Kreditermächtigung mit einem Höchstbetrag von 1.000,0 Mio. Euro vorgesehen.

4 Verpflichtungsermächtigungen

Im Finanzplan 2021 sind für die reibungslose Abwicklung von Investitionen über das Haushaltsjahr hinaus Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt worden. Diese Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen belasten zukünftige Haushaltsjahre. In der Haushaltssatzung 2021 werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 260,8 Mio. Euro festgesetzt, z. B.

| Verpflichtungsermächtigungen | 2021 |
|---|-------------|
| in Mio. Euro | |
| U81 (1. BA) – Freiligrathplatz bis Flughafen Terminal und Rheinquerung (2. BA) | 119,2 |
| Schulen (Bau, Kauf und Ausstattung) inkl. Schulorganisatorische Maßnahmen und eSchool | 45,4 |
| Beleuchtung (Erneuerung und Erhaltung der Gas- und Strombeleuchtung) | 31,3 |
| Sanierung Museum Kunstpalast | 13,6 |
| Hochwasserschutzmaßnahmen (z. B. Eindeichung Himmelgeist, Ertüchtigung des Himmelgeister Rheinbogens und des Lohauer Deiches) und ökologische Verbesserungen an Gewässern | 7,2 |
| Breitbandausbau | 7,0 |
| wertverbessernde Maßnahmen und Neubau von Kindertageseinrichtungen (KiTa) und Zuwendungen für den Bau von KiTa an freie Träger | 5,6 |
| Umgestaltung Schadowstraße | 4,4 |
| Beschaffung von Fahrzeugen für den Rettungsdienst und die Feuerwehr (z. B. Löschfahrzeuge, Höhenretter, Rettungswagen) | 3,1 |
| Speditionstraße | 3,1 |
| Neubau von Jugendfreizeiteinrichtungen und Haus der Jugend | 2,5 |
| Erneuerung und Erweiterung der betriebstechnischen Ausrüstung der U-Bahn-Tunnel | 2,1 |
| sonstiger Individualverkehr | 1,9 |
| Radwegenetze | 1,5 |
| Erschließung Glasmacherviertel – Ortsumgehung Gerresheim | 1,0 |
| Erweiterung, Wiederherstellung und Verbesserung der städtischen Bäder | 1,0 |

Die Verpflichtungsermächtigungen 2021 verteilen sich entsprechend der voraussichtlichen kassenmäßigen Abwicklung auf die Jahre

2022 mit 148,2 Mio. Euro

2023 mit 67,4 Mio. Euro

2024 mit 45,2 Mio. Euro.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

IV. Wertung des Haushalts 2021

Gesamtwirtschaftliche Situation und Maßnahmepunkte

Die deutsche Wirtschaft leidet unter den Folgen der Corona-Krise. Alleine im zweiten Quartal 2020 ist sie wegen der Corona-Krise in Rekordtempo eingebrochen. Das Bruttoinlandsprodukt fiel von April bis Juni um 10,1 Prozent im Vergleich zum 1. Quartal 2020. Der vorläufige Tiefpunkt wurde mit den Lockdown-Maßnahmen im April 2020 erreicht. Ab Mai 2020 setzt mit der schrittweisen Lockerung der coronabedingten Einschränkungen eine erste wirtschaftliche Erholung ein. Der weitere Erholungsprozess im zweiten Halbjahr 2020 und auch danach wird voraussichtlich schleppend erfolgen und sich länger hinziehen. Die außenwirtschaftlichen Impulse werden noch über einen längeren Zeitraum niedrig bleiben und die Verhaltensänderungen von Bürgern und Wirtschaft angesichts des Risikos eines Wiederaufflammens der Pandemie fortbestehen.

Am 3. Juni 2020 hat der Koalitionsausschuss ein Konjunktur- und Zukunftspaket von historischem Umfang beschlossen. Mit rund 130 Mrd. Euro übertrifft es sogar deutlich die Konjunkturmaßnahmen, die 2008 und 2009 infolge der Finanzkrise auf den Weg gebracht worden waren und sich auf ca. 100 Mrd. Euro beliefen. Das Paket baut auf bestehenden Hilfsprogrammen auf und unterstützt Unternehmen gezielt mit Liquidität sowie durch zusätzliche Entlastungen. Für die Entlastungen der Kommunen wird ein Betrag in Höhe von rund 10 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Der Bund wird die Kommunen dauerhaft durch die Übernahme von zusätzlichen 25 % der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) finanziell entlasten (4 Mrd. Euro pro Jahr). Zusätzlich werden die Kommunen für den Ausfall der Gewerbesteuererinnahmen während der Corona-Krise im Jahre 2020 jeweils zur Hälfte von Bund und den Ländern entlastet (insgesamt 2,720 Mrd. Euro für das Land Nordrhein-Westfalen). Kommunale Unternehmen erhalten außerdem einen besseren Zugang zu KfW-Förderkrediten. Die Bundesbeteiligung an einer Altschuldenlösung wurde in diesem Zusammenhang mit der Begründung der kompetenzrechtlichen Zuständigkeit der Länder abgelehnt. Die Landesregierung ist nun aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, das aufzeigt, wie eine Altschuldenlösung in Nordrhein-Westfalen erfolgreich umgesetzt werden kann. Insbesondere muss sie darstellen, in welchem Umfang sie auch finanziell bereit ist, zur Lösung beizutragen. Eine kommunale Mitfinanzierung („Vergemeinschaftung der Altschulden“) muss dabei ausgeschlossen werden.

Mit dem „Kommunalschutz-Paket“ vom 31.03.2020 hat die Landesregierung erste Schritte ergriffen, um die Maßnahmen des Bundes zu ergänzen. Mit der Isolierung der aus der COVID 19-Pandemie folgenden Belastungen für die kommunalen Haushalte wurde eine bilanzielle Hilfe in der Form der Neutralisation durch einen entsprechenden außerordentlichen Ertrag ermöglicht. Neben Kreditleichterungen wurde zudem durch das **„Sonderhilfengesetz Stärkungspakt“** zur Unterstützung der am Stärkungspakt teilnehmenden Kommunen festgelegt, dass im Jahr 2020 vom Land NRW an die am Stärkungspakt teilnehmenden Kommunen 342 Mio. Euro zur Unterstützung des Haushaltsausgleiches fließen werden. **Die Landeshauptstadt Düsseldorf zählt allerdings nicht zum Kreis der Kommunen, die Mittel aus dem Stärkungspakt empfangen haben.** Im Kommunalschutz-Paket hat die Landesregierung den Städten, Gemeinden und Kreisen im Land einen anteiligen Ausgleich der coronabedingten Lasten aus dem NRW-Rettungsschirm in Aussicht gestellt.

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

Der NRW-Rettungsschirm spiegelt sich in dem Nordrhein-Westfalen-Programm I zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie und zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Landes wieder. Die Landesregierung beabsichtigt, die weiteren konjunkturellen Entwicklungen zu verfolgen und die erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen. Das Programm umfasst eine Gesamtsumme in Höhe von 8,594 Mrd. Euro, darin enthalten sind 3,211 Mrd. Euro Bundesmittel. Das Programm hat mehrere Schwerpunkte, unter anderem das „Investitionspaket Kommunen“ mit einem Volumen von rund 3,926 Mrd. Euro. Im „Investitionspaket Kommunen“ enthalten sind 1,935 Mrd. Euro Bundesmittel. Fördergebiete sind Städtebauförderung, Stärkung der Zentren, Erstattung Fahrgeldausfälle ÖPNV, Erhaltungsinvestitionen kommunale Verkehrsinfrastruktur, Straßen und Radwege, Verkehrsinfrastruktur ÖPNV, Krankenhäuser (keine Kostenbeteiligung der Kommunen), Klimaschutz und Altlasten, Kompensation wegfallender Gewerbesteuer und Vorziehen der Auszahlungen des GFG 2021 auf Januar 2021. Weitere Schwerpunkte / „Teilprogramme“ des Nordrhein-Westfalen Programms I sind Digitalisierungsvorhaben mit dem Schwerpunkt Bildung, ein Investitionsprogramm Krankenhäuser und Unikliniken, die Ergänzung des Konjunkturprogramms des Bundes sowie OGS – die Erstattung der Elternbeiträge für Juni und Juli 2020.

Hinzuweisen ist auch auf das am 14.04.2020 vom nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedete „Gesetz zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der COVID 19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung des Landesrechts im Hinblick auf die Auswirkungen einer Pandemie“. Mit Artikel 21a enthält das Gesetz eine Pflicht der Landesregierung zur Erstellung einer Kostenfolgeabschätzung in Bezug auf die mit o. g. Gesetz auf kommunaler Ebene entstehenden Kosten, um eine gesetzliche Belastungsausgleichsregelung im Sinne des Konnexitätsausführungsgesetzes für die Kommunen mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu erreichen. Ob und in welchem Umfang eine Entlastung der Kommunen erfolgen wird, bleibt abzuwarten.

Mit dem geplanten "Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen – NKF-CIG" wird die kommunale Ebene in die Lage versetzt, die coronabedingten, erheblichen Belastungen haushaltsrechtlich neutral zu verarbeiten. Hierdurch fallen die Kommunen zumindest aus diesem Grund nicht unmittelbar in die Haushaltssicherung. Es muss jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die Bilanzierungshilfe (also die Isolation der coronabedingten Mehrbelastungen in 2021 und Kompensation durch einen außerordentlichen Ertrag in Verbindung mit der Abschreibung beginnend im Haushaltsjahr 2025 über längstens 50 Jahre bzw. die ganze oder teilweise Ausbuchung der Bilanzierungshilfe in der Haushaltssatzung 2025) nicht die dringend benötigte finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden ersetzt. Zusätzliche Hilfen von Bund und Land sind hier unerlässlich, analog zu der für das Jahr 2020 vorgesehenen Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen.

Landeshauptstadt Düsseldorf

Der Landeshauptstadt Düsseldorf gelingt es unter Ausnutzung der Bilanzierungshilfe, für 2021 einen Haushalt mit einem geringen Überschuss von 0,3 Mio. Euro aufzustellen, was gegenüber dem Planjahr 2021 aus dem letztjährigen Haushalt eine Verschlechterung von 5,6 Mio. Euro bedeutet.

Insbesondere das Niveau bei den Steuererträgen, speziell wegen der Gewerbesteuer, hat sich im Vergleich zum Planwert 2020 deutlich verringert (-87,8 Mio. Euro). Die zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen erfolgte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft um 25 Prozentpunkte auf 63,5 % für die Landeshauptstadt Düsseldorf gleicht dies zwar teilweise – unter Berücksichtigung entsprechend steigender Fallzahlen – durch eine Nettoverbesserung von rund 33,9 Mio. aus, dennoch bleibt die kommunale Forderung nach vollständiger Übernahme der Kosten der Unterkunft durch Bund und Land bestehen.

Im Hinblick auf die gesamtstädtische Düsseldorfer Haushaltsentwicklung müssen insbesondere auch die folgenden **Chancen und Risiken** weiter beobachtet werden:

- Die Entwicklung der Gewerbesteuer vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie. Ein Risiko durch weitere Gewerbesteuerausfälle in den Folgejahren und auch Ausfälle bei den übrigen Steuern, wie z. B. Einkommens- und Umsatzsteuer besteht im hohen Maße. Die außerordentliche Steuerschätzung im September aber insbesondere die November Steuerschätzung werden weitere Aufschlüsse über die Höhe der Steuer-einbrüche geben.
- Die Schlüssel für die Gemeindeanteile an der Einkommen- und der Umsatzsteuer werden in 2020 für drei Jahre neu angepasst. Durch den Schlüssel bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, der seit 2018 zu 100 % angewandt wird, sind Verluste zu erwarten und eingeplant. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind ebenfalls Verluste im Rahmen der Schlüsselanpassung berücksichtigt, die sich allerdings durch eine Anhebung der zu berücksichtigenden Einkommensgrenzen auf 40.000 Euro für Alleinstehende und 80.000 Euro für Verheiratete reduzieren würden. Für diese Anhebung der Sockelbeträge hat sich auch der Deutsche Städtetag ausgesprochen.
- Hinsichtlich des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2021 ist darauf zu achten, dass auch über 2020 hinaus genügend Mittel in der Finanzausgleichsmasse sind. Vorsichtige Schätzungen zeigen, dass die verteilbare Finanzausgleichsmasse gegenüber dem Jahr 2020 um ca. eine Mrd. Euro schrumpfen wird. Hinzu treten Einnahmeverluste bei den Gemeindeanteilen aus Einkommens- und Umsatzsteuer (bereits in diesem Jahr) sowie weitere Gewerbesteuer-verluste ohne Ausgleich in den Jahren 2021 ff. Vor diesem Hintergrund werden zeitnah Planungsperspektiven benötigt. Auch als abundante Kommune wird die Landeshauptstadt Düsseldorf von einer derartigen Absenkung der Finanzausgleichsmasse betroffen sein, da sich hierdurch auch die Investitionspauschalen reduzieren.
- Das Konjunkturpaket des Bundes und das Nordrhein-Westfalen Programm I des Landes sind wichtige Bausteine im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie. Gewerbesteuerausfälle sollen kompensiert werden, allerdings aktuell nur für das Jahr 2020.
- Es ist mit einem voraussichtlichen Abschluss eines neuen Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst zum 01.09.2020 zu rechnen. Die Auswirkungen können heute noch nicht abgeschätzt werden und sind somit nicht aufgenommen. Jeder Prozentpunkt Tarifsteigerung würde den Haushalt um ca. 4 Mio. Euro belasten.

- Für die Veränderungen aus dem Stellenplan 2021 sind zurzeit vorsorglich pauschal 19 Mio. Euro in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen worden. Im Hinblick auf den endgültigen Stellenplan 2021 besteht somit ein entsprechendes Risiko, sollten die Veränderungen die 19 Mio. Euro überschreiten. Mit den wachsenden Aufgaben geht entsprechend ein wachsender Stellenplan einher.
- Die künftige Entwicklung der Sozialtransferaufwendungen, auch vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosenzahlen durch die Covid-19-Pandemie oder auch durch steigende Flüchtlingszahlen bedingt durch Krieg und Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung, Armut und Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung und Klimawandel oder Rohstoffhandel und Landraub.
- Die Bundesregierung hat sich auf einen Gesetzesentwurf zur Reform der Grundsteuer geeinigt, dem der Bundestag und abschließend der Bundesrat am 08.11.2019 zugestimmt haben. Dies verhindert einen drohenden kompletten Wegfall der Grundsteuererträge für die Kommunen. Es muss jedoch zunächst abgewartet werden, ob das Land Nordrhein-Westfalen von den im Gesetzesentwurf vorgesehenen Öffnungsklauseln Gebrauch macht. Wie diese Reform letztendlich umgesetzt und welche konkreten Auswirkungen sie haben wird, ist folglich noch nicht bekannt. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Neuregelung für die Landeshauptstadt Düsseldorf haushaltsneutral umgesetzt wird.
- Am 05.12.2014 hatte die Landeshauptstadt zusammen mit 71 weiteren Kommunen Verfassungsbeschwerde gegen das bis 2017 geltende Zweite Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes, vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen erhoben. Mit Urteil vom 30.08.2016 hat der Verfassungsgerichtshof NRW die Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen. Die Verfahrensbevollmächtigten der Landeshauptstadt Düsseldorf haben beim Bundeiverfassungsgericht in Karlsruhe beantragt, die dort noch anhängige Verfassungsbeschwerde zu aktivieren. Über dieses Verfahren wurde bislang noch nicht entschieden. Im besten Fall wäre die Erhebung der Solidaritätsumlage verfassungswidrig und damit die Erstattung der in den Jahren 2014 bis 2017 geleisteten Zahlungen in Höhe von 48,3 Mio. Euro möglich.
- Investive Maßnahmen, insbesondere für Schulen, Bäder und Kitas die zurzeit noch in der Beratung sind und auch teilweise von den städtischen Töchtern vorangetrieben werden, wirken sich nach entsprechender Beschlussfassung auf die Liquidität sowie die bilanziellen Abschreibungen und Bewirtschaftungskosten aus.
- Zukünftige Belastungen für den städtischen Haushalt auf dem Weg zur Klimaneutralität sind noch nicht im vollen Umfang absehbar (Ausrufung Klimanotstand durch den Rat am 04.07.2019).
- Risiken für den konjunkturellen Verlauf ergeben sich insbesondere aus den internationalen Handelskonflikten und dem zum 31.01.2020 vollzogenen Brexit. Kommunen mit einem großen Anteil exportierender Gewerbebetriebe sollten bei der Veranschlagung der Gewerbesteuer umsichtig kalkulieren. Dies gilt somit auch für die Landeshauptstadt Düsseldorf auf Grund der überproportionalen internationalen Verflechtung der hiesigen Unternehmen.
- Nach Abschluss der Arbeiten der Projektgruppe zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung –

Abweichungen in den Nachkommastellen sind durch Rundungen begründet.

In 2019 handelt es sich jeweils um das vorläufige Jahresergebnis.

SDG) in der Landeshauptstadt Düsseldorf werden die Ziele und Kennzahlen in die Produktbeschreibung des Haushaltsplanes sukzessive aufgenommen.

Die großen Herausforderungen an die weiter wachsende Stadt finden einen deutlichen Niederschlag im städtischen Haushalt. Beispielhaft aufgezählt seien hier die umfangreichen Investitionen in das Infrastrukturvermögen, wie weitere Kita-Plätze für unter und für über Dreijährige, Plätze an Grundschulen und weiterführende Schulen, den Ausbau für den Bedarf aus der Weiterentwicklung der Gymnasien (G8/G9), sowie die Ertüchtigung der Sportstätten. Weiterhin sind die Auswirkungen auf den öffentlichen Nahverkehr und weitere städtische Infrastruktur zu berücksichtigen. Darüber hinaus muss auch die Unterhaltung der Brücken, städtischen Gebäude sowie der Straßen dauerhaft sichergestellt werden. Insbesondere bei der Brückenunterhaltung sind Bund und Land gefordert, Unterstützungsprogramme für die Kommunen auf den Weg zu bringen.

Wie meistern die Landeshauptstadt Düsseldorf und ihre städtischen Töchter die finanziellen Auswirkungen? Ein Teil der Erfolge der letzten Jahre im Finanzbereich wurden durch die COVID-19-Pandemie bereits überrollt. Antworten auf diese und viele weitere Fragen können erst nach der Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung im November, nach der Verabschiedung der neuen Gesetze und dem Abruf absehbarer Fördermittel vorliegen. Aus diesen Fakten wird sich ergeben, welche Einschnitte bei der Landeshauptstadt Düsseldorf erforderlich werden.

In der Vergangenheit haben Ausschüttungen der städtischen Töchter zu Verbesserungen der Haushalte geführt. Darüber hinaus konnten durch die städtische Holding insbesondere Liquiditätsbedarfe des Kernhaushaltes gedeckt werden.

Coronabedingt werden hohe Ausschüttungen an den Kernhaushalt wegfallen. Auch die Holding verliert durch ausbleibende Ausschüttungen des Flughafens sowie größere Defizite bei der Rheinbahn erheblich an Finanzkraft. Die Reserven der städtischen Holding gehen zu Ende. Bei gleichbleibendem Investitionsvolumen und –tempo können ab 2022 vom Kernhaushalt keine weiteren investiven Kreditaufnahmen bei der Holding getätigt werden. Die Durchführung von notwendigen Investitionen könnte in Zukunft nur noch durch die Aufnahme von externen Krediten finanziert werden. Dies sollte aber nur für zwingende Investitionen Anwendung finden und muss mit einem klar festgelegten Tilgungsplan einhergehen.

Düsseldorf, im August 2020

Schneider
Stadtkämmerin

Budgetierungskonzept zum Haushaltsplan der Landeshauptstadt Düsseldorf

I Einleitung sowie Zielsetzung

Im Rahmen der modernen Verwaltungssteuerung nutzt die Landeshauptstadt Düsseldorf (LHD) den Baustein der Budgetierung zur Dezentralisierung von Ergebnis- und Ressourcenverantwortung, um wirtschaftliches Handeln zu fördern. Budgetierung stärkt die Eigenverantwortung und Kompetenz der budgetierten Bereiche und motiviert, Effektivität und Effizienz zu erhöhen.

Die nachgenannten Regelungen sind unter Beachtung des geltenden Haushaltsrechts umzusetzen. Unabdingbar ist in diesem Zusammenhang die Einhaltung des obersten Ziels der Haushaltswirtschaft, die Sicherung des Haushaltsausgleichs (§ 75 Abs. 2 GO NRW).

II Begriffsbestimmung

1. Begriffsbestimmung

Das Verfahren der Budgetierung kommt aus dem privatwirtschaftlichen Bereich und stellt ein Steuerungskonzept dar. Dabei ist zwischen dem Prozess der Budgetierung im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung und dem Ergebnis dieses Prozesses, dem eigentlichen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehenden Budget, zu unterscheiden.

Im Rahmen des Haushaltsvollzugs wird der Verwaltungsführung und der Politik regelmäßig über die Budgetumsetzung mittels Controllingbericht berichtet.

Im betriebswirtschaftlichen Sinne wird das Wort Budget ganz allgemein als ein Jahresrahmen verstanden, der die Verfügbarkeit und Zuteilung von Ressourcen (z. B. Vermögens-, Kapital-, Arbeits- / Personal-Ressourcen oder Struktur- / Organisations-Ressourcen) begrenzt; im speziellen wird es als ein Jahresrahmen aufgefasst, mit dem elementare, funktionale und projektbezogene Pläne nach einem Abstimmungs-, Korrektur- und Konsolidierungsprozess von zuständigen Instanzen genehmigt werden.

Zusammengefasst gesagt, wird den Entscheidungsträgern einer bestimmten Organisationseinheit ein finanzieller Rahmen (das Budget) zur Verfügung gestellt, innerhalb dessen sie die vorgegebenen Ziele eigenverantwortlich erreichen sollen.

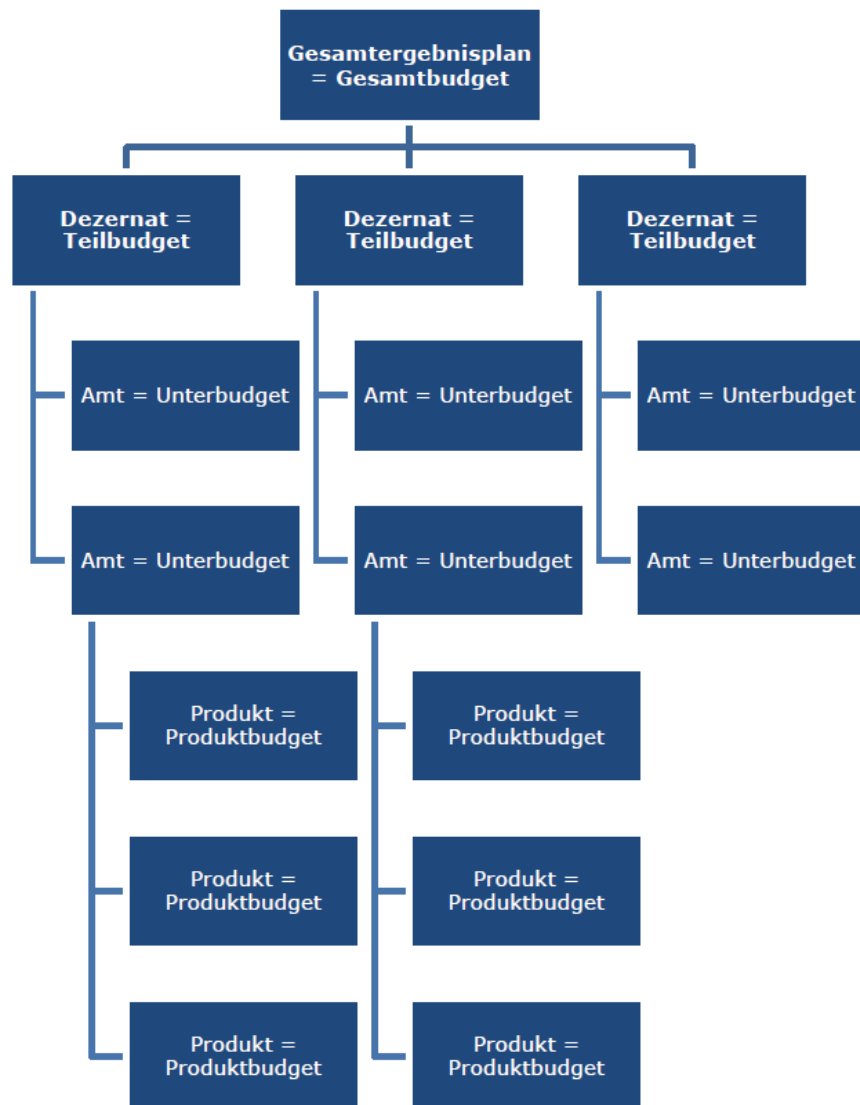
Einen Schritt weiter geht die outputorientierte Budgetierung, die den finanziellen Rahmen fest mit dem Output der jeweiligen Organisationseinheit verknüpft. Der Output ist das von der Organisationseinheit zu erstellende Produkt (z. B. „Marktwesen“, „Seniorenhilfe“), welches aus mittels eines Kontraktes vereinbarten Zielen oder aus politischen Beschlüssen resultiert. Die Entscheidungskompetenz über Finanzmitteleinsatz und -verwendung wird der Organisationseinheit dabei im Rahmen des Budgets übertragen.

Mit der flächendeckenden Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurde der Aufbau einer produktorientierten Budgetierung möglich. Die rechtlichen Rahmenbedingungen des NKF sind hierbei zu berücksichtigen. Als Ausnahme vom Grundsatz der Gesamtdeckung eröffnet der § 21 KomHVO hierzu die entsprechenden Möglichkeiten. Danach können zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets ist die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Unter der Vorgabe des Finanzbudgets sind die strategischen Planungen in Teilbudgets zu entwickeln, wobei weiterhin von einer getrennten Sach- und Personalkostenbudgetierung ausgegangen wird (zur Personalkostenbudgetierung siehe GA Personal).

III Grundlagen des Budgetierungsverfahrens

1. Bildung von Budgetebenen

Das **Gesamtbudget** wird durch den Gesamtergebnisplan des Haushaltes dargestellt. Die Bildung der Budgetebenen orientiert sich an der geltenden Produkt- sowie Verantwortlichkeitshierarchie:



Eine Budgetbildung alleinig an dem rechtlich gültigen Produktrahmen orientiert, ist bei einer Kommune in der Größenordnung der LHD ohne erheblichen Änderungsaufwand in der Aufbaustruktur nicht möglich. Eine Budgetierung bedingt klare Kompetenz- und Verantwortungsabgrenzung hinsichtlich des (finanziellen) Ressourceneinsatzes. Würden nunmehr die Teil- und Unterbudgets nach den gesetzlich vorgeschriebenen Produktbereichen gebildet, so überschneiden sich Kompetenzen auf Dezernats- und Amtsebene. Die outputorientierte Budgetierung wird hier somit um eine Budgetierung nach der Verantwortlichkeitshierarchie ergänzt.

Eine weitere produktinterne Aufteilung (z. B. auf Ebene der Abteilungen o. ä.) ist grundsätzlich zulässig, wird aber nicht im Haushalt dargestellt.

Bei einer weiteren produktinternen Aufteilung bleibt die Einhaltung des Produktbudgets durch die Produktverantwortliche / den Produktverantwortlichen maßgeblich.

2. Bezugsgrößen

- Zuschussbudgets (Aufwendungen sind höher als Erträge)
- Überschussbudgets (Aufwendungen sind niedriger als Erträge)
- Ausgeglichenere Budgets (Aufwendungen und Erträge sind gleich hoch)

3. Budgetzeitraum ist das **jeweilige Haushaltsjahr**, ergänzt um den jährlich fortzuschreibenden Planungszeitraum.

4. Ermittlung des Budgetumfanges

Das Gesamtbudget ergibt sich aus dem vom Rat der Stadt beschlossenen Gesamtergebnisplan für das jeweilige Planungsjahr.

Die Erstellung von Regelungen zur Ermittlung der jeweiligen Teil-, Unter- und Produktbudgets bedarf gesonderter Aufmerksamkeit. Insbesondere ist eine detaillierte Betrachtung der Folgekosten (Aufwendungen für Bewirtschaftung und Unterhaltung, AfA, Auflösung von Sonderposten etc.) aus Investitionstätigkeit erforderlich. Gleichzeitig erlangen die Folgekosten durch den Grundgedanken des Verursacherprinzips im NKF grundsätzlich Budgetrelevanz.

5. Budgetverantwortung

In der Regel nehmen die Abteilungsleitungen / Amtsleitungen diese Verantwortung wahr. Die Zuständigkeiten sind Bestandteil der Produktbeschreibungen.

Die Budgetverantwortung bezieht sich vor allem auf die Einhaltung der Budgets und den wirtschaftlichen Ressourceneinsatz. Diese umfasst u. a.:

- die laufende Überwachung der Ergebnisentwicklung zur Einhaltung der Budgets,
- die Einhaltung von Zweckbindungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen,
- die Einhaltung von Gremienbeschlüssen, insbesondere bei investiven Maßnahmen,
- die Einhaltung der in den Produktbeschreibungen festgelegten Ziele und Kennzahlen
- die Gegensteuerung bei Fehlentwicklungen innerhalb der Budgets, dabei insbesondere die Ausschöpfung aller Einsparmöglichkeiten,
- die unverzügliche Mitteilung von absehbaren Budgetüberschreitungen bzw. Abweichung von den festgelegten Zielen und Kennzahlen im Rahmen des Finanzcontrollings sowie das Aufzeigen entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen,
- die Sicherstellung, dass die Bewirtschaftung der Budgets nicht zu einer Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit führt,
- das Eingehen von Verpflichtungen aus neuen Verträgen.

Die jeweiligen Budgetverantwortlichen sind gegenüber der/dem Oberbürgermeister*in für die Einhaltung der Budgets verantwortlich.

6. Bewirtschaftungsinstrumente

6.1 Budgetbildung – Grundsätze –

Innerhalb der einzelnen Produktbudgets werden **grundsätzlich alle**

Aufwendungen¹ zu einem Budget zusammengefasst. Von diesem Grundsatz sind **ausgenommen alle Positionen**

- **für Personalaufwendungen für die städtischen Beschäftigten**
- **für Versorgungsaufwendungen**
- **für Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen.**

Die jeweilige / der jeweilige Budgetverantwortliche kann zu Gunsten entstehender Mehrbedarfe Ermächtigungen einzelner Positionen innerhalb des Budgets verschieben. Dabei ist der Zweck der Umstellung textlich in der Buchung zu hinterlegen.

Hiervon ausgenommen sind die Positionen für nicht zahlungswirksame Aufwendungen, Positionen denen zweckgebundene Erträge oder Aufwendungen zugrunde liegen. Hier bleibt die Mittelverschiebung der Kämmerei vorbehalten.

Diese Mittelverschiebungen innerhalb des Budgets gelten nicht als überplanmäßig im Sinne des § 83 GO NRW. Dabei ist sicherzustellen, dass für politische Beschlüsse bereitgestellte Mittel nicht dauerhaft für andere Zwecke verwendet werden.

Möglich ist allerdings auch eine Erweiterung der Budgetbildung über das Produkt hinaus.

Abweichend von den vorgenannten Ausnahmen kann in den nachfolgenden **Sonderfällen** ein Budget nach folgenden Maßgaben gebildet werden:

- Für **längerfristig angelegte Maßnahmen**, d. h. Maßnahmen, die sich über mehrere Haushaltsjahre erstrecken, können, wenn die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist, Aufwandseinsparungen (auch Personalaufwendungen oder selbst initiierte Mehrerträge in Folge-

¹ Die Aufwendungen werden sowohl mit ihren Ansätzen als auch – soweit vorhanden – mit ihren übertragenen Ermächtigungen aus Vorjahren und über- / außerplanmäßig bereitgestellten Mittel zu einer Budgetermächtigung zusammengefasst.

perioden) für Mehraufwand zu Beginn der Maßnahmen eingesetzt werden. Insofern wird die Jährlichkeit des Budgets durchbrochen.

- Eine dauerhafte Verwendung von **Sachaufwendungen für Personalaufwendungen** setzt die nachweislich dauerhafte Einsparung im Sachbereich voraus; zeitlich befristete Mehraufwendungen im Personalbereich können auch durch entsprechend zeitlich befristete Einsparungen bei den Sachaufwendungen gedeckt werden (Hinweis: An die Befristung von Arbeitsverträgen werden besondere gesetzliche und tarifliche Anforderungen gestellt).
Das bewährte Vordruckverfahren unter Beteiligung der Ämter 10 und 20 findet weiterhin Anwendung.
- Eine dauerhafte Verwendung von **Personalaufwendungen für Sachaufwendungen** setzt die nachweislich dauerhafte Einsparung im Personalbereich voraus; zeitlich befristete Mehraufwendungen im Sachbereich können auch durch entsprechend zeitlich befristete Einsparungen bei den Personalaufwendungen gedeckt werden.
- Zweckgebundene Erträge (auch ohne Vermerk) dürfen nur für entsprechende Aufwendungen verwandt werden.

6.2 Verwendung von selbst initiierten Mehrerträgen

Selbst initiierte Mehrerträge bzw. selbst initiierte zusätzliche Erträge, die bislang nicht veranschlagt sind, können innerhalb des Budgets für zusätzliche zeitlich befristete Aufwendungen verwandt werden.

Voraussetzung hierfür ist, dass sich das Budget in der Prognose zum Jahresergebnis nicht verschlechtert, d. h. das Budgetziel auch erreicht wird.

Dies gilt nur eingeschränkt für zweckgebundene Mehrerträge (ausschließliche Verwendung im Rahmen der Zweckbindung).

6.3 Interne Hilfen zum Budgetausgleich

Innerhalb der jeweiligen Budgetebene (Dezernats- oder Amtsbudget) können Budgetüberschreitungen durch bilaterale Vereinbarungen ausgeglichen werden. Die Budgetverantwortlichen treffen dabei

Festlegungen über Höhe und Dauer dieser „Budgethilfen“ und teilen diese der Kämmerei mit.

Sollte eine derartige Deckung innerhalb eines Dezernatsbudgets nicht möglich sein, ist sie auch dezernatsübergreifend möglich.

Budgethilfen jeweils innerhalb eines Dezernats- oder Amtsbudgets gelten nicht als überplanmäßig im Sinne des § 83 GO NRW.

Haushaltsneutrale Mittelumstellungen (z. B. im Rahmen von internen Leistungsbeziehungen, aufgrund einer Änderung der organisatorischen Zuständigkeit oder der finanzstatistischen Zuordnungsvorschriften etc.) gelten bei gleichbleibendem Verwendungszweck auch dezernatsübergreifend nicht als überplanmäßig im Sinne des § 83 GO NRW.

6.4 Budgetüberwachung

Die Inanspruchnahme der Budgets ist von den jeweiligen Budgetverantwortlichen zu überwachen. Abweichungen sind entsprechend der Vorgaben zum Finanzcontrolling zu melden.

Hierzu ist zu bedenken, dass Verschlechterungen, die innerhalb des Gesamtbudgets nicht kompensiert werden, zu einem Defizit und gem. § 76 GO NRW zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes führen können.

Daher müssen Budgetüberschreitungen, die im lfd. Finanzcontrolling festgestellt werden, unterjährig **eigenverantwortlich**, z. B. durch Reduzierung freiwilliger Leistungen, ausgeglichen werden. Dabei sind vorrangig die vorstehenden Instrumente zu nutzen. Verbleibt dennoch eine Überschreitung, so ist unter Anlegung eines strengen Maßstabes die Zwangsläufigkeit und Verantwortlichkeit zu prüfen.

Soweit es sich um **nicht beeinflussbare** Verschlechterungen handelt, sind diese im Rahmen der Gesamtbudgetverantwortung im laufenden Haushaltsjahr durch die haushaltsrechtlichen Möglichkeiten des Gesamtdeckungsprinzips aus dem Gesamthaushalt aufzufangen – im äußersten Notfall auch unter Anwendung der Vorschriften der haushaltswirtschaftlichen Sperre (siehe § 25 KomHVO NRW), durch personalwirtschaftliche Maßnahmen, Investitionsstopp und dergleichen z. B. besondere Bewirt-

schaftungsregeln. In diesen Fällen kann die Verwaltungskonferenz eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Vertreterinnen und Vertretern aller Dezernate und des Amtes 14, unter Federführung des Dezernates 02 einsetzen. Sofern der Haushaltsausgleich dadurch nicht erreicht werden kann und es zu einem Fehlbetrag kommt, ist dieser spätestens im übernächsten Haushaltsjahr auszugleichen.

Der / Dem Kämmer*in ist vorbehalten, die Bewirtschaftungsinstrumente, wie z. B. die Budgethilfe, einzuschränken bzw. auszusetzen.

Selbst verursachte Verschlechterungen sind aus dem jeweiligen Budget des laufenden Jahres, des folgenden Jahres, spätestens jedoch im zweiten Jahr (gegebenenfalls durch die Sperre einzelner Aufwandspositionen) selbst wieder abzudecken.

IV Verfahrensschritte

Auf der Basis der jeweils beschlossenen Planungs-Eckwerte (Zuschussbedarfe / Überschüsse) werden die Mittel in **Teilbudgets (Dezernatsbudgets)** aufgeteilt.

Diese Teilbudgets werden im Rahmen der **Verantwortung der Dezernate** anschließend – dezernatsintern – auf die Unter- und Produktbudgets heruntergebrochen.

Das detaillierte Verfahren einschließlich möglicher Einsparvorgaben wird in der jeweiligen Haushaltsplanverfügung festgelegt.

Die Kämmerei prüft nach Anmeldung der einzelnen Teilergebnispläne auf Teilbudgetebene die Eckdaten im Hinblick auf die vorgegebenen Budgetgrößen und inhaltlich die Teilergebnispläne auf Produktebene auf Plausibilität (insbesondere bei größeren Veränderungen im Bereich der Erträge bzw. bei Reduzierungen im Bereich der Aufwendungen in zwangsläufigen Positionen) und stimmt diese mit der / dem Budgetverantwortlichen ab. Es erfolgt eine abschließende Information und Beratung in der Verwaltungskonferenz. In diese Beratung werden auch die Fälle einbezogen, die bilateral nicht geklärt werden konnten.

V Investiver Bereich

Anders als im konsumtiven Bereich ist bei den Investitionen eine Festschreibung bzw. Fortschreibung fester Budgetgrößen nicht geeignet, da sich der Investitionsbedarf überwiegend nicht an laufenden gleich bleibenden Aufgabenwahrnehmungen orientiert. Insofern ist eine andere Systematik zu wählen als im konsumtiven Bereich.

Im Investitionsplan sind Fortsetzungsmaßnahmen, neue Maßnahmen und wiederkehrende Maßnahmen veranschlagt:

Als **Fortsetzungsmaßnahmen** werden alle einzelnen Investitionsprojekte bezeichnet, für die

- a) ein Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorliegt, unabhängig davon, ob mit der Maßnahme bereits begonnen wurde, oder
- b) ein Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss nicht erforderlich ist, für die Maßnahme aber schon Mittel in Anspruch genommen wurden.

Als **Neue Maßnahmen** werden alle einzelnen Investitionsprojekte bezeichnet, für die

- a) noch kein Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorliegt, bzw.
- b) noch keine Mittel in Anspruch genommen wurden,

unabhängig davon, wie lange schon Vorplanungen laufen, oder wann die Maßnahme erstmals veranschlagt wurde.

Neue Investitionsmaßnahmen werden erst bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. der Geschäftsanweisung zur Durchführung von Maßnahmen im Baubereich (GA Bau) in den Investitionsplan eingestellt.

Als **Wiederkehrende Maßnahmen** werden alle Auszahlungs- und Einzahlungspositionen zusammengefasst, die nicht der Abwicklung einzelner Investitionsprojekte dienen. Es handelt sich um Sammelpositionen (z. B. kleinere bauliche Maßnahmen an Schulen, Beschaffung von Inventar, Modernisierung städtischer Gebäude) für eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen oder um Einzelpositionen, die zeitlich nicht befristet werden können. Hierzu gibt es in der Regel keine politischen Beschlüsse.

Aus der o. a. Definition der unterschiedlichen Investitionsmaßnahmen lässt sich erkennen, dass Festschreibungen einzelner Budgets auf den jeweiligen Budgetebenen nicht möglich sind.

Basis für die Verteilungsmasse im investiven Bereich ist der jährliche **Zuschussbedarf**.

Der Zuschussbedarf wird nach folgenden Kriterien aufgeteilt:

- Weiterfinanzierung der Fortsetzungsmaßnahmen,
- Unabweisbare Neuinvestitionen,
- aktualisierte Werte der sog. wiederkehrenden Maßnahmen,
- sonstige Maßnahmen

Bei nicht ausreichenden Mitteln berät die Verwaltungskonferenz im Rahmen einer Wertediskussion über die zu veranschlagenden Maßnahmen.

Im Haushaltsplan einzeln veranschlagte Maßnahmen (ab 250.000 EUR) bilden jeweils ein Budget. Auch hier finden die Regelungen unter 6.1 bis 6.3 analog Anwendung. Beschlossene Investitionssummen sind einzuhalten.

VI Sonstiges

Die getroffenen Regelungen für die Aufwendungen finden sinngemäß Anwendung auf die konsumtiven Auszahlungen.

Das Budgetierungskonzept wird bei Bedarf fortgeschrieben und wird im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele entsprechend angepasst.

**Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen
(in 1.000 Euro)**

| Verpflichtungs- ermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres: | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|--|---------|---------|---------|--------|------|
| 2018 | 5.463 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 2019 | 24.647 | 2.994 | 0 | 0 | 0 |
| 2020 | 216.936 | 98.781 | 60.956 | 0 | 0 |
| 2021 | | 148.203 | 67.442 | 45.160 | 0 |
| Summe | 247.046 | 249.978 | 128.398 | 45.160 | 0 |
| <u>Nachrichtlich:</u> | | | | | |
| In der Finanzplanung für Darlehen vorgesehene Kreditaufnahmen | 164.130 | 103.956 | 34.256 | 94.360 | |

**Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten
als Anlage zum Haushaltsplan 2021 nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 KomHVO NRW**

| Art der Verbindlichkeit | Stand zu Beginn des Vorjahres (01.01.2020) | Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres (01.01.2021) | Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres (31.12.2021) |
|---|--|---|--|
| | EURO | EURO | EURO |
| | 1 | 2 | 3 |
| 1. Anleihen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.1 für Investitionen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2 für Liquiditätssicherung | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 76.959.404,97 | 309.886.977,97 | 468.178.542,97 |
| 2.1 von verbundenen Unternehmen | 0,00 | 230.265.851,00 | 394.395.619,00 |
| 2.2 von Beteiligungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.3 von Sondervermögen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.4 vom öffentlichen Bereich | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.5 vom privaten Kreditmarkt | 76.959.404,97 | 79.621.126,97 | 73.782.923,97 |
| 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | 0,00 | 0,00 | 57.814.333,00 |
| 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 2.936.951,46 | 2.746.550,46 | 2.657.149,46 |
| 5. Summe | 79.896.356,43 | 312.633.528,43 | 528.650.025,43 |
| Nachrichtlich: Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten z.B. Bürgschaften u.a. | 87.240.015,59 | 77.468.008,18 | 38.919.428,67 |

| Ergebnisrechnung 2019 | | Jahresergebnis | fortgeschriebener Haushaltsansatz | Jahresergebnis | Vergleich 2019 Jahresergebnis ./. fortgeschriebener Haushaltsansatz |
|-----------------------|--|--------------------------|--------------------------------------|--------------------------|--|
| Nr. | Bezeichnung | 2018 | 2019 | 2019 | |
| 1 | + Steuern und ähnliche Abgaben | 1.645.876.898,54 | 1.657.874.000,00 | 1.671.193.315,80 | 13.319.315,80 |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 361.836.019,89 | 396.747.236,00 | 407.857.454,84 | 11.110.218,84 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | 32.646.392,03 | 29.587.583,00 | 36.993.966,02 | 7.406.383,02 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 258.715.240,78 | 266.768.430,00 | 267.113.131,69 | 344.701,69 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | 100.243.387,59 | 101.003.942,00 | 100.667.480,89 | -336.461,11 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 238.164.840,56 | 239.459.555,00 | 208.323.407,28 | -31.136.147,72 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | 220.518.623,50 | 230.336.422,00 | 191.256.263,37 | -39.080.158,63 |
| 8 | + Aktivierte Eigenleistungen | 3.234.470,64 | 1.225.044,00 | 2.930.699,90 | 1.705.655,90 |
| 9 | + Bestandsveränderungen (+/-) | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | 2.861.235.873,53 | 2.923.002.212,00 | 2.886.335.719,79 | -36.666.492,21 |
| 11 | - Personalaufwendungen | -633.928.063,57 | -603.362.121,00 | -608.203.436,81 | -4.841.315,81 |
| 12 | - Versorgungsaufwendungen | -63.120.298,62 | -48.969.000,00 | -62.074.789,40 | -13.105.789,40 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -541.087.889,45 | -637.533.270,39 | -562.649.788,50 | 74.883.481,89 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | -172.717.873,51 | -188.656.008,73 | -179.500.951,84 | 9.155.056,89 |
| 15 | - Transferaufwendungen | -1.125.636.609,66 | -1.166.877.294,68 | -1.180.724.074,95 | -13.846.780,27 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | -338.897.589,33 | -335.879.026,38 | -294.491.173,53 | 41.387.852,85 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | -2.875.388.324,14 | -2.981.276.721,18 | -2.887.644.215,03 | 93.632.506,15 |
| 18 | = Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 17) | -14.152.450,61 | -58.274.509,18 | -1.308.495,24 | 56.966.013,94 |
| 19 | + Finanzerträge | 41.622.129,96 | 20.661.326,00 | 35.944.217,86 | 15.282.891,86 |
| 20 | - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | -16.437.625,13 | -20.087.566,00 | -22.785.987,23 | -2.698.421,23 |
| 21 | = Finanzergebnis (Zeilen 19 und 20) | 25.184.504,83 | 573.760,00 | 13.158.230,63 | 12.584.470,63 |
| 22 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21) | 11.032.054,22 | -57.700.749,18 | 11.849.735,39 | 69.550.484,57 |
| 23 | + Außerordentliche Erträge | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 24 | - Außerordentliche Aufwendungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 25 | = Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 und 24) | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 26 | = Jahresergebnis (Zeilen 22 und 25) | 11.032.054,22 | -57.700.749,18 | 11.849.735,39 | 69.550.484,57 |
| 27 | - Globaler Minderaufwand | - | 0,00 | - | - |
| 28 | = Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (Zeilen 26 und 27) | 11.032.054,22 | -57.700.749,18 | 11.849.735,39 | 69.550.484,57 |

Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage

| | | | | | |
|-----------|--|---------------------|----------|----------------------|----------|
| 29 | + Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen | 1.067.250,00 | - | 986.378,52 | - |
| 30 | + Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen | 0,00 | - | 1.098.219,02 | - |
| 31 | - Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen | 1.773.600,00 | - | -5.637.212,93 | - |
| 32 | - Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen | 0,00 | - | -3.450.572,17 | - |
| 33 | = Verrechnungssaldo (Zeilen 27 bis 30) | 2.840.850,00 | - | -7.003.187,56 | - |

Nachrichtlicher Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus internen Leistungsverrechnungen

| | | | | | |
|----|--|----------------|----------------|-----------------------|---------------|
| 34 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | 25.055.354,95 | 28.894.351,00 | 26.166.585,42 | -2.727.765,58 |
| 35 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -25.055.354,95 | -28.894.351,00 | -26.166.585,42 | 2.727.765,58 |

| Finanzrechnung 2019 | | Jahresergebnis | fortgeschriebener Haushaltsansatz | Jahresergebnis | Vergleich 2019 Jahresergebnis ./. fortgeschriebener Haushaltsansatz |
|---------------------|---|--------------------------|--------------------------------------|--------------------------|--|
| Nr. | Bezeichnung | 2018 | 2019 | 2019 | |
| 1 | + Steuern und ähnliche Abgaben | 1.635.944.945,21 | 1.641.745.000,00 | 1.698.449.573,84 | 56.704.573,84 |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 275.561.897,75 | 282.402.866,00 | 310.684.362,57 | 28.281.496,57 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | 29.264.864,03 | 27.326.883,00 | 34.381.446,74 | 7.054.563,74 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 252.430.605,23 | 261.680.987,00 | 260.617.744,48 | -1.063.242,52 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | 101.389.374,31 | 100.917.886,00 | 98.921.774,12 | -1.996.111,88 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | 231.537.621,94 | 239.476.355,00 | 212.531.545,50 | -26.944.809,50 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | 136.079.466,83 | 128.051.544,00 | 183.172.459,94 | 55.120.915,94 |
| 8 | + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | 37.765.487,55 | 20.667.980,00 | 31.658.410,99 | 10.990.430,99 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 2.699.974.262,85 | 2.702.269.501,00 | 2.830.417.318,18 | 128.147.817,18 |
| 10 | - Personalauszahlungen | -540.399.109,64 | -564.891.863,33 | -561.306.540,90 | 3.585.322,43 |
| 11 | - Versorgungsauszahlungen | -72.864.382,53 | -68.468.274,73 | -77.118.216,09 | -8.649.941,36 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | -531.115.622,40 | -701.984.107,36 | -580.831.951,97 | 121.152.155,39 |
| 13 | - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | -16.359.905,43 | -20.012.446,06 | -22.489.983,54 | -2.477.537,48 |
| 14 | - Transferauszahlungen | -1.130.279.617,77 | -1.157.123.650,68 | -1.172.801.305,99 | -15.677.655,31 |
| 15 | - Sonstige Auszahlungen | -296.870.690,19 | -368.334.760,92 | -352.583.305,08 | 15.751.455,84 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | -2.587.889.327,96 | -2.880.815.103,08 | -2.767.131.303,57 | 113.683.799,51 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | 112.084.934,89 | -178.545.602,08 | 63.286.014,61 | 241.831.616,69 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 55.418.750,72 | 106.018.280,00 | 61.282.312,33 | -44.735.967,67 |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 192.057.598,10 | 54.139.701,00 | 38.744.113,78 | -15.395.587,22 |
| 20 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | 1.370.075,30 | 0,00 | 8.330.174,95 | 8.330.174,95 |
| 21 | + Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 6.423.360,82 | 6.639.355,00 | 5.831.039,83 | -808.315,17 |
| 22 | + Sonstige Investitionseinzahlungen | 4.587.526,70 | 3.207.545,00 | 6.157.169,39 | 2.949.624,39 |
| 23 | = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 259.857.311,64 | 170.004.881,00 | 120.344.810,28 | -49.660.070,72 |
| 24 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | -95.079.653,05 | -109.020.895,04 | -53.555.056,86 | 55.465.838,18 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | -116.124.305,73 | -297.212.592,81 | -144.227.585,83 | 152.985.006,98 |
| 26 | - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | -29.751.420,92 | -87.964.767,85 | -36.551.969,29 | 51.412.798,56 |
| 27 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | -2.426.791,48 | -240.900,00 | -1.176.667,06 | -935.767,06 |
| 28 | - Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | -8.798.674,01 | -46.087.473,19 | -11.336.447,50 | 34.751.025,69 |
| 29 | - Sonstige Investitionsauszahlungen | -1.202.974,00 | -1.710.000,00 | -873.715,54 | 836.284,46 |
| 30 | = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | -253.383.819,19 | -542.236.628,89 | -247.721.442,08 | 294.515.186,81 |
| 31 | = Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30) | 6.473.492,45 | -372.231.747,89 | -127.376.631,80 | 244.855.116,09 |
| 32 | = Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31) | 118.558.427,34 | -550.777.349,97 | -64.090.617,19 | 486.686.732,78 |
| 33 | + Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen | 71.460,17 | 222.707.705,00 | 16.337.488,59 | -206.370.216,41 |
| 34 | + Einzahlung aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten zur Liquiditätssicherung | 0,00 | 0,00 | 0,00 ¹ | 0,00 |
| 35 | - Auszahlung für die Tilgung und Gewährung von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen | -6.440.458,26 | -4.276.288,00 | -7.284.813,65 | -3.008.525,65 |
| 36 | - Auszahlung für die Tilgung und Gewährung von Krediten zur Liquiditätssicherung | 0,00 | 0,00 | 0,00 ¹ | 0,00 |
| 37 | = Saldo aus Finanzierungstätigkeit | -6.368.998,09 | 218.431.417,00 | 9.052.674,94 | -209.378.742,06 |
| 38 | = Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37) | 112.189.429,25 | -332.345.932,97 | -55.037.942,25 | 277.307.990,72 |
| 39 | + Anfangsbestand an eigenen Finanzmitteln | 89.434.830,35 | - | 201.624.259,60 | - |
| 40 | = Zwischensumme eigene Finanzmittel (Zeilen 38 und 39) | 201.624.259,60 | - | 146.586.317,35 | - |
| 41 | + Anfangsbestand an fremden Finanzmitteln | 89.174,42 | - | 177.203,19 | - |
| 42 | + Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln | 88.028,77 | - | -43.927,70 | - |
| 43 | = Liquide Mittel (Zeilen 40, 41 und 42) | 201.801.462,79 | - | 146.719.592,84 | - |

¹ kumulierte Darstellung aller unterjährigen Liquiditätsaufnahmen / -rückzahlungen. Der tatsächliche Bestand der Liquiditätskredite beträgt zum 31.12.2019 0,00 Euro.

| Schlussbilanz 31.12.2019 Aktiva | | 31.12.2019 | 31.12.2018 |
|--|--|--------------------------|--------------------------|
| 1 | ANLAGEVERMÖGEN | 11.109.743.975,75 | 11.065.344.169,72 |
| 1.1 | Immaterielle Vermögensgegenstände | 7.609.108,23 | 7.945.615,50 |
| 1.2 | Sachanlagen | 8.784.570.219,53 | 8.724.828.598,58 |
| 1.2.1 | Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 2.016.901.958,78 | 2.028.750.219,60 |
| 1.2.1.1 | Grünflächen | 939.831.596,10 | 939.375.414,93 |
| 1.2.1.2 | Ackerland | 97.816.682,84 | 98.417.169,76 |
| 1.2.1.3 | Wald, Forsten | 40.310.562,84 | 39.569.232,89 |
| 1.2.1.4 | Sonstige unbebaute Grundstücke | 938.943.117,00 | 951.388.402,02 |
| 1.2.2 | Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 1.785.397.167,75 | 1.793.852.300,73 |
| 1.2.2.1 | Kinder- und Jugendeinrichtungen | 89.080.694,12 | 91.291.717,07 |
| 1.2.2.2 | Schulen | 828.558.975,03 | 801.951.140,06 |
| 1.2.2.3 | Wohnbauten | 74.725.330,88 | 87.181.956,62 |
| 1.2.2.4 | Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude | 793.032.167,72 | 813.427.486,98 |
| 1.2.3 | Infrastrukturvermögen | 3.808.991.570,74 | 3.806.187.747,35 |
| 1.2.3.1 | Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 1.001.686.434,66 | 996.720.652,14 |
| 1.2.3.2 | Brücken und Tunnel | 1.714.602.762,39 | 1.757.486.379,24 |
| 1.2.3.3 | Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen | 176.423.387,68 | 113.378.171,72 |
| 1.2.3.4 | Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen | 61.216.021,70 | 62.960.126,91 |
| 1.2.3.5 | Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen | 752.535.865,59 | 769.763.499,19 |
| 1.2.3.6 | Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens | 102.527.098,72 | 105.878.918,15 |
| 1.2.4 | Bauten auf fremden Grund und Boden | 5.125.282,64 | 3.138.972,24 |
| 1.2.5 | Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 796.077.686,83 | 781.069.064,44 |
| 1.2.6 | Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 40.541.991,87 | 43.888.659,65 |
| 1.2.7 | Betriebs- und Geschäftsausstattung | 53.101.565,35 | 48.966.723,03 |
| 1.2.8 | Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 278.432.995,57 | 218.974.911,54 |
| 1.3 | Finanzanlagen | 2.317.564.647,99 | 2.332.569.955,64 |
| 1.3.1 | Anteile an verbundenen Unternehmen | 2.211.258.314,69 | 2.220.208.735,61 |
| 1.3.2 | Beteiligungen | 12.383.053,94 | 14.475.047,72 |
| 1.3.3 | Sondervermögen | 54.861.086,09 | 54.861.086,09 |
| 1.3.4 | Wertpapiere des Anlagevermögens | 9.985.035,67 | 9.702.347,51 |
| 1.3.5 | Ausleihungen | 29.077.157,60 | 33.322.738,71 |
| 1.3.5.1 | an verbundene Unternehmen | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.5.2 | an Beteiligungen | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.5.3 | an Sondervermögen | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.5.4 | Sonstige Ausleihungen | 29.077.157,60 | 33.322.738,71 |
| 2 | UMLAUFVERMÖGEN | 439.163.159,96 | 498.524.910,98 |
| 2.1 | Vorräte | 1.607.511,97 | 1.875.997,45 |
| 2.1.1 | Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren | 1.607.511,97 | 1.875.997,45 |
| 2.1.2 | Geleistete Anzahlungen | 0,00 | 0,00 |
| 2.2 | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 290.836.055,15 | 294.847.450,74 |
| 2.2.1 | Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen | 194.443.300,04 | 204.964.603,72 |
| 2.2.2 | Privatrechtliche Forderungen | 73.628.456,59 | 63.432.877,38 |
| 2.2.3 | sonstige Vermögensgegenstände | 22.764.298,52 | 26.449.969,64 |
| 2.3 | Wertpapiere des Umlaufvermögens | 0,00 | 0,00 |
| 2.4 | Liquide Mittel | 146.719.592,84 | 201.801.462,79 |
| 3 | AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG | 188.807.262,70 | 187.329.424,03 |
| SUMME AKTIVA | | 11.737.714.398,41 | 11.751.198.504,73 |

| Schlussbilanz 31.12.2019 Passiva | | 31.12.2019 | 31.12.2018 |
|---|---|--------------------------|--------------------------|
| 1 | EIGENKAPITAL | 7.907.335.549,01 | 7.903.492.055,28 |
| 1.1 | Allgemeine Rücklage | 7.590.613.725,92 | 7.598.619.967,58 |
| 1.2 | Sonderrücklagen | 46.941.074,00 | 46.941.074,00 |
| 1.3 | Ausgleichsrücklage | 257.931.013,70 | 246.898.959,48 |
| 1.4 | Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 11.849.735,39 | 11.032.054,22 |
| 2 | SONDERPOSTEN | 1.764.133.287,62 | 1.788.787.136,09 |
| 2.1 | für Zuwendungen | 1.498.298.559,09 | 1.530.103.215,03 |
| 2.2 | für Beiträge | 109.601.317,26 | 110.344.950,27 |
| 2.3 | für den Gebührenausschlag | 6.955.784,84 | 5.857.775,60 |
| 2.4 | Sonstige Sonderposten | 149.277.626,43 | 142.481.195,19 |
| 3 | RÜCKSTELLUNGEN | 1.564.416.197,61 | 1.559.337.721,23 |
| 3.1 | Pensionsrückstellungen | 1.356.546.796,24 | 1.353.914.782,47 |
| 3.2 | Rückstellungen für Deponien und Altlasten | 78.143.048,53 | 85.850.468,72 |
| 3.3 | Instandhaltungsrückstellungen | 27.710.074,19 | 27.260.598,60 |
| 3.4 | Sonstige Rückstellungen | 102.016.278,65 | 92.311.871,44 |
| 4 | VERBINDLICHKEITEN | 311.276.357,38 | 298.579.021,92 |
| 4.1 | Anleihen | 0,00 | 0,00 |
| 4.1.1 | für Investitionen | 0,00 | 0,00 |
| 4.1.2 | zur Liquiditätssicherung | 0,00 | 0,00 |
| 4.2 | Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 76.959.404,97 | 67.985.799,57 |
| 4.2.1 | von verbundenen Unternehmen | 0,00 | 0,00 |
| 4.2.2 | von Beteiligungen | 0,00 | 0,00 |
| 4.2.3 | von Sondervermögen | 0,00 | 0,00 |
| 4.2.4 | vom öffentlichen Bereich | 0,00 | 0,00 |
| 4.2.5 | von Kreditinstituten | 76.959.404,97 | 67.985.799,57 |
| 4.3 | Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | 0,00 | 343.511,15 |
| 4.4 | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufn. wirtschaftl. gleichkommen | 2.936.951,46 | 3.072.264,69 |
| 4.5 | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 43.682.480,42 | 49.264.955,58 |
| 4.6 | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 12.395.247,84 | 12.891.326,85 |
| 4.7 | Sonstige Verbindlichkeiten | 86.314.740,07 | 105.552.765,24 |
| 4.8 | Erhaltene Anzahlungen | 88.987.532,62 | 59.468.398,84 |
| 5 | PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG | 190.553.006,79 | 201.002.570,21 |
| SUMME PASSIVA | | 11.737.714.398,41 | 11.751.198.504,73 |

**Zuwendungen
an die
Fraktionen und Gruppen
des
Rates**

Zuwendungen an Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

| Nr. | Fraktion CDU-Ratsfraktion | Haushaltsansatz | | Vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2019 Euro | Erläuterungen |
|-----|---|-------------------------------|-------------------------|--|---------------|
| | | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 1 | An die Geschäftsführung der Ratsfraktionen | 170.120 | 164.846 | 160.612,64 | |
| 2 | Personalkostenerstattung | 315.000 | 297.000 | 241.490,59 | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

| Nr. | Fraktion SPD-Ratsfraktion | Haushaltsansatz | | Vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2019 Euro | Erläuterungen |
|-----|--|-------------------------------|-------------------------|--|---------------|
| | | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 1 | An die Geschäftsführung der Ratsfraktionen | 157.880 | 152.780 | 149.229,80 | |
| 2 | Personalkostenerstattung | 272.000 | 255.000 | 224.061,46 | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

| Nr. | Fraktion Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen | Haushaltsansatz | | Vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2019 Euro | Erläuterungen |
|-----|---|-------------------------------|-------------------------|--|---------------|
| | | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 1 | An die Geschäftsführung der Ratsfraktionen | 135.130 | 130.370 | 128.090,24 | |
| 2 | Personalkostenerstattung | 292.000 | 270.000 | 257.968,38 | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

| Nr. | Fraktion FDP-Ratsfraktion | Haushaltsansatz | | Vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2019 Euro | Erläuterungen |
|-----|---|-------------------------------|-------------------------|--|---------------|
| | | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 1 | An die Geschäftsführung der Ratsfraktionen | 126.390 | 121.752 | 119.959,64 | |
| 2 | Personalkostenerstattung | 0 | 0 | 0,00 | |

Zuwendungen an Fraktionen**Teil A: Geldleistungen**

| Nr. | Fraktion Ratsfraktion DIE LINKE | Haushaltsansatz | | Vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2019 Euro | Erläuterungen |
|-----|---|-------------------------------|-------------------------|--|---------------|
| | | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 1 | An die Geschäftsführung der Ratsfraktionen | 122.890 | 118.305 | 116.707,40 | |
| 2 | Personalkostenerstattung | 170.000 | 165.000 | 150.062,49 | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

| Nr. | Fraktion Ratsfraktion Tierschutz FREIE WÄHLER | Haushaltsansatz | | Vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2019 Euro | Erläuterungen |
|-----|---|-------------------------------|-------------------------|--|---------------|
| | | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 1 | An die Geschäftsführung der Ratsfraktionen | 54.590 | 52.747 | 51.937,52 | |
| 2 | Personalkostenerstattung | 75.000 | 73.000 | 55.648,43 | |

Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Ratsfraktion: CDU | | | | |
|---|-------------------------------|------------------------------|---------------------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 366.000 0 | 343.700 0 | 22.300 0 | |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen | 5.500 | 5.500 | 0 | |

| | | | | |
|---|----------------------|----------------------|-------------------|--|
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für | | | | |
| 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) | a) 400 b) 100.842 | a) 400 b) 109.908 | a) 0 b) -9.066 | a) Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung b) Mieten und Betriebskosten (incl. Gebäudereinigung, Energiekosten) Bürodienstgebäude |
| 5.2 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen | 8.900 | 9.100 | -200 | Grundgebühren (Gesprächsgebühren in Geschäftsausgaben enthalten) |
| 6. Sonstiges | | | | |
| 6.1 Geschäftsaufwendungen | 15.850 | 15.850 | 0 | |
| 6.2 Beitragserstattung Unfallkasse NRW und KAV | 668 | 668 | 0 | |
| 6.3 PC-, Druckerpauschalen | 16.912 | 16.912 | 0 | |
| 6.4 Rundfunkbeitrag | 120 | 120 | 0 | |

Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Ratsfraktion: SPD | | | | |
|---|-------------------------------|-----------------------------|---------------------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 76.600 0 | 76.000 0 | 600 0 | |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen | 5.500 | 8.100 | -2.600 | |

| | | | | |
|---|----------------------|---------------------|-------------------|--|
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für | | | | |
| 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) | a) 400 b) 111.388 | a) 400 b) 89.524 | a) 0 b) 21.864 | a) Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung b) Mieten und Betriebskosten (incl. Gebäudereinigung, Energiekosten) Bürodienstgebäude |
| 5.2 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen | 6.900 | 7.000 | -100 | Grundgebühren (Gesprächsgebühren in Geschäftsausgaben enthalten) |
| 6. Sonstiges | | | | |
| 6.1 Geschäftsaufwendungen | 13.400 | 13.400 | 0 | |
| 6.2 Beitragserstattung Unfallkasse NRW und KAV | 666 | 666 | 0 | |
| 6.3 PC-, Druckerpauschalen | 11.776 | 13.584 | -1.808 | |
| 6.4 Rundfunkbeitrag | 49 | 49 | 0 | |

Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Ratsfraktion: Bündnis 90 / Die Grünen | | | | |
|---|-------------------------------|-------------------------|---------------------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 0 0 | 0 0 | 0 0 | |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen | 8.500 | 3.800 | 4.700 | |

| | | | | |
|---|---------------------|---------------------|-------------------|--|
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für | | | | |
| 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) | a) 300 b) 56.023 | a) 300 b) 42.828 | a) 0 b) 13.195 | a) Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung b) Mieten und Betriebskosten (incl. Gebäudereinigung, Energiekosten) Bürodienstgebäude |
| 5.2 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen | 5.900 | 5.900 | 0 | Grundgebühren (Gesprächsgebühren in Geschäftsausgaben enthalten) |
| 6. Sonstiges | | | | |
| 6.1 Geschäftsaufwendungen | 8.850 | 8.850 | 0 | |
| 6.2 Beitragserstattung Unfallkasse NRW und KAV | 0 | 0 | 0 | |
| 6.3 PC-, Druckerpauschalen | 12.239 | 12.239 | 0 | |
| 6.4 Rundfunkbeitrag | 90 | 90 | 0 | |

Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Ratsfraktion: FDP | | | | |
|---|-------------------------------|-------------------------|---------------------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit | | | | |
| 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) | | | | |
| 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) | 247.200 | 228.100 | 19.100 | |
| 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 0 | 0 | 0 | |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen | | | | |
| 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle | | | | |
| 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung | | | | |
| 4.1 Büromöbel und -maschinen | 3.000 | 3.800 | -800 | |

| | | | | |
|---|---------------------|---------------------|--------------------|--|
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für | | | | |
| 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) | a) 200 b) 35.517 | a) 200 b) 49.601 | a) 0 b) -14.084 | a) Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung b) Mieten und Betriebskosten (incl. Gebäudereinigung, Energiekosten) Bürodienstgebäude |
| 5.2 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen | 4.700 | 4.750 | -50 | Grundgebühren (Gesprächsgebühren in Geschäftsausgaben enthalten) |
| 6. Sonstiges | | | | |
| 6.1 Geschäftsaufwendungen | 7.100 | 7.100 | 0 | |
| 6.2 Beitragserstattung Unfallkasse NRW und KAV | 251 | 252 | -1 | |
| 6.3 PC-, Druckerpauschalen | 6.362 | 7.108 | -746 | |
| 6.4 Rundfunkbeitrag | 21 | 21 | 0 | |

Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen
Teil B: Geldwerte Leistungen

| Ratsfraktion: DIE LINKE | | | | |
|---|-------------------------------|-------------------------|---------------------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit | | | | |
| 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) | | | | |
| 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) | 0 | 0 | 0 | |
| 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 0 | 0 | 0 | |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen | | | | |
| 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle | | | | |
| 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung | | | | |
| 4.1 Büromöbel und -maschinen | 1.800 | 2.650 | -850 | |

| | | | | |
|---|---------------------|---------------------|------------------|--|
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für | | | | |
| 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) | a) 200 b) 21.736 | a) 200 b) 14.892 | a) 0 b) 6.844 | a) Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung b) Mieten und Betriebskosten (incl. Gebäudereinigung, Energiekosten) Bürodienstgebäude |
| 5.2 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen | 3.700 | 3.700 | 0 | Grundgebühren (Gesprächsgebühren in Geschäftsausgaben enthalten) |
| 6. Sonstiges | | | | |
| 6.1 Geschäftsaufwendungen | 6.400 | 6.400 | 0 | |
| 6.2 Beitragserstattung Unfallkasse NRW und KAV | 0 | 0 | 0 | |
| 6.3 PC-, Druckerpauschalen | 7.609 | 7.715 | -106 | |
| 6.4 Rundfunkbeitrag | 84 | 84 | 0 | |

Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Ratsfraktion: Tierschutz FREIE WÄHLER | | | | |
|---|-------------------------------|-------------------------|---------------------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit | | | | |
| 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) | | | | |
| 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) | 0 | 0 | 0 | |
| 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 0 | 0 | 0 | |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen | | | | |
| 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle | | | | |
| 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung | | | | |
| 4.1 Büromöbel und -maschinen | 1.800 | 2.650 | -850 | |

| | | | | |
|---|---------------------|---------------------|------------------|--|
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für | | | | |
| 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) | a) 175 b) 24.030 | a) 175 b) 14.892 | a) 0 b) 9.138 | a) Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung b) Mieten und Betriebskosten (incl. Gebäudereinigung, Energiekosten) Bürodienstgebäude |
| 5.2 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen | 4.200 | 4.200 | 0 | Grundgebühren (Gesprächsgebühren in Geschäftsausgaben enthalten) |
| 6. Sonstiges | | | | |
| 6.1 Geschäftsaufwendungen | 6.050 | 6.050 | 0 | |
| 6.2 Beitragserstattung Unfallkasse NRW und KAV | 0 | 0 | 0 | |
| 6.3 PC-, Druckerpauschalen | 5.161 | 5.053 | 108 | |
| 6.4 Rundfunkbeitrag | 28 | 28 | 0 | |

**Zuwendungen
an die
Fraktionen der
Bezirksvertretungen**

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 1 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 54.740 | 51.256 | 3.484 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 7 | 21.288 |
| | | | | SPD | 6 | 18.247 |
| | | | | Grüne | 3 | 9.123 |
| | | | | FDP | 2 | 6.082 |
| | | | | | | 54.740 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 0 | 0 | 0 | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.800 | 1.800 | 0 | CDU | 7 | 700 |
| | | | | SPD | 6 | 600 |
| | | | | Grüne | 3 | 300 |
| | | | | FDP | 2 | 200 |
| | | | | | | 1.800 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 2 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 45.617 | 42.713 | 2.904 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 6 | 18.247 |
| | | | | SPD | 6 | 18.247 |
| | | | | Grüne | 3 | 9.123 |
| | | | | | | 45.617 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 0 | 0 | 0 | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.500 | 1.600 | -100 | CDU | 6 | 600 |
| | | | | SPD | 6 | 600 |
| | | | | Grüne | 3 | 300 |
| | | | | | | 1.500 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 3 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 54.741 | 51.255 | 3.486 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 6 | 18.247 |
| | | | | SPD | 6 | 18.247 |
| | | | | Grüne | 4 | 12.165 |
| | | | | LINKE | 2 | 6.082 |
| | | | | | | 54.741 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 0 | 0 | 0 | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.800 | 1.800 | 0 | CDU | 6 | 600 |
| | | | | SPD | 6 | 600 |
| | | | | Grüne | 4 | 400 |
| | | | | FDP | 2 | 200 |
| | | | | | | 1.800 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 4 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 54.740 | 51.256 | 3.484 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 9 | 27.370 |
| | | | | SPD | 5 | 15.206 |
| | | | | Grüne | 2 | 6.082 |
| | | | | FDP | 2 | 6.082 |
| | | | | | | 54.740 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 8.939 | 8.939 | 0 | CDU | | 3.048 |
| | | | | SPD | | 3.000 |
| | | | | Grüne | | 2.891 |
| | | | | | | 8.939 |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.800 | 1.800 | 0 | CDU | 9 | 900 |
| | | | | SPD | 5 | 500 |
| | | | | Grüne | 2 | 200 |
| | | | | FDP | 2 | 200 |
| | | | | | | 1.800 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 5 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 54.741 | 51.256 | 3.485 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 10 | 30.412 |
| | | | | SPD | 4 | 12.165 |
| | | | | Grüne | 2 | 6.082 |
| | | | | FDP | 2 | 6.082 |
| | | | | | | 54.741 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 0 | 0 | 0 | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.800 | 1.800 | 0 | CDU | 10 | 1.000 |
| | | | | SPD | 4 | 400 |
| | | | | Grüne | 2 | 200 |
| | | | | FDP | 2 | 200 |
| | | | | | | 1.800 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 6 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 45.617 | 48.409 | -2.792 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 8 | 24.329 |
| | | | | SPD | 7 | 21.288 |
| | | | | | | 45.617 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 0 | 0 | 0 | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.500 | 1.700 | -200 | CDU | 8 | 800 |
| | | | | SPD | 7 | 700 |
| | | | | | | 1.500 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 7 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 51.699 | 48.409 | 3.290 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 7 | 21.288 |
| | | | | SPD | 5 | 15.206 |
| | | | | Grüne | 3 | 9.123 |
| | | | | FDP | 2 | 6.082 |
| | | | | | | 51.699 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 0 | 0 | 0 | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.700 | 1.700 | 0 | CDU | 7 | 700 |
| | | | | SPD | 5 | 500 |
| | | | | Grüne | 3 | 300 |
| | | | | FDP | 2 | 200 |
| | | | | | | 1.700 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 8 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 51.699 | 48.409 | 3.290 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 7 | 21.288 |
| | | | | SPD | 8 | 24.329 |
| | | | | Grüne | 2 | 6.082 |
| | | | | | | 51.699 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 11.349 | 11.349 | 0 | CDU | | 4.053 |
| | | | | SPD | | 4.053 |
| | | | | Grüne | | 3.243 |
| | | | | | | 11.349 |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.700 | 1.700 | 0 | CDU | 7 | 700 |
| | | | | SPD | 8 | 800 |
| | | | | Grüne | 2 | 200 |
| | | | | | | 1.700 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

| Bezirksvertretung 9 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 51.699 | 48.409 | 3.290 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 8 | 24.329 |
| | | | | SPD | 6 | 18.247 |
| | | | | Grüne | 3 | 9.123 |
| | | | | | | 51.699 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 6.692 | 6.692 | 0 | SPD | | 3.782 |
| | | | | Grüne | | 2.910 |
| | | | | | | 6.692 |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.700 | 1.700 | 0 | CDU | 8 | 800 |
| | | | | SPD | 6 | 600 |
| | | | | Grüne | 3 | 300 |
| | | | | | | 1.700 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Zuwendungen an Fraktionen**Teil B: Geldwerte Leistungen**

| Bezirksvertretung 10 | | | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------|---------------------------------|-----------------|-----------------------|---------------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen | | |
| | Haushaltsjahr 2021 Euro | Vorjahr 2020 Euro | mehr (+) weniger (-) Euro | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit 1.1 für die Sicherung des Informationsaustausches, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | 39.535 | 37.018 | 2.517 | Fraktion | Mitgliederzahl | Betrag |
| | | | | CDU | 6 | 18.247 |
| | | | | SPD | 7 | 21.288 |
| | | | | | | 39.535 |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | | | | | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | zu Ziffer 3 u. 5.1 0 | 0 | 0 | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung 4.1 Büromöbel und -maschinen 4.2 sonstiges Büromaterial | zu Ziffer 4 u. 5.2 - 5.4 1.300 | 1.300 | 0 | CDU SPD | 6 7 | 600 700 1.300 |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | | | |
| 6. Sonstiges | | | | | | |

Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden

| | Ergebnis 2019 | Prognose 2020 | Wirtschaftslage 2021 |
|---|------------------|------------------|-------------------------|
| verbundene Unternehmen | | | |
| Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH | 29.192 TEUR | -65.134 TEUR | -65.287 TEUR |
| Messe Düsseldorf GmbH | 50.825 TEUR | -65.896 TEUR | 12.854 TEUR |
| Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG | 27.419 TEUR | 15.548 TEUR | 4.162 TEUR |
| D.LIVE GmbH & Co. KG | -5.811 TEUR | -12.975 TEUR | -5.893 TEUR |
| Rheinbahn AG* | 0 TEUR | 0 TEUR | 0 TEUR |
| Stiftung Museum Kunstpalast | -180 TEUR | -500 TEUR | -346 TEUR |
| SWD Städt. Wohnungsbau-GmbH & Co. KG Düsseldorf | 2.831 TEUR | 1.140 TEUR | 1.462 TEUR |
| SWD Städt. Wohnungs-Verwaltungs-GmbH Düsseldorf | 2 TEUR | 1 TEUR | -132 TEUR |
| Stiftung Schloß Benrath und Park Benrath | 102 TEUR | 15 TEUR | 15 TEUR |
| Zweckverband Erholungsgebiet Unterbacher See | -81 TEUR | -131 TEUR | -193 TEUR |
| Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH ²⁾ | 478 TEUR | -250 TEUR | - |
| Düsseldorf Congress GmbH | 383 TEUR | -183 TEUR | 84 TEUR |
| Düsseldorf Marketing GmbH | 2 TEUR | -1 TEUR | 15 TEUR |
| Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH | 272 TEUR | 0 TEUR | 0 TEUR |
| Jugendberufshilfe Düsseldorf gGmbH | 31 TEUR | 0 TEUR | 0 TEUR |
| Kunsthalle Düsseldorf gGmbH ²⁾ | -38 TEUR | -26 TEUR | - |
| D.LIVE Management GmbH | 1 TEUR | 1 TEUR | 1 TEUR |
| IPM Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH ** | -31 TEUR | 1.059 TEUR | 301 TEUR |
| Digital Innovation Hub Düsseldorf / Rheinland GmbH ²⁾ | 85 TEUR | 45 TEUR | - |
| Connectetd Mobility Düsseldorf GmbH (ab 13.07.2020) ²⁾ | - | - | - |
| Düsseldorfer Innovations- und Technologiezentrum GmbH | 248 TEUR | 75 TEUR | 154 TEUR |
| Tonhalle Düsseldorf gGmbH ¹⁾ | 1.191 TEUR | 511 TEUR | 0 TEUR |

* Ergebnisabführungsvertrag Holding

** vorläufiges Ergebnis

| | | | |
|--|--------------|-------------|-------------|
| Beteiligungsgesellschaften | | | |
| Regionale Bahngesellschaft mbH ³⁾ | 59 TEUR | 188 TEUR | 715 TEUR |
| Sana Kliniken Düsseldorf GmbH ²⁾ | -10.968 TEUR | - | - |
| Deutsche Oper am Rhein GmbH ¹⁾ | 550 TEUR | 1.331 TEUR | -1.622 TEUR |
| Stiftung IMAI - INTER MEDIA ART INSTITUT ²⁾ | 2 TEUR | - | - |
| Zweckverband VRR | -14 TEUR | -40 TEUR | -40 TEUR |
| Zweckverband IT-Kooperation Rheinland ^{1) 2)} | 0 TEUR | 0 TEUR | - |
| STIFTUNG PRO SPORT DÜSSELDORF ²⁾ | -5 TEUR | 0 TEUR | 0 TEUR |
| ekz.bibliotheksservice GmbH ²⁾ | 2.779 TEUR | - | - |
| Neue Schauspiel-Gesellschaft mbH ¹⁾ | 0 TEUR | 0 TEUR | 0 TEUR |
| Düsseldorfer Künstleratelier GmbH ¹⁾ | -1 TEUR | 23 TEUR | 6 TEUR |
| Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH ^{2) 3)} | -964 TEUR | -3.146 TEUR | - |
| Klärschlammverwertung Buchenhofen GmbH ²⁾ | -11 TEUR | -101 TEUR | - |
| Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH ^{1) 2)} | -287 TEUR | - | - |

| | | | |
|---|-------------|-------------|---|
| Sondervermögen | | | |
| Stadtentwässerungsbetrieb Landeshauptstadt Düsseldorf ²⁾ | 17.268 TEUR | 12.033 TEUR | - |

1) Abweichendes Geschäftsjahr

2) Keine Prognose und / oder Planung vorliegend

3) Planansatz 2019

**Stellenplanentwurf
der Landeshauptstadt Düsseldorf
für das Haushaltsjahr 2021**

| Stellenplan Teil A: Beamte | | | | | | | |
|--------------------------------|------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------------------|--|-------|
| I. Gemeindeverwaltung | | | | | | | |
| Wahlbeamte und Laufbahngruppen | Besoldungsgruppe | Zahl der Stellen 2021 | | Zahl der Stellen 2020 | besetzte Stellen am 30.06.2020 | Vermerke | |
| | | insgesamt | davon ausgesondert | | | KU | KW |
| Wahlbeamte | B 11 | 1,00 | | 1,00 | 1,000 | | |
| | B 8/B 9 | 1,00 | | 1,00 | 1,000 | | |
| | B 7/B 8 | 6,00 | | 6,00 | 6,000 | | |
| Laufbahngruppe 2 | B 3 | 3,00 | | 3,00 | 3,000 | | |
| | B 2 | 15,00 | | 13,00 | 12,951 | 1,00 KU A16 | |
| | A 16 | 29,00 | | 30,00 | 25,427 | 5,00 KU A15 | 1,00 |
| | A 15 | 83,00 | | 84,00 | 72,228 | 5,00 KU A14 1,00 KU A13 E2 | 5,00 |
| | A 14 | 170,49 | | 170,59 | 145,794 | 7,00 KU A13 E2 4,00 KU A13 E1 | 9,00 |
| | A 13 E2 | 75,47 | | 75,87 | 65,010 | 4,00 KU A13 E1 3,00 KU A12 1,00 KU A11 | 8,36 |
| | A 13 E1Z | 1,00 | | 1,00 | 1,000 | | |
| | A 13 E1 | 248,47 | | 243,13 | 212,772 | 24,00 KU A12 2,74 KU A11 1,00 KU A10 | 7,00 |
| | A 12 | 434,22 | | 404,81 | 340,960 | 27,83 KU A11 5,00 KU A10 | 22,49 |
| | A 11 | 481,90 | | 486,07 | 386,863 | 32,36 KU A10 0,50 KU A7 1,00 KU E09b | 31,11 |
| | A 10 | 280,13 | | 299,13 | 240,763 | 1,50 KU A9 LG1Z 4,00 KU A8 1,00 KU S12 1,00 KU S11b | 24,50 |

| Stellenplan Teil A: Beamte | | | | | | | |
|---|------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------------------|--|-------|
| I. Gemeindeverwaltung | | | | | | | |
| Wahlbeamte und Laufbahngruppen | Besoldungsgruppe | Zahl der Stellen 2021 | | Zahl der Stellen 2020 | besetzte Stellen am 30.06.2020 | Vermerke | |
| | | insgesamt | davon ausgesondert | | | KU | KW |
| Laufbahngruppe 1 | A 9 LG1Z | 142,09 | | 153,30 | 132,542 | 4,80 KU A9 LG1 3,00 KU A8 0,50 KU A6 | 6,50 |
| | A 9 LG1 | 939,23 | | 774,19 | 652,195 | 11,91 KU A8 | 20,77 |
| | A 8 | 310,80 | | 445,08 | 385,008 | 3,00 KU A7 1,00 KU E06 | 36,21 |
| | A 7 | 15,00 | | 13,50 | 12,062 | 2,00 KU A6 | 3,00 |
| | A 6 | 3,50 | | 3,00 | 1,732 | | 1,00 |
| Gesamt Beamte Gemeindeverwaltung | | 3.240,30 | | 3.207,67 | 2.698,307 | | |

| Stellenplan Teil B: Tariflich Beschäftigte | | | | | |
|---|-----------------------|-----------------------|-----------------------------------|---|-------|
| I. Gemeindeverwaltung | | | | | |
| Entgeltgruppe / Sondertarif | Zahl der Stellen 2021 | Zahl der Stellen 2020 | besetzte Stellen am 30.06.2020 | Vermerke | |
| | | | | KU | KW |
| Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) | | | | | |
| E 15 | 83,95 | 85,95 | 71,711 | 3,00 KU E14 2,00 KU E13 | 6,53 |
| E 14 | 118,27 | 116,67 | 108,442 | 6,77 KU E13 1,00 KU E12 3,00 KU E11 | 7,00 |
| E 13 | 176,69 | 162,36 | 134,663 | 3,00 KU E12 1,00 KU E11 1,00 KU E10 1,00 KU E09a 1,00 KU S18 | 18,83 |
| E 12 | 322,63 | 290,63 | 226,654 | 6,00 KU E11 1,00 KU E10 | 25,00 |
| E 11 | 384,12 | 357,71 | 292,449 | 5,00 KU E10 2,00 KU E09c 1,00 KU S15 | 30,50 |
| E 10 | 406,56 | 395,43 | 333,380 | 10,50 KU E09c 5,50 KU E09b 2,00 KU E09a 1,00 KU E06 1,00 KU S12 1,00 KU S11b | 18,38 |
| E 09c | 206,19 | 147,48 | 118,423 | 6,00 KU E09b | 12,00 |
| E 09b | 310,75 | 300,42 | 259,729 | 10,50 KU E09a 5,00 KU E08 | 10,60 |
| E 09a | 600,40 | 572,90 | 479,598 | 7,00 KU E08 4,50 KU E07 2,00 KU E06 0,61 KU E05 | 30,00 |

| Stellenplan Teil B: Tariflich Beschäftigte | | | | | |
|--|-----------------------|-----------------------|-----------------------------------|--|-------|
| I. Gemeindeverwaltung | | | | | |
| Entgeltgruppe / Sondertarif | Zahl der Stellen 2021 | Zahl der Stellen 2020 | besetzte Stellen am 30.06.2020 | Vermerke | |
| | | | | KU | KW |
| Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) | | | | | |
| E 08 | 545,87 | 524,54 | 431,266 | 5,75 KU E07 11,00 KU E06 1,00 KU P07 | 54,18 |
| E 07 | 557,27 | 505,25 | 457,541 | 1,00 KU A6 2,50 KU E06 1,00 KU E05 | 22,92 |
| E 06 | 542,67 | 584,05 | 499,084 | 14,50 KU E05 1,00 KU E04 | 32,15 |
| E 05 | 353,72 | 375,12 | 321,520 | 3,00 KU E04 2,00 KU E03 | 27,56 |
| E 04 | 112,88 | 111,38 | 92,454 | | 18,20 |
| E 03 | 55,93 | 52,33 | 41,696 | | 30,48 |
| E 02 | 92,55 | 103,14 | 72,823 | 6,98 KU E01 | 9,78 |
| E 01 | 286,94 | 257,71 | 231,844 | | 1,47 |
| P 09 | 4,00 | 5,00 | 4,103 | 2,00 KU P07 | 1,00 |
| P 08 | 1,00 | 1,00 | 0,769 | | 1,00 |
| P 07 | 10,50 | 21,50 | 20,499 | 1,00 KU A6 | 1,00 |
| Festbetrag (FB) | 26,00 | 28,00 | 25,878 | 1,00 KU A16 2,00 KU A15 | |
| Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern (TVK) | | | | | |
| Musiker TVK | 122,00 | 122,00 | 107,000 | | |
| Festbetrag TVK (FB-T) | 9,00 | 9,00 | 8,000 | | |
| Normalvertrag (NV) Bühne | | | | | |
| Festbetrag NV Bühne (FB-B) | 1,00 | 1,00 | 1,000 | | |
| Zwischensumme | 5.330,89 | 5.130,57 | 4.340,526 | | |

| Stellenplan Teil B: Tariflich Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst | | | | | |
|--|-----------------------|-----------------------|-----------------------------------|---|-------|
| I. Gemeindeverwaltung | | | | | |
| Entgeltgruppe | Zahl der Stellen 2021 | Zahl der Stellen 2020 | besetzte Stellen am 30.06.2020 | Vermerke | |
| | | | | KU | KW |
| Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für den Bereich Sozial- und Erziehungsdienst (TVöD-SuE) | | | | | |
| S 18 | 10,00 | 11,00 | 10,572 | 2,00 KU S17 | |
| S 17 | 44,00 | 44,00 | 38,538 | | 6,00 |
| S 16 | 17,00 | 17,00 | 17,000 | 5,00 KU S15 1,00 KU S13 | |
| S 15 | 151,35 | 142,78 | 124,337 | 7,00 KU S13 2,00 KU S12 1,00 KU S11b 2,00 KU S09 | 8,35 |
| S 14 | 175,00 | 173,50 | 153,999 | 1,00 KU S12 | 12,00 |
| S 13 | 79,50 | 80,50 | 76,051 | 6,00 KU S09 | 2,00 |
| S 12 | 146,58 | 145,50 | 121,289 | 3,00 KU S11b 1,00 KU S08b | 12,00 |
| S 11b | 131,50 | 130,00 | 112,804 | | 27,50 |
| S 09 | 48,50 | 46,50 | 41,077 | 1,00 KU S08b | 1,00 |
| S 08b | 162,59 | 150,26 | 122,615 | 3,00 KU S08a | 54,33 |
| S 08a | 832,77 | 796,54 | 704,062 | 1,00 KU S03 | 72,96 |
| S 04 | 29,50 | 33,50 | 27,449 | 2,00 KU S03 | 9,00 |
| S 03 | 281,56 | 202,75 | 180,183 | | 2,00 |
| Zwischensumme | 2.109,85 | 1.973,83 | 1.729,976 | | |
| | | | | | |
| Gesamt Tariflich Beschäftigte Gemeindverwaltung | 7.440,74 | 7.104,40 | 6.070,502 | | |

| Stellenplan Teil A: Beamte | | | | | | | |
|---|-------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------------------|----------|----|
| II. Sondervermögen | | | | | | | |
| Laufbahngruppen | Besoldungsgruppen | Zahl der Stellen 2021 | | Zahl der Stellen 2020 | besetzte Stellen am 30.06.2020 | Vermerke | |
| | | insgesamt | davon ausgesondert | | | KU | KW |
| Stadtentwässerungsbetrieb (ohne Abteilung 67/7 - Wasserbau) | | | | | | | |
| Laufbahngruppe 2 | B 2 | 2,00 | | 2,00 | 2,000 | | |
| | A 15 | 2,00 | | 2,00 | 2,000 | | |
| | A 14 | 1,00 | | 1,00 | 1,000 | | |
| | A 13 E2 | 1,00 | | 1,00 | 1,000 | | |
| | A 13 E1 | 7,00 | | 6,00 | 6,000 | | |
| | A 12 | 6,73 | | 7,23 | 6,904 | | |
| | A 11 | 11,00 | | 8,50 | 7,864 | | |
| | A 10 | 2,50 | | 3,00 | 1,000 | | |
| Gesamt Beamte Sondervermögen | | 33,23 | | 30,73 | 27,768 | | |

| Stellenplan Teil B: Tariflich Beschäftigte | | | | | |
|---|-----------------------|-----------------------|-----------------------------------|-----------------------------|------|
| II. Sondervermögen | | | | | |
| Entgeltgruppe / Sondertarif | Zahl der Stellen 2021 | Zahl der Stellen 2020 | besetzte Stellen am 30.06.2020 | Vermerke | |
| | | | | KU | KW |
| Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) | | | | | |
| Stadtentwässerungsbetrieb (ohne Abteilung 67/7 - Wasserbau) | | | | | |
| E 15 | 7,00 | 6,00 | 5,000 | | |
| E 14 | 4,00 | 4,00 | 3,949 | | |
| E 13 | 13,00 | 13,00 | 11,923 | | |
| E 12 | 42,50 | 40,00 | 35,705 | 1,00 KU E11 | |
| E 11 | 58,38 | 51,38 | 47,525 | | 0,47 |
| E 10 | 18,00 | 16,00 | 14,718 | | 1,00 |
| E 09c | 17,00 | 17,00 | 14,718 | | |
| E 09b | 27,51 | 29,26 | 25,160 | 0,78 KU E09a 2,00 KU E08 | |
| E 09a | 30,71 | 27,21 | 26,306 | 1,00 KU E08 | |
| E 08 | 127,50 | 24,50 | 22,852 | | |
| E 07 | 9,00 | 113,00 | 107,179 | | |
| E 06 | 65,75 | 64,00 | 63,000 | 1,00 KU E05 | 2,00 |
| E 05 | 27,00 | 29,00 | 28,000 | 1,00 KU E04 | |
| E 04 | 2,00 | 2,00 | 2,000 | | 1,00 |
| E 03 | 1,61 | 2,11 | 1,615 | | |
| Festbetrag (FB) | 1,00 | 1,00 | 1,000 | | |
| Gesamt Tariflich Beschäftigte Sondervermögen | 451,96 | 439,46 | 410,650 | | |

| Gesamtstellenzahl | | | |
|--------------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------------------|
| | Zahl der Stellen 2021 | Zahl der Stellen 2020 | besetzte Stellen am 30.06.2020 |
| Beamte | 3.273,53 | 3.238,40 | 2.726,075 |
| Tariflich Beschäftigte | 7.892,70 | 7.543,86 | 6.481,152 |
| Gesamt | 11.166,23 | 10.782,26 | 9.207,227 |

Veränderungen zum Stellenplan 2021

| | Stellenneuschaffungen | Stellenstreichungen | Überführung vorläufiger Funktionen in Planstellen |
|--------|-----------------------|---------------------|--|
| Anzahl | 409,74 | 117,98 | 92,21 |